

Gegen eine Beteiligung neutraler Beobachter bei dem Plebiszit hatten weder der Herr Bundesminister noch der Regierende Bürgermeister Bedenken. Der Herr Bundesminister hielt es nicht für ausgeschlossen, daß bei einer weiteren Verschärfung der Krise nochmals eine Sondersitzung des Parlaments stattfinden müsse. Man könne auch den Gedanken ins Auge fassen, bei irgendwelchen Maßnahmen der Gegenseite überadäquate Mittel anzuwenden, um dadurch abzuschrecken und gleichzeitig bei etwaigen späteren Verhandlungen einen größeren Spielraum zu erhalten.

Zum Abschluß des Gesprächs einigten sich der Herr Bundesminister und der Herr Regierende Bürgermeister darüber, daß der Presse lediglich mitgeteilt werden sollte, daß der Herr Bundesminister die Vertreter des Berliner Senats über die Pariser Konferenz, über die Besprechungen des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem Herrn Bundeskanzler sowie dem Herrn Bundesminister<sup>22</sup> und über die Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani unterrichtet habe. Man werde weiterhin in Fühlung bleiben. Bei den heute besprochenen Themen sei auch über die Frage eines Plebiszits entsprechend der Anregung des amerikanischen Präsidenten Kennedy gesprochen worden.<sup>23</sup> Hiermit dem Herrn Bundesminister<sup>24</sup> vorgelegt.

Duckwitz

VS-Bd. 3842 (700)

## 263

### Aufzeichnung des Botschafters von Marchtaler

306-83.00-94.05-602/61 VS-vertraulich

11. August 1961

Betr.: Deutsch-brasilianische Beziehungen

Der brasilianische Geschäftsträger Vasconcellos besuchte mich am 10. August auf seinen Wunsch. Er sagte mir, daß er über die Entwicklung des deutsch-brasilianischen Verhältnisses etwas beunruhigt sei und daß er sich freue, mit mir darüber sprechen zu können, da er mich als alten Freund Brasiliens kenne. Offensichtlich sei hier eine Verstimmung über die Haltung der brasilianischen Regierung hinsichtlich der Unterzeichnung des Handelsabkommens mit der SBZ entstanden.<sup>1</sup> Er glaube jedoch, daß wir dieser Angelegenheit eine zu große Be-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1125*

sich energisch dagegen aussprechen, weil die Zulassung von Volksabstimmungen in der Bundesrepublik ungeahnte und unerwünschte Konsequenzen habe.“ Vgl. VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>22</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 10. August 1961 in Cadenabbia vgl. Dok. 261.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Pressemitteilung des Auswärtigen Amts vgl. BULLETIN 1961, S. 1437.

<sup>24</sup> Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

<sup>1</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung, Präsident Quadros vom Empfang des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Hüttenrauch, abzuhalten und

deutung beimessen, da die grundsätzliche Haltung seiner Regierung in der Deutschlandfrage ganz unverändert bleibe. Selbstverständlich bleibe die Bundesregierung für Brasilien die alleinige politische Repräsentantin des ganzen deutschen Volkes. Brasilien gehöre weiterhin zur freien westlichen Welt. Es bleibe seinen Freunden in der freien westlichen Welt treu und wolle insbesondere die alte und bewährte Freundschaft mit Deutschland pflegen.

Ich habe Herrn Vasconcellos erwidert, daß wir allerdings sehr enttäuscht darüber seien, daß die brasilianische Regierung, insbesondere Präsident Quadros selbst, bisher an der Absicht festhielten, das Handelsabkommen mit der SBZ durch einen brasilianischen Minister unterzeichnen zu lassen.<sup>2</sup> Bisher habe kein Land der freien westlichen Welt Handelsabkommen mit der SBZ auf Regierungsebene abgeschlossen. Das Vorgehen Brasiliens würde sonach einen Präzedenzfall schaffen, dessen Auswirkungen über das deutsch-brasilianische Verhältnis weit hinausreichen und die Stellung der Bundesrepublik gerade in dem Zeitpunkt schädigen würde, wo die Sowjetunion die Berlin- und Deutschlandfrage einer neuen schweren Krise entgegenreibe.

Das Ziel der SBZ sei ihre diplomatische Anerkennung durch andere Staaten. Selbstverständlich werde sie die Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Brasilien auf Regierungsebene als einen Erfolg auf diesem Wege ansehen und propagandistisch auswerten. Ich gab Herrn Vasconcellos Kenntnis vom Inhalt der Verbalnote<sup>3</sup>, die Botschafter Dittmann am 8. August dem brasilianischen Außenminister übergeben hat<sup>4</sup>, und sprach die Hoffnung aus, daß Präsident Quadros sich den darin zusammengefaßten Argumenten nicht verschließen werde. Rein

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1126*

die Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen Brasilien und der DDR auf Regierungsebene zu verhindern, vgl. Dok. 171 und Dok. 211.

<sup>2</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, berichtete am 23. Juli 1961 über ein Zusammentreffen mit Präsident Quadros anlässlich des Empfangs des Vorstandsmitglieds der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Rohdewald. Das Gespräch habe „in ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre“ begonnen; als er, Dittmann, jedoch das geplante brasilianische Handelsabkommen mit der DDR zur Sprache gebracht habe, „änderte sich Verhalten Präsidenten schlagartig. Er wurde reserviert, abweisend und gab sich keine Mühe, Verärgerung zu verbergen.“ Auf den Hinweis auf die „derzeitige gefährliche Spannung um Berlin“ und die Tatsache, daß die brasilianische Haltung gegenüber der DDR die Position der Bundesrepublik schwächen könne, habe Quadros „in brüsker, fast schon verletzendender Form“ geantwortet, er werde seine Haltung nicht ändern: „Er sei Geschäftsmann (I am a businessman) und wolle Geschäfte mit allen Staaten betreiben, das habe mit Politik und Anerkennung nichts zu tun.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 211; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>3</sup> Staatssekretär Carstens übermittelte der Botschaft in Rio de Janeiro am 20. Juli 1961 den Entwurf einer Verbalnote. Darin wurde die brasilianische Regierung darauf hingewiesen, „daß bisher kein Land der freien westlichen Welt Handelsabkommen mit der SBZ auf Regierungsebene abgeschlossen hat. Das Vorgehen Brasiliens würde damit einen Präzedenzfall schaffen [...]. Ein derartiger Vorgang würde trotz etwaiger gegenteiliger Erklärungen der brasilianischen Regierung von den SBZ-Behörden ohne Zweifel als Fortschritt in Richtung auf die Anerkennung der SBZ propagandistisch ausgewertet und möglicherweise auch in dritten Ländern in einem solchen Sinne verstanden werden.“ Deshalb hätten bislang alle Staaten „der freien westlichen Welt“ Handelsabkommen mit der DDR „durchweg auf der nichtamtlichen Ebene von Handelskammern und Banken abgeschlossen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 108; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>4</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, berichtete am 9. August 1961 von der Übergabe der Verbalnote beim brasilianischen Außenminister. Arinos habe ausgeführt, „daß er deutschem Standpunkt Verständnis entgegenbringe. Er wisse, daß Präsident bei der letzten Unterredung mit mir über die gleiche Frage negative Haltung eingenommen habe. Er könne mir jedoch vertraulich mitteilen, daß Argumentation [der] Bundesregierung und Zähigkeit, mit der sie sich gegen Verhandlungen mit SBZ auf Regierungsebene wende, Eindruck auf Präsidenten nicht verfehlt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 230; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

wirtschaftlich gesehen lasse sich der Effekt der Handelsabmachungen genauso gut erreichen, wenn diese auf nichtamtlicher Ebene von Handelskammern oder Banken abgeschlossen würden.

Der Geschäftsträger betonte, daß er für diese Gedankengänge und die Ausführungen der Verbalnote durchaus Verständnis habe. Er habe lediglich den Eindruck gehabt, daß wir bei der Vertretung unseres grundsätzlichen Standpunktes in Brasilien „trop de rigidité“ gezeigt hätten. Seines Wissens hätten Indien und die VAR Handelsabkommen mit der SBZ auf Regierungsebene abgeschlossen, ohne daß wir dies beanstandet hätten.<sup>5</sup> Ich erwiderte, ich sei hierüber nicht unterrichtet, fände jedoch in jedem Falle den Vergleich nicht überzeugend, da diese beiden Länder der neutralen Staatengruppe angehörten, während Brasilien nach den eigenen Ausführungen des Geschäftsträgers nach wie vor zur westlichen Welt gehöre. Ich bat ihn um Verständnis für unsere „rigidité“, da es sich hier um eine für Deutschland ganz entscheidende und lebenswichtige Frage handele. Gerade im Hinblick auf die alte deutsch-brasilianische Freundschaft sei uns die beabsichtigte Unterzeichnung des Handelsabkommens auf Regierungsebene unverständlich. Die Machthaber in der Zone würden dadurch in einem Zeitpunkt ermutigt, in dem die Bevölkerung durch einen ständig anschwellenden Strom von Flüchtlingen<sup>6</sup> vor der Weltöffentlichkeit jeden Tag von neuem ihr Regime verurteile und verwerfe.

Vasconcellos räumte schließlich ein, daß er unseren Standpunkt in vollem Umfange für berechtigt halte. Auch er verstehe nicht, warum Präsident Quadros das Abkommen durch einen Minister unterzeichnen lassen wolle, da Brasilien dabei auf der einen Seite überhaupt nichts gewinne, während es auf der anderen Seite die so wichtigen Beziehungen zur Bundesrepublik belaste. Er hoffe, daß das brasilianische Außenministerium eine uns befriedigende Regelung der Angelegenheit herbeiführen könne. Rein taktisch gesehen möchte er empfehlen, in unseren Gesprächen in Brasilien besonders auf die alte Freundschaft der beiden Völker zu verweisen, die erhalten bleiben müsse, da der brasilianischen Mentalität entsprechend in solchen Fragen die gefühlsmäßigen Momente oft stärker wirken als die besten sachlichen Argumente.<sup>7</sup>

Der Geschäftsträger fügte hinzu, daß ihm noch ein weiterer Punkt Sorge bereite. Der brasilianische Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen, Botschafter Campos,

<sup>5</sup> Am 10. November 1955 unterzeichneten der ägyptische Handelsminister Nosseir und der Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Rau, ein Handelsabkommen. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. III, S. 621 f.

Das Handelsabkommen zwischen Indien und der DDR wurde am 8. Oktober 1956 durch den Stellvertretenden Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Weiß, und den Staatssekretär im indischen Handelsministerium, Lall, unterzeichnet. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. V, S. 342.

<sup>6</sup> Zur steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus der DDR vgl. Dok. 261, Anm. 25.

<sup>7</sup> Am 15. August 1961 gab Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, die Mitteilung des brasilianischen Außenministeriums weiter, Außenminister Arinos habe die Verbalnote der Bundesregierung vom 9. August 1961 „eingehend mit Präsident Quadros erörtert. Präsident habe schriftlicher Beantwortung Note auf folgender Grundlage zugestimmt: 1) Wiederholung Zusicherung, daß Brasilien Bundesregierung als alleinige legitime Vertreterin Gesamtdeutschlands anerkenne und nicht beabsichtige, Sowjetzone anzuerkennen oder gar Beziehungen zu ihr aufzunehmen. 2) Brasilien behalte sich grundsätzlich Recht vor, in rein wirtschaftlichen Fragen Besprechungen mit offiziellen Organen SBZ zu führen. 3) Brasilien werde bemüht sein, alles zu vermeiden, was als eine Anerkennung der Sowjetzone betrachtet werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

habe bei seinen hiesigen Besprechungen um einen Entwicklungskredit für die noch unterentwickelten Nordost-Provinzen Brasiliens gebeten. Die Bundesregierung habe sich daraufhin grundsätzlich zur Gewährung eines Entwicklungsfinanzkredits bereit erklärt. Der Geschäftsträger nannte hierbei den Betrag von 200 Millionen DM.<sup>8</sup> Eine amtliche Mitteilung darüber habe bisher jedoch weder die brasilianische Botschaft noch die brasilianische Regierung erhalten. Die zuständigen deutschen Stellen seien auf die Angelegenheit nicht mehr zurückgekommen.<sup>9</sup> Der Geschäftsträger fürchtet, daß die in der Behandlung des Entwicklungskredits eingetretene Verzögerung im Zusammenhang stehe mit der Haltung der brasilianischen Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Handelsabkommens mit der SBZ. Ich hielt es nicht für nützlich, Herrn Vascancellos von dieser Befürchtung zu befreien, und erwiderte lediglich, daß die Bundesregierung ihre Beiträge zur Entwicklungshilfe grundsätzlich nicht von politischen Bedingungen abhängig mache, jedoch hoffe, daß diese Beiträge im gleichen Geiste der Freundschaft gewürdigt würden.<sup>10</sup>

D4<sup>11</sup>, D7<sup>12</sup> und D8<sup>13</sup> erhalten Durchdruck dieser Aufzeichnung.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär i. V.<sup>14</sup> vorgelegt.

Marchtaler

**B 130, Bd. 2172A (I B 2)**

<sup>8</sup> Der brasilianische Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen, Campos, führte vom 18. bis 20. April 1961 Gespräche „in Bonn und in Frankfurt“. Ministerialdirektor Harkort legte am 15. Mai 1961 dar, daß Brasilien eine Beteiligung der Bundesregierung in Höhe von ca. 250 Mio. DM an einer multilateralen Transferregelung für brasilianische Handelsschulden, ein „Standby-Kredit durch deutsche Privatbanken (150 Mio. DM)“ und eine Erweiterung des Rahmens für Ausfuhrbürgschaften zugesagt worden seien. Noch offen sei die Frage des von Brasilien gewünschten Entwicklungskredits über 200 Mio. DM. Vgl. B 33 (Referat 306), Bd. 154.

Die Bundesregierung stimmte am 28. Juni 1961 einer Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft zu, mit der die Wirtschaftshilfe an Brasilien einschließlich des Kreditplafonds in Höhe von 200 Mio. DM gebilligt wurde. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE 1961, S. 215 f.

<sup>9</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, berichtete am 18. August 1961, der brasilianische Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen, Campos sei „erneut auf Zeitpunkt Bekanntgabe deutschen Entwicklungskredites“ zu sprechen gekommen und habe mitgeteilt, daß Finanzminister Mariani für den 22. August 1961 eine Erklärung über den Entwicklungsplan für den Nordosten Brasiliens vorgesehen habe, in der „Beiträge USA und Bundesrepublik zur Finanzierung dieses Planes ausdrücklich erwähnt werden“ sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 241; B 130, Bd. 2172A (I B 2).

<sup>10</sup> Am 17. August 1961 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Berger dar: „Abt[eilung] 8 und Abt. 4 haben an sich keine Bedenken, durch eine dilatorische Behandlung der Verhandlungen über Kapitalhilfe der brasilianischen Regierung etwas Zeit zum Nachdenken über die vom Präsidenten Quadros eingenommene Haltung zur Frage des Abschlusses eines Handelsabkommens mit der SBZ zu geben. Allerdings darf man keine übertriebenen Erwartungen daran knüpfen, da die Tatsache, daß die Bundesrepublik bereit ist, Brasilien Kapitalhilfe zu gewähren, sowie der Betrag von DM 200 Mio. seit langem bekannt ist.“ Vgl. B 130, Bd. 2172A (I B 2).

Ministerialdirektor von Etzdorf wies die Botschaft in Rio de Janeiro am 19. August 1961 an, der brasilianischen Regierung mitzuteilen, „daß die Bundesregierung sich freue, durch einen Finanzkredit von 200 Millionen DM zu den Entwicklungsvorhaben des befreundeten Brasiliens beitragen zu können“, der „auch bewährte freundschaftliche Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Brasilien festigen und vertiefen werde“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 123; B 130, Bd. 2172A (I B 2).

<sup>11</sup> Günter Harkort.

<sup>12</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>13</sup> Hans-Georg Sachs.

<sup>14</sup> Hat dem Vertreter des Staatssekretärs Carstens, Ministerialdirektor von Etzdorf, am 15. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Sachs vermerkte: „Bevor ich diese Aufz[eich-

## 264

### Bundesminister von Brentano an Botschafter Grewe, Washington

301-81.08/0-89/61 streng geheim

11. August 1961<sup>1</sup>

Lieber Herr Grewe!

Für die Beratungen der Botschafter-Lenkungsgruppe über die militärischen Aspekte der „Contingency Planning“ für Berlin<sup>2</sup> wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verteidigung<sup>3</sup> folgende Weisung erteilt:

## A. Organisatorische Fragen

- 1) Unbeschadet der primären Verantwortung der drei Westmächte für die Offenhaltung des Zugangs nach Berlin ist die Bundesregierung bereit, sich an der Eventualfallsplanung zu beteiligen. Sie sieht die „Botschafter-Lenkungsgruppe“ als geeignetes Instrument für die Gesamtplanung aller politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen an, die im Zusammenhang mit der Berlin-Krise vom Westen, wo auch immer, getroffen werden könnten.
- 2) Bei der Bedeutung, die dem Nordatlantikpakt und der Einheit aller Verbündeten der NATO in diesem Zusammenhang zukommt, ist ständig darauf zu achten, daß der NATO-Rat so früh und so umfassend von den einzelnen Ergebnissen der Arbeit der Botschafter-Lenkungsgruppe unterrichtet wird, als dies jeweils angebracht erscheint. Auch sind etwaige Vorschläge und Anregungen anderer Mitgliedstaaten der NATO soweit wie möglich zu berücksichtigen.
- 3) Die Leitung militärischer Maßnahmen während einer Berlin-Krise sollte soweit irgend möglich den jeweils zuständigen militärischen Stellen und Befehlshabern

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1129*

nung] dem Herrn Minister vorlege, bitte ich [um] Stellungnahme zu letztem Absatz, evtl. zusammen mit Abt[eilung] 4.“ Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 2172 A (I B 2). Vgl. dazu Anm. 10.

Hat Etdorf am 18. August 1961 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter von Marchtaler vermerkte: „Im Anschluß an die heutige D[ienst]B[esprechung]: Ich wäre für erneute Vorlage dankbar im Lichte der erwarteten Antwort des Präsidenten Quadros.“

Hat Marchtaler am 19. August 1961 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Der Entwurf für die Weisung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 10. August 1961 an Staatssekretär Carstens geleitet. Dazu teilte er mit: „Der Entwurf ist gemeinsam mit Generalmajor Schnez vom Bundesverteidigungsministerium ausgearbeitet worden und hat inzwischen die Billigung von Herrn General Foertsch gefunden. Er wird in der vorliegenden Form nunmehr Herrn Bundesminister Strauß übermittelt.“ Sahm bat, das Schreiben an Botschafter Grewe, Washington, „zu billigen und – falls der Herr Bundesminister für Verteidigung keine Bedenken erhebt – so rechtzeitig abzuzeichnen, daß es dem Unterzeichneten vor seiner Abreise nach Washington am Dienstag vormittag zur Übermittlung an Herrn Botschafter Grewe in Reinschrift übergeben werden kann.“ Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 12304 A (201).

Hat Angestelltem Lempert am 15. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Originalschreiben von H[errn] Dr. Sahm H. Prof. Grewe persönlich übergeben.“

Hat Legationsrat I. Klasse Scheske vorgelegen, der den Vermerk von Lempert handschriftlich änderte: „Originalschreiben von H. Dr. Sahm für H. Prof. Grewe persönlich mitgenommen.“

<sup>2</sup> Zu den Aufträgen an die Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 259.

<sup>3</sup> Franz Josef Strauß.

der NATO unter Verwendung der dafür vorgesehenen Befehlswege sowie Führungs- und Meldenetze überlassen bleiben.

Soweit über den geographischen NATO-Bereich<sup>4</sup> hinausgehende (weltweite) militärische Maßnahmen geplant oder durchgeführt werden sollen, liegt die Verantwortung in erster Linie bei den zuständigen militärischen Stellen der Drei Mächte. Um hierbei eine enge Koordinierung mit den entsprechenden Maßnahmen der NATO sicherzustellen, sollte darauf hingewirkt werden, daß die Drei Mächte sich möglichst solcher militärischer Persönlichkeiten bedienen, die gleichzeitig entsprechende NATO-Aufgaben wahrnehmen (z.B. Mitglied der Standing Group). Da die politische Leitung der militärischen Maßnahmen der Drei Mächte durch die Botschafter-Lenkungsgruppe erfolgen soll (siehe Ziffer A 1), der ein deutscher Vertreter als Vollmitglied angehört, ist es notwendig, daß zu den verantwortlichen militärischen Vertretern der Drei Mächte ein deutscher Verbindungsoffizier hinzutritt. Soweit es sich um militärische Maßnahmen handelt, die ausschließlich mit der Sicherung oder Wiederherstellung des Zuganges nach Berlin zusammenhängen, liegt die Verantwortung zunächst ausschließlich bei den Drei Mächten.

Soweit zwischen der Botschafter-Lenkungsgruppe und General Norstad (in seiner Eigenschaft als für „Live Oak“ verantwortlicher amerikanischer Befehlshaber-EUCOM) eine militärische Instanz der Drei Mächte eingeschaltet wird (z.B. die Mitglieder der Standing Group), sollte auch hier – wenn notwendig – deutscher Verbindungsoffizier eingesetzt werden.

Die Anwesenheit eines deutschen Verbindungsoffiziers im Stab der Planungsgruppe „Live Oak“ berücksichtigt ausreichend unsere Interessen. Im Sinne des ersten Absatzes dieser Ziffer sollte jedoch geprüft werden, ob und in welcher Weise die NATO-Befehlshaber in verstärktem Maße in die Durchführung der von „Live Oak“ geplanten Maßnahmen eingeschaltet werden können. Etwaige Bestrebungen, „Live Oak“ in einen operativen Stab umzuwandeln<sup>5</sup>, sollten deswegen nicht unterstützt werden.

4) Es sollte geprüft werden, ob die militärischen Befehlshaber der NATO für bestimmte Aufgaben und/oder für eine begrenzte Zeit ihre Weisungen nicht vom ganzen NATO-Rat, sondern nur von denjenigen Mitgliedern erhalten, deren Streitkräfte an den betreffenden Maßnahmen teilnehmen oder deren Teilnahme vorgesehen ist.

#### B. Militärische Fragen

1) Im Sinne des Memorandums, das Ihnen mit Drahterlaß Nr. 784 vom 20. Juni überreicht worden war<sup>6</sup>, sind an militärischen Maßnahmen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sicherung oder Wiederherstellung der alliierten Rechte in Berlin stehen, nur Streitkräfte der Drei Mächte beteiligt. Einheiten der Bundeswehr können militärisch nur auf Grund der Verpflichtungen des Nordatlantikpaktes<sup>7</sup> und im Rahmen der NATO-Planungen sowie nur unter NATO-Befehl verwendet werden.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 in der mit Protokoll vom 17. Oktober 1951 geänderten Fassung; Dok. 85, Anm. 18.

<sup>5</sup> Zu entsprechenden Überlegungen des Leiters der „Live-Oak“-Planungsgruppe, Baker, vgl. Dok. 252, Anm. 6.

<sup>6</sup> Zum Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 20. Juni 1961 an Botschafter Grewe, Washington, vgl. Dok. 197, Anm. 2.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 59, Anm. 8.

2) Alle Planungen für Anwendung von Waffengewalt sollen in erster Linie auf die abschreckende Wirkung solcher Maßnahmen abgestellt sein.

Jede Planung für größere militärische Aktionen muß so eingerichtet sein, daß die Verteidigungsfähigkeit der Allianz nicht beeinträchtigt wird, da sonst die Abschreckung an Glaubhaftigkeit verliert.

3) Bei der Planung von größeren militärischen Aktionen ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Sowjets einzig und allein nur durch Maßnahmen gegen ihr eigenes Land beeindruckt werden, insbesondere durch die glaubhafte Drohung von Angriffen mit atomaren Kampfmitteln. Es ist nicht angängig, daß, auch nur in Zwischenphasen, Luftwaffen-Operationen ausschließlich gegen Ziele auf deutschem Boden vorgesehen werden.

4) Die Planungen sollten – soweit angängig – eine automatische Steigerung der militärischen Maßnahmen ausschließen. Es ist darauf zu achten, daß jeweils vor dem Übergang von einer schwächeren zu einer stärkeren militärischen Aktion eine politische und militärische Überprüfung der Lage möglich ist.

Die politische Führung muß in jedem Augenblick in der Lage sein, eine Entwicklung aufzuhalten oder in eine andere Richtung zu lenken.

Mit meinen besten Grüßen bin ich

von Brentano<sup>8</sup>

**B 130, Bd. 12304A (201)**

## 265

### Bundesminister Strauß an Bundesminister von Brentano

**Streng geheim**

**11. August 1961<sup>1</sup>**

Auch die unhöfliche Formulierung Ihres Telegramms<sup>2</sup> kann die Unrichtigkeit Ihres Standpunktes nicht verbergen.

1) Ich bin deshalb nach Paris gefahren, weil dieser Termin mit dem Generalsekretär der NATO<sup>3</sup> seit langer Zeit vereinbart war. Er mußte deshalb vereinbart werden, weil das Protokoll<sup>4</sup> des Auswärtigen Amtes bei dem dreitägigen Besuch des Generalsekretärs der NATO<sup>5</sup> ganze 90 Minuten für die Besprechung der

<sup>8</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Fernschreiben.

Das Fernschreiben ging nachrichtlich auch Bundeskanzler Adenauer zu.  
Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Fernschreiben des Bundesministers von Brentano, z. Z. Cadenabbia, vom 9. August 1961 vgl. Dok. 260.

<sup>3</sup> Dirk U. Stikker.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister von Brentano unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>5</sup> Zum Besuch des NATO-Generalsekretär Stikker am 26./27. Juni 1961 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 199.

zahlreichen administrativen, technischen und militärpolitischen Probleme vorgesehen hatte. Ich habe mich damals schon über den Vorrang repräsentativer Dinge vor sachlichen Besprechungen beklagt.

2) Ich bin am Sonntag, den 6. August, abends um 8.00 Uhr in Paris eingetroffen. Dort ist mir mitgeteilt worden, daß Sie bei irgendeinem Essen<sup>6</sup> und nur am nächsten Vormittag zu sprechen seien. Ich habe sehr bedauert, daß ich auch im Verlauf des späteren Abends, an dem ich mehrere Ihrer Herren, u. a. Staatssekretär Carstens, gesehen habe, keine Möglichkeit hatte, Sie zu treffen. Der Presse entnehme ich, daß Sie am Montag mittag, ohne mir Gelegenheit zu einer Rücksprache zu geben, nach Mailand geflogen sind<sup>7</sup>, obwohl Sie erst am Dienstag abend<sup>8</sup> vom Bundeskanzler empfangen wurden. Ich konnte meinen durch das Versagen des Protokolls notwendig gewordenen Besuch bei Stikker am Montag vormittag nicht beliebig verschieben. Ich wäre Ihnen Montag nachmittag, abend und Dienstag vormittag zur Verfügung gestanden. Warum Sie dieser Aussprache ausgewichen und am Comer See sich aufgehalten<sup>9</sup> haben, ist mir unerfindlich.

3) Die Amerikaner brauchen nicht über unsere normalen militärischen Aufbaumaßnahmen unterrichtet zu werden. Diese sind ihnen durch amtliche Dokumente und durch meine Gespräche in Washington<sup>10</sup> hinlänglich bekannt. Es handelt sich auch entgegen Ihrer Annahme nicht um die Erfüllung der normalen Planung, sondern um die Erreichung bestimmter Stärken bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es tut mir leid, daß Sie diese Dinge entweder nicht kennen<sup>11</sup> oder nicht ernst genug nehmen und deshalb in derartig unglaublichen Formulierungen an mich schreiben.

4) Meine Informationen über die von deutscher Seite gemachten Zusagen<sup>12</sup> stammen aus amtlichen Dokumenten, aus meiner Rücksprache mit Staatssekretär

<sup>6</sup> Die Wörter „bei irgendeinem Essen“ wurden von Bundesminister von Brentano unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

Brentano nahm an einem Essen beim amerikanischen Außenminister Rusk teil.

<sup>7</sup> Bundesminister von Brentano reiste am 7. August 1961 von Paris zu Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer nach Cadenabbia.

<sup>8</sup> Die Wörter „Sie erst am Dienstag abend“ wurden von Bundesminister von Brentano unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>9</sup> Die Wörter „Comer See sich aufgehalten“ wurden von Bundesminister von Brentano unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Bundesministers Strauß vom 13. bis 31. Juli 1961 in den USA vgl. Dok. 244 und Dok. 245.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf vermerkte am 13. August 1961, Bundesminister Strauß habe in einem Gespräch geäußert, „ihm schiene, als ob unser Minister nicht klar unterschieden hätte zwischen ‚assignment‘ und effektiven Stärken. Die amerikanische Seite hätte aber [...] den Eindruck, als ob die Zahlenangaben unseres Ministers effektiv gemeint seien, d.h. man rechne auf amerikanischer Seite damit, daß wir bis zum Ende dieses Jahre ein oder zwei zusätzliche Divisionen, insgesamt also acht oder neun Divisionen, verfügbar hätten, und daß im Laufe des nächsten Jahres zwei weitere voll einsatzfähige Divisionen hinzukommen könnten.“ Dies sei aber nur möglich, wenn die am 1. Oktober 1961 zur Entlassung anstehenden 38000 Wehrpflichtigen „für drei weitere Monate bei der Truppe behalten“ würden; gleichzeitig etwa 50000 Reservisten einberufen und die notwendigen Vorratskäufe getätigt würden. Den Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in der Besprechung am 3. August 1961 in Cadenabbia sei aber zu entnehmen gewesen, „daß der Herr Bundeskanzler keineswegs an all dies dachte“. Vgl. B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro).

<sup>12</sup> Für die Ausführungen des Bundesministers von Brentano im Gespräch mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254.



Carstens und General Schnez. Diese Zusagen sind gemacht worden, bevor Staatssekretär Carstens aus Cadenabbia<sup>13</sup> zurückkam. Es ist auch nicht meine Schuld, daß Sie nicht aufzufinden waren und deshalb Staatssekretär Carstens nach Cadenabbia kam. Wenn es so wäre, wie Sie schreiben, dann wäre es unverständlich, warum in meiner Gegenwart der Herr Bundeskanzler dem Staatssekretär Carstens bestimmte Versicherungen gegeben hat, warum der Herr Bundeskanzler die Durchführung bestimmter Maßnahmen untersagt und Staatssekretär Carstens den Auftrag gegeben hat, den Verbündeten das in geeigneter Form beizubringen. Hier besteht ein offener Widerspruch. Die Weisung des Bundeskanzlers wäre überflüssig gewesen, wenn Sie recht hätten.

5) Ich kann einfach nicht damit einverstanden sein, daß auf der einen Seite Zusagen gegeben werden, auf der anderen Seite die dafür nötigen Maßnahmen nicht ergriffen werden dürfen. Zum Schluß ergibt sich das mir aus dem Jahre 1956 bekannte Spiel, wonach das Verteidigungsministerium eben leider versagt und die von politischer Seite gemachten Zusagen nicht eingehalten hat.

6) Sie schreiben wahrheitswidrig, daß ich die Frage militärischer Sondermaßnahmen in der Öffentlichkeit angeschnitten hätte. Ich bitte Sie, sich besser informieren zu lassen. Nach der Rede des amerikanischen Präsidenten<sup>14</sup> ist diese Frage allgemein in der deutschen Presse erörtert worden. Ich habe bei meinem Bericht vor der Presse über meine Amerikareise erklärt, daß von unserer Seite nichts anderes veranlaßt würde, als was im NATO-Rat beschlossen oder in der Viermächte-Konferenz vereinbart wird.<sup>15</sup> Diese zurückhaltende Bemerkung hat überall, selbst bei der Oppositionspresse, Beifall gefunden. Es bleibt Ihnen vorbehalten, sich daran zu reiben. Ich bitte Sie aber, sich nicht als meinen Zensor zu betrachten, sonst würde ich mit geeigneten Gegenbeispielen antworten.

Ich bin selbstverständlich auch jetzt noch zu einem Gespräch über diese Dinge bereit, muß mir aber allen Ernstes den Ton verbitten, in dem Sie mit mir verkehren. Ich bin weder Ihr Befehlsempfänger noch ein geeignetes Objekt für Ihre herabsetzenden Bemerkungen. Ich bitte Sie, zu einem normalen Umgangston zurückzukehren. Das gegenteilige Verhalten legt sonst merkwürdige Schlüsse nahe.

7) Schließlich darf ich Sie noch darauf hinweisen, wie mir das Versagen unserer diplomatischen Dienste in Washington diesmal ganz besonders aufgefallen ist, wie erfolgreich aber andererseits dieselben Dienste beim Aufbau des Kanzler-Kandidaten der SPD<sup>16</sup> in Amerika gewesen sind. Ein großer Teil der amerikanischen Senatoren, und darunter gerade die einflußreichsten, sind über Wesen und Grundzüge unserer Politik nicht informiert. Dasselbe gilt auch für einen großen Teil der Administration. Die Verantwortung trifft Sie, nicht mich.

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Bundesminister Strauß und Staatssekretär Carstens am 3. August 1961 in Cadenabbia vgl. Dok. 248.

<sup>14</sup> Zur Rede des Präsidenten Kennedy vom 25. Juli 1961 vgl. Dok. 232, Anm. 2.

<sup>15</sup> Zu den Ausführungen des Bundesministers Strauß am 4. August 1961 vor Vertretern der Presse vgl. Dok. 254, Anm. 26.

<sup>16</sup> Willy Brandt.

Ich bin gern bereit, wieder zu normalen Umgangsformen<sup>17</sup> zurückzukehren. Dieses Telegramm ist meine Reaktion auf Ihr Fernschreiben vom 9.8.61.<sup>18</sup>

[gez.] Strauß

B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro)

## 266

### Botschafter Klaiber, Rom, an Bundesminister von Brentano

114-133/61 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 428  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 12. August 1961, 19.40 Uhr  
Ankunft: 12. August 1961, 20.45 Uhr

Für Herrn Außenminister ausschließlich

Auf Drahterlaß Nr. 265 vom 11.8.<sup>1</sup>

Konnte Segni heute kurz vor Ferienbeginn und allgemeiner Flucht der Italiener vor römischer Sommerhitze noch sprechen und habe ihm weisungsgemäß die Besorgnis der Bundesregierung über die aufsehenerregenden Äußerungen eines Teils der italienischen Presse zum Berlin-Konflikt<sup>2</sup> ausgedrückt. Er erklärte mir, italienische Regierung mißbillige diese Presseäußerungen. Sie habe deshalb Wert darauf gelegt, in neuerlichen offiziellen Auslassungen (Fanfani und Zeitschrift

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „Umgangsformeln“.

<sup>18</sup> Bundesminister von Brentano antwortete Bundesminister Strauß am 19. August 1961: „Ich habe mir ernsthaft überlegt, ob ich auf Ihr Telegramm vom 11. August 1961 überhaupt antworten sollte. Mein Fernschreiben an Sie enthielt kein unhöfliches Wort; dagegen finde ich in Ihrem Antworttelegramm ausgesprochen ungehörige Formulierungen.“ Brentano äußerte sich zu einzelnen von Strauß angesprochenen Punkten und nahm abschließend „gern Kenntnis von Ihrer Bereitschaft, zu normalen Umgangsformen zurückzukehren; ich habe das nicht nötig, da ich sie niemals verlassen habe“. Vgl. B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro).

<sup>1</sup> Bundesminister von Brentano wies Botschafter Klaiber, Rom, an, den italienischen Außenminister Segni auf die Sorge der Bundesregierung über Stellungnahmen in der italienischen Presse zur Deutschland- und Berlin-Frage hinzuweisen: „Die These, daß ein *Fait accompli* den Vorrang habe vor dem Wunsch nach Wiedervereinigung, ist unerträglich. Die Frage, ob der Herr Bundeskanzler die Wiedervereinigung wünsche, ist beleidigend.“ Vgl. B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro).

<sup>2</sup> Botschafter Klaiber, Rom, berichtete am 10. August 1961, daß sich die italienische Presse „mehr und mehr für baldige westliche Initiative zur Herbeiführung Ost-West-Verhandlungen“ einsetze. Dazu werde in der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“ ausgeführt, „eine Diskussion mit den Sowjets über die deutsche Wiedervereinigung sei sinnlos [...]“. In bezug auf Berlin gebe es dagegen Lösungsmöglichkeiten, wie der Vorschlag ‚freie Stadt unter UNO-Kontrolle‘ beweise. Vielleicht sei auch Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ‚der Schlüssel für eine mögliche Lösung‘. „Andere Zeitungen sähen mögliche Kompromisse mit der UdSSR auf der Basis, „daß der Westen auf die ‚Chimäre der deutschen Wiedervereinigung‘ verzichte, um ‚solide Garantien‘ für die Freiheit Berlins herauszuholen.“ Die Tageszeitung „Il Tempo“ glaube, „daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung rein theoretisch sei [...]“. Also: keine Wiedervereinigung und keine freien Wahlen, weil ‚nach 16 Jahren die These des *Fait accompli* den Vorrang hat‘. Und ‚seien wir objektiv: Wünscht Adenauer vielleicht die Wiedervereinigung?‘ Die Oder-Neiße-Linie schließlich sei ebenso ein Faktum wie das Vorhandensein eines kommunistischen Staates in Deutschland.“ Auch die Turiner Tageszeitung „La Stampa“ spreche sich „für eine De-facto-Anerkennung Pankows aus und eine ‚vorläufige‘ Regelung der Berlin-Frage im Sinne der Schaffung einer ganz Berlin umfassenden Freien Stadt, die damit eine Art ‚dritter kleiner deutscher Staat‘ werden würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; B 24 (Referat 204), Bd. 391.

Esteri) ihren Standpunkt vor der Öffentlichkeit nochmals zu präzisieren. Auch er glaube, daß die nervöse Haltung der betreffenden italienischen Zeitungen wohl von der ängstlichen Großindustrie inspiriert und von Appeasement-Regungen der englischen Presse mitbeeinflußt sei.

Nach gestriger Ministerratssitzung hat sich Fanfani beeilt, erneut die volle Zugehörigkeit Italiens zu seinen Bündnissen und den Gemeinschaften zu unterstreichen, denen Italien aus freiem Entschluß und in voller Überzeugung beigetreten sei. Gleichzeitig hat er allerdings die Notwendigkeit von rechtzeitigen, diskreten und konstruktiven Kontakten zur Vorbereitung der eigentlichen Verhandlungen betont.

Die Auffassung der italienischen Regierung über die Grenzen solcher Verhandlungen ist soeben in der offiziellen Zeitschrift des italienischen Außenministeriums „Esteri“ erschienen.<sup>3</sup> Es heißt dort:

„Die sowjetische Seite hat sich bei den Besprechungen mit Fanfani und Segni in Moskau<sup>4</sup> nicht völlig taub gestellt, als die italienischen Vertreter die Notwendigkeit betonten, den Frieden zu retten. Wenn aber ein Verhandlungsspielraum existiert, so nur ein äußerst begrenzter.

Die Moskauer Regierung hat zwar erklärt, zu Verhandlungen bereit zu sein, allerdings unter der Bedingung, daß der Westen einverstanden ist, über den Friedensvertrag zu verhandeln, d. h. über seine Klauseln, seine Garantien und seine Anwendung, nicht aber über die prinzipielle Frage, ob ein solcher Vertrag überhaupt abgeschlossen werden soll und ebenso wenig über die Frage einer eventuellen Herausschiebung des Vertrages. Eine Verhandlung dieser Art würde bedeuten, die sowjetischen Forderungen von vornherein zu akzeptieren. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß der Westen bereit ist, unter dieser Voraussetzung in Verhandlungen einzutreten. Deshalb hat der italienische Ministerpräsident auch in Moskau nachdrücklich die Frage gestellt, ob man etwa das Risiko auf sich nehmen wolle, den Frieden zu zerstören, nur um einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es hat mit Verhandlungen nichts zu tun, wenn man von vornherein den sowjetischen Thesen beipflichten würde, wie es die Moskauer Regierung zu verlangen scheint.“

In meinem heutigen Gespräch mit Segni hatte ich den Eindruck, daß sowohl Fanfani wie Segni in der Tat von den harten und intransigenten Erklärungen Chruschtschows stark beeindruckt und – wenn sie selbst auch kühles Blut bewahren – doch auch von der öffentlichen Besorgnis in Italien abhängig sind. Andererseits hat mir Segni mit allem Ernst erklärt, daß Italien seine Stellung an der Seite der westlichen Alliierten bezogen habe und die Konsequenzen daraus zu ziehen bereit und entschlossen sei.<sup>5</sup> Man kenne zwar noch nicht den

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Artikel „I Colloqui di Mosca“; ESTERI XII (1961), Heft 15, S. 1 f.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Fanfani und des italienischen Außenministers Segni vom 2. bis 5. August 1961 in der UdSSR vgl. Dok. 255, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 9.

<sup>5</sup> Am 16. August 1961 gab Botschafter Klaiber, Rom, in einem Privatdienstschreiben an Bundesminister von Brentano weitere Informationen über ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister Segni am 12. August 1961 in dessen Privatwohnung in Rom: „Ich fand Segni sehr abgekämpft und besorgt [...]. Er nimmt die Drohungen Chruschtschows todernst und hält ihn auch für fähig, den Westen zum Krieg zu provozieren, um von seinen innen- und satelliten-politischen Schwierigkeiten abzulenken.“ Segnis Mißtrauen gegenüber den „Friedensbeteuerungen“ des sowjetischen Ministerpräsidenten werde durch dessen Äußerung bestärkt, „wonach die Sowjetunion in vielleicht zwei Jahren die nukleare

Notstandsplan des Westens im einzelnen, Ministerpräsident und Segni hätten aber unter Beiziehung Verteidigungsministers<sup>6</sup> und der Generalstabschefs der verschiedenen Waffengattungen, intern und ohne Öffentlichkeit zu beunruhigen, militärische Dringlichkeitsmaßnahmen für äußere und innere Sicherheit beschlossen. In der Beurteilung der westlichen Gegenmaßnahmen scheint es mir, daß sich Fanfani und Segni in der Frage ihrer öffentlichen Auswertung unterscheiden: Segni stimmt mit den westlichen Alliierten voll darin überein, daß SU von der klaren Entschlossenheit des Westens durch Maßnahmen auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet überzeugt werden müsse, um Fehleinschätzungen Chruschtschows zu vermeiden. Dagegen scheint Fanfani zu befürchten, daß eine zu lautstarke Ankündigung solcher Maßnahmen auf die Sowjets provokatorisch und die Situation verschärfend wirken könnte, und hat diese Auffassung wohl auch in seinen Gesprächen mit den Alliierten zum Ausdruck gebracht.

In Moskau habe Fanfani zwar den dringenden Wunsch zum Ausdruck gebracht, im Interesse der Friedenserhaltung vor einseitigen sowjetischen Schritten die Berlin-Krise durch Verhandlungen zu entschärfen und, wenn möglich, zu lösen. Dagegen erklärte mir Segni erneut, auch Fanfani habe in Moskau den westlichen Standpunkt mit dem nötigen Ernst und loyal vertreten. Sie hätten in Moskau keinerlei Zweifel über den Standpunkt der westlichen Allianz und an den italienischen Bündnisverpflichtungen gelassen. Staatssekretär Rusk hatte – wie ich höre – hier denselben Eindruck gewonnen<sup>7</sup> und hat dies soeben in Washington nach seinem Bericht an Kennedy über die Besprechungen in Paris<sup>8</sup> und Rom auch öffentlich ausgesprochen. Mein hiesiger französischer Kollege<sup>9</sup>, der besonders skeptisch gegenüber der italienischen Haltung ist, hat mir diesen Eindruck ebenfalls bestätigt.

Es bleibt trotzdem die schwere Sorge, daß das italienische Volk auf eine ernste Krise nicht vorbereitet und zu etwaigen Opfern wenig bereit ist. Die gestrige Rede Chruschtschows, in der er erneut vor allem Italien neben anderen NATO-Partnern mit der nuklearen Zerstörung seiner NATO-Basen und damit auch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1136*

Überlegenheit über den Westen nicht mehr inne habe. Chruschtschow habe auch erklärt, bis die von Kennedy geplanten neuen Militärmaßnahmen verwirklicht seien, sei der Krieg bereits entschieden.“ Während an der Haltung von Segni selbst als „Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle“ in einem Krisenfall nicht zu zweifeln sei, kenne der italienische Außenminister „naturgemäß genau die Schwächen seines Landes“ und leide darunter, „daß sein Land eigentlich nicht bündnisfähig ist und im Ernstfall sicher nur eine Belastung der Alliierten“ sein werde. Vgl. B 130, Bd. 8414A (Ministerbüro).

<sup>6</sup> Giulio Andreotti.

<sup>7</sup> Der amerikanische Außenminister Rusk traf am 9. August 1961 in Rom mit Ministerpräsident Fanfani und dem italienischen Außenminister Segni zusammen.

<sup>8</sup> Der amerikanische Außenminister Rusk hielt sich vom 4. bis 9. August 1961 in Frankreich auf. Für die Gespräche mit Bundesminister von Brentano sowie den Außenministern Couve de Murville (Frankreich) und Lord Home (Großbritannien) am 5./6. August 1961 vgl. Dok. 254 und Dok. 255. Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats mit Rusk am 8. August 1961 vgl. Dok. 258.

Zu den weiteren Gesprächen zwischen Rusk, Couve de Murville und Lord Home am 5. bzw. 7. August 1961 vgl. FRUS 1961–1963, XIII, Dok. 234, S. 673, bzw. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 94, S. 269–280. Vgl. dazu auch DDF 1961, II, S. 233–242 und S. 265–277.

Zur Unterredung zwischen Rusk und Staatspräsident de Gaulle am 8. August 1961 sowie zum Treffen zwischen Rusk und den amerikanischen Botschaftern in europäischen Staaten am 9. August 1961 in Paris vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 100, S. 312–316, und Dok. 102, S. 318–323. Vgl. außerdem DDF 1961, II, S. 280–286.

<sup>9</sup> Gaston Palewski.

der Werke seiner Kultur und Wirtschaft bedrohte<sup>10</sup>, hat auf das labile italienische Volk ihren<sup>11</sup> Eindruck nicht verfehlt. Der überraschend gewachsene Wohlstand hat die Italiener weder mutiger noch opferwilliger gemacht. Die Hoffnung, sich in echt italienischer Art im Notfall irgendwie „arrangieren“ zu können, schwindet gegenüber der Realität der Bündnisverpflichtungen und der im Lande vorhandenen NATO-Basen und Raketenabschußrampen. Dieser Schreck muß erst verdaut werden.

[gez.] Klaiber

**B 130, Bd. 8414A (Ministerbüro)**

**267**

**Bundesminister von Brentano  
an Botschafter Grewe, Washington**

**St.S. 130/61 streng geheim**  
**Fernschreiben Nr. 980**  
**Citissime**

**12. August 1961<sup>1</sup>**  
**Aufgabe: 14. August 1961, 13.30 Uhr**

Für Botschafter Grewe

Betr.: Botschafter-Lenkungsgruppe

**1) Gegenmaßnahmen für den Fall des Abschlusses des Separatvertrags**

Die Frage, wie der Westen auf den Abschluß des Separatvertrags zwischen der Sowjetunion und der SBZ reagieren sollte, ist auf der Vier-Mächte-Außenministerkonferenz in Paris<sup>2</sup> nicht zu Ende diskutiert worden. Bei unseren Partnern besteht die Tendenz, die Bedeutung des Vertragsschlusses als solchen herunterzuspielen und ernsthafte Gegenmaßnahmen erst für den Fall vorzusehen, daß im Anschluß an den Separatvertrag Störungen im Berlin-Verkehr oder sonstige Übergriffe gegen Berlin stattfinden.

<sup>10</sup> Am 11. August 1961 kündigte Ministerpräsident Chruschtschow auf einer sowjetisch-rumänischen Freundschaftskundgebung in Moskau an: „Im Falle des Kriegsausbruchs wird die Sowjetunion im Rahmen der Verteidigung, als Selbstschutz, sich genötigt sehen, gegen alle Territorien der Länder des Militärblocks NATO loszuschlagen, auf denen die Militärstützpunkte liegen. Die Russen haben ein Sprichwort: ‚Ist der Kopf ab, braucht man dem Haar nicht nachzuweinen.‘ Wozu brauchen wir Altertumsdenkmäler, wo doch die Menschen tot sein werden?“ Vgl. DzD IV/6, S. 1555.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „seinen“.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Staatssekretär Carstens konzipiert und am 12. August 1961 an Bundesminister von Brentano geleitet. Carstens teilte dazu mit: „Falls Sie einverstanden sind, bitte ich Sie, das Büro Staatssekretär anrufen zu lassen, damit die Weisung abgehen kann.“ Vgl. das Begleitschreiben; B 2-VS, Bd. 368 A (Büro Staatssekretär).

<sup>2</sup> Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion die Konsequenzen des Vertrages wiederholt und unmißverständlich angekündigt habe. Man müsse davon ausgehen, daß diese Ankündigungen verwirklicht würden.

Wir müssen vier wesentliche Möglichkeiten unterscheiden:

- a) Der Separatvertrag wird geschlossen. Im Anschluß daran wird der zivile und der militärische Verkehr nach Berlin behindert.
- b) Der Separatvertrag wird geschlossen. Im Anschluß daran wird nur der zivile Verkehr behindert.
- c) Der Separatvertrag wird geschlossen. Im Anschluß daran wird nur der militärische Verkehr behindert.
- d) Der Separatvertrag wird geschlossen, ohne daß alsbald Maßnahmen gegen Berlin ergriffen werden.

Für den Fall a) besteht Einigkeit, daß, abgesehen von den sonstigen Maßnahmen auf politischem und militärischem Gebiet, ein totales Embargo gegen den gesamten Sowjetblock ins Auge gefaßt werden soll.<sup>3</sup>

Im Falle b) werden wir schon aufgrund der bestehenden Abreden den Interzonenhandel unterbrechen<sup>4</sup> und von unseren Partnern damit parallel laufende wirtschaftliche Maßnahmen fordern müssen.

Für den Fall c) war zunächst von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden, daß ein wirtschaftliches Embargo gegen den gesamten Sowjetblock verhängt werden solle. Davon sollte jedoch der Interzonenhandel (wegen der Verbindung zwischen Interzonenhandel und freiem Zivilverkehr) ausgenommen bleiben.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es mir unmöglich erscheine, daß die Bundesrepublik den Interzonenhandel fortsetze, wenn vielleicht die Militärflugzeuge der Westmächte beschossen und zur Landung gezwungen würden.

Der Fragenkomplex ist der Botschafter-Lenkungsgruppe zur weiteren Prüfung zurücküberwiesen worden. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir für den Fall einer Behinderung nur des militärischen Verkehrs Gegenmaßnahmen auch im Interzonenhandel ergreifen müßten. Nur wenn alle westlichen Länder einschließlich der Bundesrepublik solidarisch vorgehen, versprechen Maßnahmen wirtschaftlicher Art einen nachhaltigen Erfolg.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob wir selbst im Falle d) (Abschluß des Separat-Vertrags ohne Behinderung des militärischen oder zivilen Verkehrs) den Interzonenhandel fortsetzen können. Durch den Separatvertrag wird der Anschein einer Rechtskonstruktion geschaffen, die die letzten Bindungen der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin beseitigen soll. Dies geschieht mit dem eindeutigen Zweck, die bisherige Rechtsstellung Berlins und die Zugangsrechte nach Berlin zu beseitigen. Damit wird nach meiner Auffassung die Geschäftsgrundlage für die bisherigen Interzonenhandelsvereinbarungen berührt.

<sup>3</sup> Zu entsprechenden Überlegungen der Pariser Arbeitsgruppe hoher Beamter der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 28. Juli bis 4. August 1961 vgl. Dok. 250.

<sup>4</sup> Zu den Vereinbarungen bei Wiedereinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 vgl. Dok. 6.

Ich sehe auch in der Unterbrechung des Interzonenhandels die einzige wirksame Gegenaktion, die wir gegen den Abschluß des Separatvertrags einleiten und die wir gegebenenfalls vorher ankündigen könnten. Wir können nach meiner Auffassung auf dieses Mittel gegen den von uns und unseren Alliierten übereinstimmend für schädlich angesehenen Separatvertrag nicht verzichten, wobei ich mir darüber im klaren bin, daß es fraglich ist, ob die Androhung einer Unterbrechung des Interzonenhandels ausreicht, um die andere Seite vom Abschluß des Separatvertrags abzuhalten.

Naturgemäß könnten wir aber den Interzonenhandel nur unterbrechen, wenn unsere westlichen Alliierten in diesem Punkt mit uns übereinstimmen und mit uns bereit sind, die Folgen, die sich daraus ergeben können, zu tragen. Darüber hinaus müßten die drei Westmächte und alle übrigen NATO-Staaten ein Embargo gegen die Sowjetzone verhängen, wenn wir den Interzonenhandel unterbrechen, da andernfalls die Interzonenlieferungen auf Umwegen fortgesetzt werden würden.

Ich bitte Sie, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit diesen Fragenkomplex in der Ambassadorial Steering Group vorzutragen und unsere Partner zu bitten, sich mit den vorstehenden Gedankengängen auseinanderzusetzen.<sup>5</sup>

## 2) Verhandlungsinitiative des Westens

Die Frage, ob und wann der Westen eine Verhandlungsinitiative ergreifen sollte, blieb auf der Außenministerkonferenz offen. Ich verweise insoweit auf die dort vorliegenden Berichte.

Nach erneuter eingehender Prüfung haben wir uns entschlossen, künftig den amerikanischen Standpunkt in dieser Frage zu unterstützen, d.h. zuzustimmen, wenn die Amerikaner eine Verhandlungsinitiative ergreifen wollen. Wir verkennen die französischen Bedenken dagegen nicht, sind aber doch der Meinung, daß man in dieser Frage der amerikanischen Regierung, die die weitaus größte Last der gemeinsamen Anstrengungen trägt, einen gewissen Ermessensspielraum geben muß.

Hinzu kommt, daß nach allgemeiner Auffassung zu irgendeinem Zeitpunkt sicher verhandelt werden wird. Wenn das aber so ist, dann spricht auch vom deutschen Standpunkt vieles dafür, die Verhandlungsinitiative zu ergreifen, bevor der Separatvertrag geschlossen oder sein Abschluß eingeleitet worden ist. Auch hier machen wir uns hinsichtlich der Möglichkeiten, durch eine Verhandlungsinitiative den Abschluß des Separatvertrags zu verhindern, keine falschen Vorstel-

<sup>5</sup> Eine von der Washingtoner Botschaftergruppe eingesetzte Untergruppe für wirtschaftliche Gegenmaßnahmen befaßte sich in ihrer ersten Sitzung am 21. August 1961 u. a. mit der „Beteiligung aller NATO-Mitgliedstaaten an wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen“. Botschafter Grewe, Washington, berichtete am selben Tag außerdem, daß der amerikanische Vertreter „detaillierte Auskunft über Maßnahmen der amerikanischen Regierung auf legislativem und administrativem Gebiet“ zur Durchführung der von den Drei Mächten und der Bundesrepublik am 5./6. August 1961 in Paris für den Eventualfall beschlossenen Embargomaßnahmen angekündigt und um entsprechende Erklärungen der anderen drei Regierungen gebeten habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1952; B 130, Bd. 3483 A (AB 7). Gesandter Ritter teilte der Botschaft in Washington am 22. August 1961 dazu mit, daß derzeit Beratungen über den Erlaß eines „Gesetzes zum Schutz der Freiheit von Berlin“ stattfänden, dessen Entwurf noch bis zum Wochenende den „Spitzen beteiligter Ressorts zur Genehmigung“ vorgelegt werden solle. Darüber hinaus würden „Entwürfe von Gesetzen und Rechtsverordnungen erarbeitet, die die Einbringung solcher Gesetze im normalen Gesetzgebungswege bzw. den Erlaß entsprechender Rechtsverordnungen ermöglichen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1019; VS-Bd. 5054 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

lungen. Außerdem sind wir – darin stimmen wir mit allen drei Westmächten überein – nicht bereit, für den Nicht-Abschluß des Separatvertrags unsererseits einen Preis anzubieten oder zu zahlen. Immerhin kann aber eine Verhandlungsinitiative zu einer Verzögerung des Separat-Vertragsabschlusses führen. Auch insoweit hat sie einen gewissen Wert.

Wenn also die Amerikaner der Auffassung sind, daß bald eine Initiative ergriffen werden sollte, etwa in dem Sinne, daß Anfang September der Vorschlag für eine Ost-West-Vier-Mächte-Außenministerkonferenz im Oktober oder November gemacht werden sollte, bitte ich Sie, keine Einwendungen dagegen zu erheben.

Wir haben den Amerikanern bereits in Paris und Dean Rusk in Cadenabbia<sup>6</sup> mitgeteilt, daß wir so verfahren werden. Staatssekretär Carstens hat auch Laloy davon unterrichtet, daß wir in Zukunft gegen einen amerikanischen Vorschlag, eine Verhandlungsinitiative zu ergreifen, keine Einwendungen mehr erheben würden.

Brentano<sup>7</sup>

**B 2-VS, Bd. 368 A (Büro Staatssekretär)**

268

### Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien)

115-77.A/61 geheim

14. August 1961<sup>1</sup>

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* empfing am 14. August 1961 um 10 Uhr in Anwesenheit der Herren MD von Etzdorf und MD Duckwitz die Botschafter der drei Westmächte.<sup>2</sup>

Er sagte einleitend, die Mitteilungen, die gestern aus Berlin eingetroffen seien<sup>3</sup>, seien alarmierend. Man könne sie gar nicht ernst genug sehen. Diese Maßnahmen

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 10. August 1961 in Cadenabbia; Dok. 261.

<sup>7</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber gefertigt.

Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 5. September 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu dem Gespräch vgl. auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 106, S. 328. Vgl. ferner DBPO III/VI, Dok. 265.

<sup>3</sup> In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 begannen Grenzsoldaten der DDR, die Sektorenübergänge nach Berlin (West) mit Stacheldraht abzusperren. Gleichzeitig wurde die Präsenz von Volkspolizei und NVA an den Übergängen verstärkt. Der S-Bahn-Verkehr wurde unterbrochen, S- und U-Bahnhöfe nahe der Sektorengrenze geschlossen. Für den Wortlaut der entsprechenden Befehle des Innenministers der DDR, Maron, vom 12. August 1961 vgl. ULBRICHT, CHRUSCHTSCHOW UND DIE MAUER, S. 108–116.

Am 13. August 1961 wurde der Beschluß des Ministerrats der DDR vom Vortag veröffentlicht, an den Grenzen der DDR „einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin“ Grenzkontrollen einzuführen. Vgl. DzD IV/7, S. 7.

Gleichzeitig wurden entsprechende Verordnungen des Ministeriums des Innern sowie des Verkehrsministeriums der DDR zum Übergang zwischen Ost-Berlin und Berlin (West) bzw. zu den Änderungen



seien viel rascher eingetreten, als angenommen worden sei, und sie könnten nicht isoliert gesehen werden. Es unterliege keinem Zweifel, daß es sich um einen ersten Schritt zur Verwirklichung dessen handle, was bereits angekündigt worden sei, sowie um einen ersten Versuch, um zu testen, wie die westliche Welt darauf reagiere.

Botschafter *Steel* sagte, er sei nicht überrascht gewesen und habe seit Monaten etwas Derartiges erwartet.

Botschafter *Dowling* vertrat die Auffassung, daß man nicht so schnell mit dieser Maßnahme gerechnet habe.

Botschafter *Steel* sagte, sie sei durch die plötzliche Zuspitzung der Flüchtlingsbewegung<sup>4</sup> ausgelöst worden.

Der Herr *Minister* sagte, daß sich wieder einmal zeige, daß ein noch so ausgeklügeltes und perfektionistisches System nicht alle Möglichkeiten voraussehen könne. Die Wirklichkeit sei meist sehr viel phantasievoller.

Botschafter *Steel* sagte, er habe in Paris davor gewarnt.<sup>5</sup>

Der Herr *Minister* erklärte, die Maßnahme zeige, wie klug und raffiniert die Leute in der SBZ seien. Es handle sich um eine Maßnahme, die schwer zu beantworten sei.

In einem Kommentar, den Herr Schnitzler gestern über den Leipziger Sender gegeben habe<sup>6</sup> und der Goebbels'sche Rabulistik in Perfektion gewesen sei, habe er gesagt, die Ostzone habe doch nur das getan, wozu Senator Fulbright sie ganz ausdrücklich ermächtigt<sup>7</sup> habe. Er brauche nicht zu sagen, daß diese Maßnahme mit dem Vier-Mächte-Status<sup>8</sup> und den grundsätzlichen Übereinkommen<sup>9</sup> unvereinbar sei. Diese Vereinbarungen sähen den freien Verkehr in Berlin sowie den freien Zugang von der Bundesrepublik und der Zone nach Berlin vor. Davon seien nun 50 % gestrichen.

Die Reaktion darauf sei politisch ebenso wichtig wie psychologisch. Politisch deshalb, weil in dieser Maßnahme ein erster Schritt eines langfristigen Programms zu erblicken sei und der Osten sehen wolle, wie der Westen reagieren werde.

Schnitzler habe auch bereits angedeutet, daß der freie Verkehr nach Ost-Berlin aus dem Westen nicht behindert werden solle, daß man sich aber vorbehalte,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1141*

im Verkehrsnetz von Berlin veröffentlicht. Außerdem erfolgte ein Verbot für Bewohner von Ost-Berlin, einer Beschäftigung in Berlin (West) nachzugehen. Vgl. dazu DzD IV/7, S. 8–11.

<sup>4</sup> Zur steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus der DDR vgl. Dok. 261, Anm. 25.

Nachdem die britische Militärmission in Berlin am 13. Juli 1961 gemeldet hatte, daß in der Woche bis 8. Juli 1961 3400 Flüchtlinge über Ost-Berlin gekommen seien und für die laufende Woche mit etwa 6500 Personen gerechnet werde, teilte sie am 12. August 1961 mit, daß in den vergangenen sieben Tagen 12210 registrierte Flüchtlinge und damit etwa 2000 mehr als in der Vorwoche in Berlin (West) eingetroffen seien. Vgl. dazu DBPO III/VI, Dok. 252 und Dok. 257.

<sup>5</sup> Der britische Botschafter Steel war Mitglied der britischen Delegation in der Pariser Arbeitsgruppe hoher Beamter der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 28. Juli bis 4. August 1961.

<sup>6</sup> Am 13. August 1961 strahlte der Deutsche Fernsehfunke eine Sondersendung des „Schwarzen Kanals“ mit Karl-Eduard von Schnitzler zu den Sperrmaßnahmen in Berlin aus.

<sup>7</sup> Zu den Äußerungen des amerikanischen Senators Fulbright vom 30. Juli 1961 vgl. Dok. 261, Anm. 14.

<sup>8</sup> Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 28.

<sup>9</sup> Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über den Interzonen- und Berlin-Verkehr vgl. Dok. 6, Anm. 6.

eine Kontrolle durchzuführen, da man wissen wolle, wer nach Ost-Berlin hereinkomme.

Psychologisch sei wichtig, daß durch diese Maßnahme für 16 Millionen Menschen eine unvorstellbare Katastrophe eingetreten sei. Er sei gestern mit Ollenhauer und Wehner zu einem bereits vorher geplanten Gespräch zusammengekommen, wobei Wehner mit vollem Recht gesagt habe, die Zahl derer, die seit gestern sich das Leben genommen hätten, werde man nie erfahren. Es habe bestimmt unzählige Menschen gegeben, die schon alles für die Flucht vorbereitet hätten und für die die Tür nun geschlossen worden sei. Die Zone sei nunmehr ein einziges Konzentrationslager geworden. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß Einheiten der Volksarmee in Berlin eingesetzt worden seien.

Botschafter *Steel* sagte, dies sei ebenfalls ein Vertragsbruch. Er habe Nachricht von der Britischen Militärmission erhalten, daß zwei sowjetische Divisionen westlich Berlins in Stellung gegangen seien, um einerseits eine Massenflucht zu verhindern und andererseits eine psychologische Wirkung auf die Bevölkerung der Zone auszuüben.<sup>10</sup>

Der Herr *Minister* sagte, man müsse sich auch darüber im klaren sein, wie die Maßnahme auf die Bevölkerung West-Berlins wirke. Für sie sei die Abriegelung vollkommen geworden. Wenn man in West-Berlin den Eindruck hätte, es geschehe nichts, dann befürchte er, daß man in West-Berlin eine gefährliche Entwicklung bekommen werde. Dann werde sich eine Stimmung des „Rette-sich-wer-kann“ ausbreiten, die bisher noch nicht eingetreten sei. Er selbst habe gestern abend noch mit Berlin telefoniert und dabei gehört, daß die Menschen noch erstaunlich ruhig seien und keinerlei Panik ausgebrochen sei. Wenn aber eine sichtbare Reaktion ausbleibe, müsse mit einer Panik gerechnet werden. Die Leute würden dann sagen, man habe diesen ersten Schritt hingenommen und werde auch weitere hinnehmen. Die Bevölkerung würde dann resignieren.

Er sage offen, daß er in seiner Überlegung, wie der Westen reagieren solle, noch nicht sehr weit gekommen sei. Einen Schritt sollte man nicht nur ins Auge fassen, sondern sehr rasch durchführen: die konsequente Einstellung der Erteilung von Reisedokumenten für Leute aus der Ostzone.<sup>11</sup> Er erblicke darin eine adäquate Maßnahme, die auch jederzeit wieder aufgehoben werden könne. Wenn diese Maßnahme konsequent durchgeführt werde, glaube er, daß sie ihre Wirkung nicht verfehle.

Botschafter *Steel* fragte, ob es auf deutscher Seite auch noch andere Möglichkeiten gebe.

Der Herr *Minister* antwortete, daß die Bundesrepublik das gleiche mit den Pässen tun müsse. Über das Innenministerium und die Länder werde sich die Bundesregierung an diesen Maßnahmen beteiligen. Es sei jedoch klar, daß man Leute, die fliehen, hereinlassen werde. Sportler und ähnliche Gruppen würden jedoch unter die Sperre fallen. Er habe bereits in Paris gesagt, daß die Bundes-

<sup>10</sup> Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, gab am 14. August 1961 die Information weiter: „One mission reports that the Soviet 19th Motorized Rifle Division, combined with 10th Guards Tank Division and possibly the 6th Motorized Rifle Division moved out early this morning and moved into positions around Berlin.“ Vgl. DBPO III/VI, Dok. 263.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die TTD-Richtlinien in der Fassung vom 6. März 1961; Dok. 52, Anm. 17.

republik in einer solchen Situation von ihren Verbündeten nicht mehr verlangen könne, als sie selbst zu tun bereit sei.<sup>12</sup> Er sei sogar über die Vorschläge der Arbeitsgruppe hinausgegangen, die für den Fall der Sperre des alliierten Zugangs nach Berlin die Möglichkeit vorgesehen habe, daß der Interzonenhandel eine Zeitlang fortgesetzt werde.

Wenn eine solche Maßnahme beschlossen würde und grundsätzliche Einigung unter den Regierungen darüber bestünde, müßte gleichzeitig auch der NATO-Rat unterrichtet werden, um jedem Vorwurf, er sei zu spät konsultiert worden, vorzubeugen. Die unmittelbar betroffenen Regierungen könnten vielleicht schon ihre Entscheidung bekanntgeben und dann sofort den NATO-Rat konsultieren.

Was das Schicksal eines Protestes wäre, sei allgemein bekannt. Herr Rusk habe eine impekkable Erklärung abgegeben<sup>13</sup>, die alles enthalte, was gesagt werden müsse. Ein Protest werde in Moskau aber nur zu den Akten gelegt werden.

Botschafter *Seydoux* sagte, ein Protest, der nicht von Gegenmaßnahmen begleitet sei, habe keine Wirkung.

Der Herr *Bundesminister* stimmte dem zu und wiederholte, nur wenn ein solcher Protest von fühlbaren Maßnahmen unterstützt werde, wisse die andere Seite, daß der Westen auf eine Aktion bereits in der ersten Phase reagiere.

Botschafter *Steel* regte an, daß die Koordination in Washington im Rahmen der Botschaftergruppe statfinde.

Der Herr *Bundesminister* stimmte dem zu. Er werde den Botschafter über das Gespräch unterrichten.<sup>14</sup>

Botschafter *Seydoux* vertrat die Auffassung, daß die gestrige Maßnahme nicht nur getroffen wurde, um den Flüchtlingsstrom Einhalt zu gebieten, sondern daß darin ein erster Schritt eines größeren Plans gesehen werden müsse.

Botschafter *Steel* schloß sich dieser Auffassung nicht ganz an, sondern glaubte vielmehr, daß es der anderen Seite zunächst darum gegangen sei, den Westen zuerst an den Verhandlungstisch zu bringen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die Auswirkung sei aber praktisch dieselbe. Er glaube, der Zeitplan sei mit Rücksicht auf die Steigerung der Flüchtlingszahlen nur vorverlegt worden, und diese Maßnahme sei vielleicht rascher gekommen, als man es drüben selbst vorgehabt habe. Mit dieser Maßnahme sei nun aber ein erster Schritt getan, und man werde<sup>15</sup> es sicher nicht bei diesem ersten Schritt

<sup>12</sup> Für die Äußerung des Bundesministers von Brentano im Gespräch mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254.

<sup>13</sup> Der amerikanische Außenminister Rusk bezeichnete die Maßnahmen der DDR am 13. August 1961 als Verletzung des Vier-Mächte-Status von Berlin und „eine flagrante Verletzung des Rechts auf freien Verkehr durch die ganze Stadt“. Vgl. DZD IV/7, S. 12.

<sup>14</sup> Bundesminister von Brentano teilte Botschafter Grewe, Washington, am 14. August 1961 mit, Ergebnis des Gesprächs mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien) am selben Tag sei gewesen, „als erste Gegenmaßnahme die sofortige Einstellung der Ausgabe von Temporary Travel Documents“ vorzusehen, „eine Maßnahme, die so lückenlos wie möglich durchgeführt werden soll“. Dementsprechend sollten die Innenministerien der Länder auch „ab sofort keinerlei Bundespässe mehr an Bewohner der SBZ“ ausstellen. Der entsprechende Beschluß solle in der Washingtoner Botschaftergruppe gefällt und anschließend „zur sofortigen Beschlußfassung dem NATO-Rat“ zugeleitet werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2456; VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „wird“.

belassen wollen. Er glaube, darüber bestehe Übereinstimmung. Man könne zwar darüber diskutieren, ob dieser erste Schritt schon für gestern oder erst für die Zeit nach Verhandlungen geplant gewesen sei. Die Maßnahmen seien auf jeden Fall von langer Hand vorbereitet gewesen, denn alles, was geschehen sei, könne nicht über Nacht erfolgen. Der Plan sei sicher schon lange in der Schublade gewesen und nur etwas früher herausgeholt worden.

Botschafter *Seydoux* sprach von dem möglichen zweiten Schritt, der darin bestünde, daß die aus dem Westen nach Ost-Berlin kommenden Menschen einer Kontrolle unterworfen würden.

Herr *Bundesminister* sagte, mit einer Klassifizierung könnte jeder Mensch, der sich zum Grundgesetz<sup>16</sup> bekenne, von der anderen Seite als Aggressor, Revanchist oder Agent betrachtet und festgenommen werden. Schnitzler habe die Absicht einer solchen Kontrolle in seinem Kommentar bereits angedeutet. Man wolle Sicherheit darüber haben, daß keine unerwünschten Elemente aus der Bundesrepublik nach Berlin oder aus West-Berlin nach Ost-Berlin kämen.

Botschafter *Dowling* sagte, er teile die Auffassung von Botschafter Steel, wenn die praktische Auswirkung auch beinahe die gleiche sei. Es handle sich seiner Auffassung nach um einen Schritt, der zur Schaffung einer sogenannten freien Stadt Berlin<sup>17</sup> führen solle. Wenn die andere Seite den Eindruck gewinne, daß diese erste Maßnahme keine Gegenreaktion auslöse, werde sie sich nur ermutigt fühlen, bald den zweiten Schritt zu tun.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß Schnitzler in seinem Kommentar gesagt habe, die Maßnahme werde durchgeführt und gültig bleiben, bis ein Friedensvertrag abgeschlossen und eine „freie Stadt Berlin“ geschaffen worden sei.

Botschafter *Dowling* fragte, wie vollständig die Gegenmaßnahme mit den Reisedokumenten durchgeführt werden solle.

Der Herr *Bundesminister* sagte, sie sollte so vollständig wie möglich durchgeführt werden und nur Flüchtlinge ausnehmen.

Botschafter *Steel* teilte diese Auffassung. Er betonte, daß, wenn Handelsreisenden die Einreise nach Großbritannien nicht mehr gestattet werde, die Bundesregierung auch die Einreise in die Bundesrepublik unterbinden müsse.

Der Herr *Minister* bekräftigte, daß sich die Bundesrepublik selbstverständlich voll und ganz diesen Maßnahmen anschließen werde.

Er wies ferner darauf hin, daß der Herr Bundeskanzler in Bonn bleiben werde.<sup>18</sup> Außerdem habe er gestern mit Herrn Ollenhauer und Herrn Krone darüber gesprochen, daß die Bundestagssitzung, die für den 22. August vorgesehen gewesen sei<sup>19</sup>, vorverlegt werden solle. In dieser Situation müsse die Bundesregierung eine Erklärung abgeben und das Parlament handeln. Er habe in diesem Sinne auch mit Herrn Gerstenmaier gesprochen, und man denke an Mittwoch nach-

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

<sup>17</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) vgl. zuletzt Dok. 255, Anm. 23.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Adenauer flog am späten Nachmittag des 14. August 1961 zu einer Kundgebung nach Regensburg, kehrte aber noch am selben Tag zurück.

<sup>19</sup> Am 22. August 1961 sollte die letzte Sitzung des Bundestags vor den Wahlen am 17. September 1961 stattfinden. Vgl. dazu Dok. 239.

mittag oder Donnerstag vormittag.<sup>20</sup> Er wolle seine Regierungserklärung<sup>21</sup> dann vorher den Parteien zur Verfügung stellen, da man in einer solchen Situation keine Kontroverse entstehen lassen könne. Die Parteien seien damit einverstanden gewesen. Es komme ihm gespenstisch vor, in dieser Situation überhaupt noch einen Wahlkampf zu führen.

Botschafter *Seydoux* fragte den Herrn Minister, wie die Reaktion in der Bundesrepublik sei.

Der Herr *Minister* sagte, man dürfe nicht vergessen, daß die meisten Menschen von der Angelegenheit erst gestern abend oder heute früh gehört hätten.

Botschafter *Dowling* sagte, aus einigen wenigen Gesprächen habe er den Eindruck, daß der Mann auf der Straße zutiefst erregt sei.

Botschafter *Steel* sagte, in einem Telegramm nach London habe er gestern auch darauf hingewiesen, daß die propagandistische Seite nicht vernachlässigt werden dürfe. Insbesondere müßten hier die Vertreter der Auslandspresse entsprechend unterrichtet werden.

Botschafter *Dowling* sagte, das gleiche gelte auch für die Vertreter der neutralen Länder.

Der Herr *Minister* wies auf das Aide-mémoire an die Teilnehmerstaaten an der Belgrader Konferenz hin<sup>22</sup>, das gut angekommen sei. Dieses Aide-mémoire würde jetzt sofort durch ein weiteres Aide-mémoire ergänzt werden.<sup>23</sup> Man müsse diesen Leuten erklären, worum es sich handle, da es viele von ihnen nicht wüßten.

Botschafter *Dowling* fragte, wie die Reaktion der Bevölkerung in der Zone sein werde. Die Verlegung der zwei sowjetischen Divisionen habe bestimmt auch den Zweck, die Entschlossenheit der dortigen Machthaber zu demonstrieren, jede Unruhe zu unterdrücken.

Botschafter *Steel* vertrat ebenfalls die Auffassung, daß man dort offensichtlich mit der Möglichkeit einer Explosion rechne.

Der Herr *Minister* sagte, in seinem Telefongespräch mit Berlin vom gestrigen Abend habe es Herr Brandt durchaus für möglich gehalten, daß es in der vergangenen Nacht zu Schießereien kommen könne.

Botschafter *Dowling* glaubte, daß angesichts der militärischen Maßnahmen es kaum wahrscheinlich sei, daß ein Aufstand erfolge.

<sup>20</sup> Der Bundestag trat am Freitag, den 18. August 1961 zusammen.

<sup>21</sup> Bundesminister von Brentano plante, am 22. August 1961 im Bundestag „eine kurze Regierungserklärung über Verlauf und Ergebnis Pariser Außenministerkonferenz und allgemeine internationale Lage“ abzugeben. Vgl. das Fernschreiben Nr. 4 von Brentano, z. Z. Cadenabbia, vom 8. August 1961 an Staatssekretär Carstens; B 130, Bd. 8515 A (Ministerbüro).

In der Bundestagssitzung am 18. August 1961 gab Bundeskanzler Adenauer eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9769–9773.

<sup>22</sup> Mit Memorandum vom 7. August 1961 übermittelte die Bundesregierung den Teilnehmerstaaten an der Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad „einen Überblick über die tatsächliche Lage“ in Deutschland und Berlin. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/6, S. 1513–1515, hier S. 1513.

<sup>23</sup> Am 22. August 1961 erläuterte Bundeskanzler Adenauer in einem persönlichen Schreiben an die Regierungschefs der Teilnehmerstaaten an der Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad die Lage in Berlin; am 23. August 1961 folgte ein weiteres Memorandum der Bundesregierung an die betreffenden Staaten. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. ADENAUER, Briefe 1959–1961, S. 318–320. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. DzD IV/7, S. 203–205.

Der Herr *Minister* sagte, nach den Erlebnissen 1953<sup>24</sup>, nach Ungarn und nach Polen<sup>25</sup> würden sich die Menschen, die nichts haben und die die russischen Divisionen, die Einheiten der Volksarmee, die Betriebskampftruppen und die Flintenweiber sähen, sicher sagen, es sei das Vernünftigste, in die Wohnungen zu gehen. Niemand könne aber voraussagen, ob sich unter diesem Druck innerhalb der nächsten Wochen nicht doch etwas ereignen werde. Vielleicht sähen viele Menschen den einzigen Ausweg nur noch in einer Verzweiflungstat.

Botschafter *Dowling* wies darauf hin, daß sich aus den Augenzeugenberichten ergebe, daß der Einsatz bewaffneter Einheiten im Osten in erster Linie gegen die eigene Bevölkerung gerichtet sei.

Der Herr *Minister* bat die Botschafter, so rasch wie möglich ihren Regierungen zu berichten. Er werde inzwischen eine Weisung nach Washington geben. In der Arbeitsgruppe könne die Sache sehr rasch entschieden werden.<sup>26</sup> Sobald eine grundsätzliche Entscheidung vorliege, könne der NATO-Rat informiert werden.<sup>27</sup>

Botschafter *Seydoux* sagte, die Gegenmaßnahme müßte so vollständig wie möglich sein, und gleichzeitig sollte eine Demarche in Moskau erfolgen. Er fragte sodann, was man der Presse sagen solle.

Der Herr *Minister* sagte, man könne der Entscheidung der Regierungen nicht vorgeifen, doch könne gesagt werden, daß er die Botschafter zu einer Aussprache gebeten habe, um mit ihnen die Lage zu erörtern, die durch die gestrige Maßnahme entstanden sei, und daß die Botschafter ihren Regierungen darüber berichten würden.

Botschafter *Steel* sagte ergänzend, man könne der Presse auch mitteilen, daß die Angelegenheit in der Washingtoner Botschaftergruppe weiterverhandelt werde.

Was die Möglichkeit eines Protests angehe, sagte Botschafter *Dowling*, der erste Schritt wäre ein Protest der drei Kommandanten<sup>28</sup>. Wie Botschafter *Seydoux* mitteilte, werde bereits an der Formulierung gearbeitet. Botschafter *Dowling* war ferner der Auffassung, daß dieser Protest schriftlich überreicht werden müsse.

Botschafter *Steel* glaubte hingegen, daß der schriftliche Protest in Moskau überreicht werden sollte.

<sup>24</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es zu Demonstrationen und Streiks in Ost-Berlin und in anderen Städten in der DDR. Der sowjetische Stadtkommandant Dibrowa verhängte den Ausnahmezustand und setzte Militär gegen die Demonstranten ein. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 186 und Dok. 187.

<sup>25</sup> Zu den Streiks in Polen im Juni 1956 und ihren Folgen sowie zum Aufstand in Ungarn am 23. Oktober 1956 und zur Intervention sowjetischer Truppen vgl. Dok. 51, Anm. 11.

<sup>26</sup> Die Washingtoner Botschaftergruppe trat noch am 14. August 1961 zusammen. Vgl. dazu Dok. 270.

<sup>27</sup> Der Ständige NATO-Rat befaßte sich am Nachmittag des 14. August 1961 in einer Sondersitzung mit der Situation in Berlin. Botschaftsrat I. Klasse von Plehwe, Paris (NATO), berichtete am selben Tag, der amerikanische Vertreter habe erklärt, daß die Washingtoner Botschaftergruppe einberufen worden sei und „wahrscheinlich in kürzester Zeit dem Rat das vom Herbst des letzten Jahres her bekannte System der Reisesperren für Sowjetzonenbewohner empfehlen“ werde. Der norwegische NATO-Botschafter Boyesen habe die Ansicht vertreten, „die nicht an den Washingtoner Vierer-Gesprächen beteiligten NATO-Regierungen sollten nicht warten, bis die Empfehlung von dort komme“, sondern rasch beschließen, „ab sofort die Reisebeschränkungen wieder einzuführen. Dies sei die Minimalantwort auf die Provokation des Ostblocks.“ Es habe Einverständnis bestanden, daß eine „Maximal-Lösung“ anzustreben sei, nämlich eine TTD-Sperre ohne Ausnahmen auch für Personen, „die mit gültigen TTDs und Visen an den Grenzen erschienen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 789; VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>28</sup> Rohan Delacombe (Großbritannien), Jean Lacomme (Frankreich) und Albert Watson (USA).

Botschafter *Dowling* regte als zweite Möglichkeit einen Protest eines der drei Botschafter oder aller drei Botschafter bei Perwuchin an. Der dritte Schritt wäre die Überreichung eines schriftlichen Protestes in Moskau.<sup>29</sup>

Botschafter *Seydoux* schlug vor, daß die drei Kommandanten Weisungen bezüglich des Protests von ihren Regierungen erhalten sollten.<sup>30</sup>

Botschafter *Steel* stimmte dem zu, weil dem Protest größerer Nachdruck verliehen werde, wenn er auf Weisungen der drei Regierungen erfolge. Die Kommandanten könnten Washington einen Entwurf vorlegen. Was einen Protest bei Perwuchin angehe, so verspreche er sich davon nicht sehr viel.

Botschafter *Seydoux* fragte, wie man gegenüber der Presse die neue Lage bezeichnen solle. Er glaube, es bestehe Übereinstimmung darüber, daß sie als ernst zu bezeichnen sei.

Der Herr *Minister* sagte, man könne dies nicht verschweigen, und wenn die Lage nicht ausgesprochen ernst wäre, sei es unverständlich, warum Herr Rusk so deutlich gesprochen habe und warum auch der Herr Bundeskanzler und er selbst in Bonn blieben. Man müsse der Öffentlichkeit sagen, daß man die Situation als ausgesprochen ernst betrachte. Die Sache könne nicht heruntergespielt werden.<sup>31</sup>

Botschafter *Dowling* erwähnte abschließend, daß man der Presse auch noch sagen könne, daß die jetzigen Maßnahmen ein ziemlich deutliches Bild darüber vermittelten, was der Osten im Sinn habe, wenn er von einer Freien Stadt Berlin spreche.

Botschafter *Steel* sagte, dieses Argument sei etwas zweischneidig, da die Frage gestellt werden könne, ob ein solcher Schritt sich verhindern lasse.

Abschließend zitierte er die Äußerung eines Sprechers des Foreign Office, der die jüngste Maßnahme als den bisher ernstesten Bruch der Vier-Mächte-Übereinkommen bezeichnet habe.<sup>32</sup>

Die Sitzung endete gegen 11 Uhr.

**B 130, Bd. 8509A (Ministerbüro)**

<sup>29</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Demarche der Drei Mächte bei der sowjetischen Regierung vgl. Dok. 275, Anm. 4.

<sup>30</sup> Zur Erarbeitung einer Protestnote der Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) vgl. Dok. 270, Anm. 4.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Erklärungen des stellvertretenden Leiters des Presse- und Informationsamts, Krueger, sowie des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hase vom 14. August 1961; DzD IV/7, S. 21–25.

<sup>32</sup> Legationssekretär von Schubert notierte, nach telefonischer Mitteilung der britischen Botschaft habe „die Erklärung des Foreign Office zur Berlinkrise folgenden Wortlaut: Restrictions which have been imposed on movement between East and West-Berlin are contrary to the Four Power Status of Berlin and are therefore illegal.“ Vgl. den undatierten Vermerk; B 130, Bd. 8464 C (Ministerbüro).

## 269

**Aufzeichnung des Gesandten Ritter****AB-84.39****14. August 1961**

Betr.: Lage in Berlin

VLR I Kempff gab heute gegen 11 Uhr vormittags folgenden Lagebericht aus Berlin telefonisch durch:

I. Gestern nachmittag in den späteren Stunden zeigte ein Besuch der Sektorengrenze, daß von den früheren 80 offiziellen Kontrollstellen an der Sektorengrenze nur noch 13 geöffnet sind. Die Kontrollstellen am Brandenburger Tor und an der Friedrichstraße/Kochstraße sind weiter offen. Am Potsdamer Platz sind die Absperrungen sowohl von westlicher als von östlicher Seite weit zurückverlegt. Der Potsdamer Platz ist ein völlig totes Niemandsland. Aus der Ferne kann man am Leipziger Platz einen Panzerspähwagen stehen sehen. Gegenüber dem Hotel Esplanade in der Bellevue-Straße waren ein paar Arbeiter mit der Fertigstellung des Stacheldrahtverhaues beschäftigt. An der Kontrollstelle Friedrichstraße/Kochstraße ist die Lage gegen früher nur insoweit verändert, als statt drei bis vier Vopos jetzt zehn bis elf dort herumstehen. Lage völlig friedlich. Westliche Automobile fahren wie bisher in beiden Richtungen durch die Kontrollstelle. Fußgänger gehen zum Teil hinüber, ohne von der Volkspolizei angehalten zu werden. Ganz anders die Lage am Brandenburger Tor. Der Platz um das Tor gleicht einem Heerlager. Offenbar wird hier von der Sowjetzone eine militärische Demonstration veranstaltet. Demgegenüber wird auf Westberliner Seite nur ein Wasserwerfer und außerdem Bereitschaftspolizei in vier bis fünf Wagen gezeigt. Die Westberliner Bevölkerung wird durch Seile in etwa 100 m von der Sektorengrenze ferngehalten. Am gestrigen Spätnachmittag waren etwa 10 000 bis 20 000 Westberliner an dieser Stelle zu sehen. Westliche Automobile fahren in großen Mengen in beiden Richtungen durch die Kontrollstelle. Der friedliche Autoverkehr neben der militärischen Demonstration des Ostens macht einen merkwürdigen Eindruck. Die Volksmenge auf der Seite des Westsektors war sichtlich erbittert; Kempff erklärte, „es koche“, wiederholt ertönten Pfui-Rufe, wenn auf der anderen Seite neue Truppen oder Polizeieinheiten auftauchten, irgendwo begann die Menge das Deutschlandlied zu singen. Auf der Seite des Ostsektors ist kein Zivilist zu sehen. Angeblich seien die Linden bis weit hinter dem Tor abgesperrt, es wird behauptet, daß die Häuser in diesem Teil der Straße geräumt worden seien.

Besonders auffällig sei der Unterschied der Lage an den verschiedenen Übergängen gewesen: Potsdamer Platz ausgestorben, Friedrichstraße/Kochstraße wie immer; am Brandenburger Tor militärische Demonstration des Ostens, die sich zweifellos nicht gegen die Westberliner Bevölkerung, sondern gegen die Einwohner des Ostsektors richte.

Die Nacht verlief ruhig.

II. Der Verkehr in Westberlin verläuft heute so gut wie reibungslos. Die U-Bahn fährt im Ostsektor durch und bedient die Westberliner Bahnhöfe. Offensichtlich ist Pankow bemüht, den Verkehr in Westberlin ungestört, sogar zum Nachteil



der Ostberliner, fortlaufen zu lassen. Er wird innerhalb Westberlins gut bedient und funktioniert.

Lediglich der Bahnhof Friedrichstraße ist sowohl für U- und S-Bahn eine große Menschenschleuse geworden. Alle Züge halten dort, und alle Reisenden werden kontrolliert, ehe sie in den Ost- oder Westsektor weiterfahren können.

III. Die Grenzgänger sind heute offenbar in den Westberliner Betrieben ausgeblieben. Die Großbetriebe werden den Ausfall irgendwie ausgleichen können. Für Klein- und mittlere Betriebe wird die Lage schwierig. Reinmachfrauen bleiben aus, Kohlenhändler erklären, sie hätten kein Personal zum Anliefern ihrer Ware.

IV. In der Zeit zwischen gestern nachmittag bis ca. Mitternacht sind etwa 150 (nicht 800<sup>1</sup>) Flüchtlinge nach Westberlin gekommen. Aus Einzelfällen ist zu erkennen, daß manche der Kontrollpunkte sehr lax vorgehen. Eine hundertprozentige Sperre ist nicht festzustellen; offenbar sind manche Volkspolizisten nicht sehr linientreu.

V. Heute, Montag, der 14.8., wird als kritischer Tag angesehen. In den meisten Westberliner Betrieben treten die Arbeiter zusammen und beraten, was zu tun sei. Aus einem AEG-Betrieb marschiert zur Zeit ein Demonstrationszug zum Rathaus Schöneberg; man weiß nicht, wie viele sich ihnen noch auf der Straße anschließen werden. In anderen AEG-Betrieben gelang es, den Arbeitern die Veranstaltung solcher Demonstrationen auszureden.

Falls keine besonderen Vorkommnisse eintreten, wird Herr Kempff erst morgen wieder telefonisch über die Lage berichten.<sup>2</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär i. V.<sup>3</sup> ergebenst vorgelegt.

Ritter

**B 12 (AB), Bd. 1682**

<sup>1</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, schilderte im Abgeordnetenhaus von Berlin am 13. August 1961 die Sperrmaßnahmen der DDR und führte aus, das „furchtbare Ergebnis dieser fast lückenlosen Sperre zwischen den beiden Teilen der Stadt“ sei der „drastische Rückgang der Flüchtlingsziffern“. Nachdem vom 12. August, 12 Uhr, bis 13. August 1961, 10 Uhr, 3190 Personen um Aufnahme nachgesucht hätten, hätten sich bis 16 Uhr „noch weitere 800 Flüchtlinge“ gemeldet. Vgl. DzD IV/7, S. 15.

<sup>2</sup> Legationsrat Bock notierte am 14. August 1961 weitere Informationen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kempff, Berlin (West): „Der Senat, die Polizei und die Gewerkschaften in Westberlin haben heute mehrere von Arbeitern beabsichtigte Demonstrationen abbiegen können. Dagegen haben sich 3000 Arbeiter der AEG nicht abhalten lassen, in einem Demonstrationszug zum Schöneberger Rathaus zu marschieren. Sie haben dem Regierenden Bürgermeister eine schriftlich formulierte Forderung nach wirksamen Gegenmaßnahmen gegen die Sperrung der Sektorengrenze unterbreitet.“ Brandt habe dazu „beruhigende Erklärungen abgegeben“. Vgl. B 12 (AB), Bd. 1682.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 14. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister von Brentano verfügte.  
Hat Brentano vorgelegen.

## 270

**Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-5637/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 1886  
Citissime

Aufgabe: 14. August 1961, 21.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. August 1961, 05.45 Uhr

Auf Drahterlaß Plurex 2456 vom 14.8. geh.<sup>2</sup>

I. Unter Leitung von Assistant Secretary of State Kohler befaßte sich heutige Arbeitsgruppensitzung mit Situation in Berlin und erörterte Möglichkeiten westlicher Gegenmaßnahmen.<sup>3</sup> Bezüglich alliierter Protestnoten bei sowjetischem Stadtkommandanten in Berlin und bei sowjetischer Regierung verweise ich auf gesonderten Drahtbericht.<sup>4</sup>

1) Kohler, der unmittelbar von Besprechung bei Außenminister Rusk kam, erklärte, daß es wohl nur folgende Gegenmaßnahmen gebe, deren „Angemessenheit“ geprüft werden müsse:

- Einstellung der Ausgabe von „Temporary Travel Documents“ mit verschiedenen Härteformen (Ausnahmen, Visenverlängerung etc.);
- Beschränkung der Reisetätigkeit von Westberlinern und Staatsangehörigen westlicher Staaten einschließlich der Bundesrepublik nach Berlin, in die SBZ bzw. im Ostblock;
- Schließung der alliierten Büros in West-Berlin, die TTDs ausstellen;
- Boykott der Leipziger Messe, Sperrung von Messen im Westen für SBZ-Firmen und Handelsorganisationen;
- Einstellung des kulturellen und sportlichen Austauschs mit der SBZ;
- Einstellung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über direkten zivilen Luftverkehr USA–UdSSR.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Hat Botschafter Duckwitz vorgelegen, der handschriftlich für Referat 700 vermerkte: „Bitte beantworten Punkt 4).“

Hat Legationsrat I. Klasse Forster vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ges[andter] Ritter hat Weisung.“ Vgl. Anm. 13.

<sup>2</sup> Zum Drahterlaß Nr. 2456 des Bundesministers von Brentano vgl. Dok. 268, Anm. 14.

<sup>3</sup> Zur Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 14. August 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 107, S. 329 f.

<sup>4</sup> Botschafter Grewe, Washington, informierte am 14. August 1961 über die von den Drei Mächten geplanten „Protestschritte bei sowjetischem Stadtkommandanten in Berlin und bei sowjetischer Regierung in Moskau“. Die Stadtkommandanten in Berlin, Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA), hätten einen Notenentwurf erarbeitet, der bereits von der amerikanischen und britischen Regierung gebilligt sei und dem sowjetischen Stadtkommandanten Solowjow „wahrscheinlich morgen, den 15. August, übergeben werden soll“. Außerdem sei in der Washingtoner Arbeitsgruppe der französische Entwurf einer Protestnote der Drei Mächte an die sowjetische Regierung vorgelegt worden, der am Folgetag weiter beraten werden solle. Grewe übermittelte zudem beide Entwürfe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1887; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>5</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 21. August 1961, daß in der ersten Sitzung des Unterausschusses der Washingtoner Botschaftergruppe für wirtschaftliche Gegenmaßnahmen am selben Tag die amerikanische Bereitschaft mitgeteilt worden sei, „das mit der Sowjetunion vereinbarte Luftverkehrsabkommen nicht in Kraft zu setzen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1952; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

Die Auffassungen im State Department über das, was gegenwärtig „angemessen“ wäre, seien, wie Kohler sagte, noch geteilt. Es handele sich darum, etwas zu tun, was die Westberliner Bevölkerung beeindrucke – dazu genühten Protestnoten nicht –, was aber andererseits auch nicht zu einer „escalation of retaliation“ führe. Der Westen dürfe den Vorwand für die Sperrung Ostberlins und der SBZ für Westberliner und Westdeutsche sowie Staatsangehörige anderer westlicher Nationen nicht selbst liefern. Maßnahmen wie die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens<sup>6</sup> und wirtschaftliche Embargo-Maßnahmen müßten für die Sicherung der Freiheit Westberlins und der Zugänge nach Berlin reserviert bleiben.

Kohler erklärte dann, daß er persönlich von dem Mittel der TTD-Sperre gegenwärtig nicht viel halte. Die „logische“ Gegenmaßnahme sei im Grunde nur die Beschränkung des westlichen Verkehrs in den Ostsektor, die aber aus anderen Erwägungen nicht in Betracht komme. Es sei außerdem unwahrscheinlich, daß man mit der TTD-Sperre den Status quo ante wiederherstellen könnte – wie das im letzten Jahr die Absicht gewesen sei.<sup>7</sup>

2) Lord Hood war mit den Bedenken gegen eine TTD-Sperre vorangegangen.<sup>8</sup> Auch er wies auf Gefahr der „escalation of retaliation“ hin und unterstrich Bedeutung, die der Aufrechterhaltung westlichen Reiseverkehrs nach Ostberlin und in die Zone beizumessen sei.

3) Französische Delegation hatte noch keine Weisungen. Lebel's persönliche Auffassung war deutschen Gedankengängen verwandt. Er stellte die Frage, ob und wie man der Tatsache Rechnung tragen könne, daß die Staaten des Warschauer Pakts als die Mitverantwortlichen für die Maßnahmen des SBZ-Regimes in Erscheinung getreten<sup>9</sup> seien.

4) Ich habe mich im Sinne des Bezugserlasses ausgesprochen und die Bereitschaft der Bundesregierung bekanntgegeben, analog zur Einstellung der Ausgabe von TTDs keine Reisepässe mehr an Bewohner der Sowjetischen Besatzungszone auszustellen. (Ich wäre dankbar, wenn ich über die praktische Bedeutung dieser Maßnahmen unterrichtet würde.) Besonderen Nachdruck habe ich darauf gelegt, daß nur mit durchgreifenden Maßnahmen das Zonenregime davon abgehalten werden könne, auf dem Wege der Beseitigung des Berliner Vier-Mächte-Status weiterzugehen. Das gelte auch für die nächsten Züge der sowjetischen Regierung.

Die Arbeitsgruppe vertagte sich auf morgen, den 15.8. nachmittags, mit der Vereinbarung, bis dahin die Auffassungen der Regierungen zur Frage „angemesse-

<sup>6</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 vgl. Dok. 4, Anm. 3.

<sup>7</sup> Zu den TTD-Richtlinien und ihrer Verschärfung im November 1960 vgl. Dok. 4, besonders Anm. 2 und 4.

Zur Lockerung der TTD-Sperre am 6. März 1961 vgl. Dok. 52, Anm. 17.

<sup>8</sup> Der britische Außenminister Lord Home ließ die britische Botschaft in Bonn und nachrichtlich u. a. auch die Botschaft in Washington am 14. August 1961 wissen, daß er für eine starke Reaktion auf die Sperrmaßnahmen der DDR in Berlin eintrete, aber: „I have serious doubts about the wisdom of suspending T.T.Ds.“ Vgl. DBPO III/VI, Dok. 269.

<sup>9</sup> Mit Erklärung vom 12. August 1961 schlugen die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts der DDR vor, „rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle“ einzurichten. Vgl. DzD IV/7, S. 5.

ner“ Gegenmaßnahmen zu ermitteln und nach Möglichkeit auf der nächsten Sitzung Empfehlungen für die Regierungen und den NATO-Rat zu erarbeiten.<sup>10</sup>

II. Nach dem Verlauf der heutigen Sitzung habe ich den Eindruck, daß der Widerstand der Briten und Amerikaner gegen eine TTD-Sperre (auch mit selektiver Anwendung) beträchtlich ist. Ich halte es daher für ratsam, daß der Herr Bundesaußenminister die drei Westbotschafter in Bonn<sup>11</sup> nochmals zu sich bittet und ihnen nachdrücklich die Unerläßlichkeit augenfälliger Gegenmaßnahmen auseinandersetzt. Auf der heutigen Sitzung war sowohl auf amerikanischer als auch auf britischer Seite deutliche Zurückhaltung in der Frage der Gegenmaßnahmen überhaupt zu erkennen. Es hatte den Anschein, als ob die Amerikaner allenfalls an Maßnahmen wie Abbruch des kulturellen und sportlichen Austausches und an die Blockierung der Leipziger Messe durch den Westen denken. (Auf die Besonderheit der Situation, die sich für uns wegen des Zusammenhangs zwischen Leipziger Messe und Januar-Abmachungen über Fortsetzung des Interzonenhandels<sup>12</sup> ergibt, habe ich hingewiesen.)

Offensichtlich ist man hauptsächlich daran interessiert, daß es in Berlin nicht zu Unruhen kommt, während man das Ende der Zirkulationsfreiheit in Berlin und damit das Ende der Fluchtbewegung aus der Zone bereits als unabänderliche Tatsache akzeptiert.<sup>13</sup>

Kohler stellte die Frage, ob wir nicht alle eigentlich das Ende der Fluchtbewegung wünschen. Ich erwiderte, wir hielten wohl eine Reduzierung der Massenflucht für wünschenswert, nicht aber eine Verstopfung aller Fluchtwege. Außerdem sei die Zirkulationsfreiheit in Berlin ein über die Flüchtlingsfrage hinausgehendes Problem.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 3842 (700)

<sup>10</sup> Zur Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 15. August 1961 vgl. Dok. 275.

<sup>11</sup> Walter C. Dowling (USA), François Seydoux (Frankreich) und Christopher Steel (Großbritannien).

<sup>12</sup> Zur Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 und den damit verbundenen Absprachen vgl. Dok. 6.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf teilte der Botschaft in Washington am 15. August 1961 mit, daß dem Vorschlag einer erneuten Besprechung des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien) nicht gefolgt werde, da diese im Gespräch am 14. August 1961 „einmütig ihre Zustimmung zu der von uns vorgeschlagenen sofortigen TTD-Sperre (britischer Botschafter: „as complete as possible“) gegeben haben“. Eine TTD-Sperre werde weiterhin „als beste adäquate Gegenmaßnahme“ betrachtet. Diesen Standpunkt habe auch der norwegische NATO-Botschafter Boyesen vertreten, „was vermutlich auf die Vertreter der Großmächte nicht ohne Eindruck bleiben wird“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 983; VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

## 271

**Aufzeichnung des Botschafters Duckwitz****D 7****15. August 1961**

I. In Vertretung des Herrn Bundesministers empfing ich heute nachmittag Herrn Senator Klein und Herrn Oberregierungsrat Lemmer, die mir folgende Mitteilungen machten:

1) Die heutige Sitzung des Westberliner Senats wurde von dem Regierenden Bürgermeister kurz nach 11 Uhr abgebrochen, nachdem ihm ein Referat des „dpa“ über die gestrige Rede des Herrn Bundeskanzlers in Regensburg vorgelegt wurde. Laut diesem Referat soll der Herr Bundeskanzler geäußert haben, daß Herr Brandt gar nicht Brandt heiße, daß er auch kein Berliner sei etc.<sup>1</sup> Der Regierende Bürgermeister motivierte den Abbruch der Senatssitzung mit dem Bemerken, daß man unter solchen innerpolitischen Verhältnissen nicht arbeiten könne.

2) Der Regierende Bürgermeister Brandt hat alle Wahlreisen abgesagt und wird in Berlin bleiben.

3) Der Herr Bundestagspräsident<sup>2</sup> hat sich bei seinem gestrigen Aufenthalt in Berlin dahingehend geäußert, daß er nach dem Grundsatz „viel Geschrei und wenig Wolle“ bei der Einberufung des Bundestages vorgehen werde, d.h. sollten die von der Bundesregierung und den Alliierten ins Auge gefaßten Gegenmaßnahmen nur geringfügiger Art sein, werde man eine Sitzung des Bundestages mit deutlichen Protesterklärungen abhalten, seien jedoch die beabsichtigten Maßnahmen erheblicher Natur, könne man sich mit einer Bundestagssitzung am 22. August wie vorgesehen abfinden.<sup>3</sup>

4) Die SPD hat eine für morgen nachmittag angesetzte Wahlkundgebung abgesagt. Anstelle dieser Kundgebung haben Senat und Abgeordnetenhaus für morgen nachmittag 16 Uhr zu einer Protestkundgebung der Westberliner Bevölkerung vor dem Schöneberger Rathaus aufgerufen. Es werden die Bürgermeister Brandt und Amrehn sprechen.<sup>4</sup>

5) Herr Senator Klein verlas einige Artikel Westberliner Zeitungen, aus denen klar hervorgeht, daß man in Berlin sehr energische Maßnahmen der Alliierten erwartet. (Silex: Es genügt nicht, Vergnügungsreisen von SED-Funktionären ins Ausland zu verhindern.<sup>5</sup>)

<sup>1</sup> Auf einer Wahlkundgebung in Regensburg äußerte sich Bundeskanzler Adenauer am 14. August 1961 zur Ankündigung der SPD, einen neuen Stil in die Politik einführen zu wollen. Von diesem neuen Stil habe er auch „bei dem so vornehm tuenden Herrn Brandt nichts gemerkt“. Dessen Äußerungen über CDU und CSU im Wahlkampf seien vielmehr „wahrhaftig starker Toback“ gewesen, während umgekehrt gelte: „wenn einer mit der größten Rücksicht behandelt worden ist von seinen politischen Gegnern, dann ist das der Herr Brandt alias Frahm“. Vgl. ADENAUER, Reden, S. 417.

<sup>2</sup> Eugen Gerstenmaier.

<sup>3</sup> Am 18. August 1961 fand eine Sondersitzung des Bundestags statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9769–9789.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Reden des Bürgermeisters Amrehn sowie des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 16. August 1961 vgl. DzD IV/7, S. 50–58.

<sup>5</sup> Vgl. den Kommentar von Karl Silex: „Die Herausforderung“; DER TAGESSPIEGEL vom 15. August 1961, S. 1f.

6) Der Senat hat folgendes beschlossen:

- a) Die in Westberlin befindlichen SED-Büros werden sofort geschlossen.
  - b) Die Lohnausgleichskasse stellt ihre Tätigkeit mit sofortiger Wirkung ein.
  - c) Organisierte Schüler- und Jugendfahrten sowie Schüleraustausch mit dem Sowjetsektor werden nicht mehr stattfinden.
  - d) Der Senat prüft gemeinsam mit den Alliierten den Status der Reichsbahnbetriebe, des in Westberlin vorhandenen Reichsbahnvermögens und die Möglichkeit, den S-Bahnverkehr teilweise zu übernehmen.
- 7) Die alliierten Kommandanten werden heute im Laufe des Tages beim sowjetischen Kommandanten Protest erheben.<sup>6</sup>

8) Die gestrige Besprechung von Bürgermeister Amrehn mit den alliierten Kommandanten ist in einer kühlen Atmosphäre verlaufen. Der Grund ist darin zu suchen, daß einmal die alliierten Kommandanten Bürgermeister Brandt erwartet hatten, und zweitens die aggressive Art von Bürgermeister Amrehn offensichtlich auf Ablehnung besonders bei dem amerikanischen Kommandanten, General Watson, gestoßen ist. Bürgermeister Amrehn hat offenbar durchblicken lassen, daß die Berliner Bevölkerung ganz andere Maßnahmen von den alliierten Kommandanten erwartet.<sup>7</sup>

II. Auf die Frage von Herrn Senator Klein, welche Gegenmaßnahmen seitens der Bundesregierung bzw. der Alliierten geplant seien, unterrichtete ich Herrn Senator Klein über das vorläufige Ergebnis unserer Überlegungen. Herr Senator Klein erwiderte darauf, daß diese Gegenmaßnahme, nämlich die Einstellung der Ausgabe von TTDs sowie die Nichterneuerung von Visen bzw. Aufenthaltsgenehmigungen derjenigen, die bereits im Besitz eines solchen Dokuments sind, vom Berliner Senat und zweifellos von der Berliner Bevölkerung nicht als adäquat gegen die rechtswidrigen Übergriffe des Zonenregimes betrachtet werden können. Es handele sich, so führte Senator Klein aus, um weitgehende Maßnahmen, die vom Zonenregime ergriffen worden seien und die den Anfang vom Ende Berlins bedeuteten. Das, was jetzt geschehe, sei die Vorbereitung auf die Freie Stadt Berlin. Der Vier-Mächte-Status sei entscheidend unterhöhlt, die Position der Alliierten in Berlin stark erschüttert. Es gehe nicht an, und dies sei die ausdrückliche Ansicht des Berliner Senats, dieser Entwicklung, die das Leben Westberlins bedrohe, mit dem Verbot der Ausstellung von TTDs zu begegnen.

Auf meine Frage, ob sich der Berliner Senat entsprechend dem Punkt 2 des Fernschreibens des Regierenden Bürgermeisters an den Herrn Bundesmini-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Schreibens der Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) vom 15. August 1961 an den sowjetischen Stadtkommandanten Solowjow vgl. DzD IV/7, S. 43 f.

<sup>7</sup> Botschafter Grewe, Washington, teilte am 16. August 1961 mit: „Laut amerikanischer Unterrichtung hat Bürgermeister Amrehn in Besprechung mit westlichen Stadtkommandanten folgende Vorschläge unterbreitet: 1) Verbot der SED in West-Berlin, 2) Beschlagnahme bzw. Sperre der SED-Zeitungen in West-Berlin, 3) Beseitigung der SED-Propagandaschilder auf den in West-Berlin gelegenen S-Bahnhöfen, 4) Überprüfung des Währungsfonds, der für die Bezahlung von in West-Berlin tätigen Bewohnern des Ostsektors besteht.“ Damit sollten vor allem Arbeitnehmer aus Ost-Berlin ausgeschaltet werden, „die in West-Berlin Funktionen im Interesse der SED ausüben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1904; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

Zur Besprechung der Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) mit Bürgermeister Amrehn am 14. August 1961 vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 110, S. 332f. Vgl. dazu auch DBPO III/VI, Dok. 264.

ster<sup>8</sup> Gedanken darüber gemacht habe, welche wirtschaftlichen Maßnahmen anzuwenden seien, erklärte Herr Senator Klein, daß der Senat den Zeitpunkt für gekommen erachte, eine Einstellung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit dem gesamten Ostblock durch die NATO-Mitgliedstaaten vorzunehmen. Da nun einmal ein Junktim zwischen dem Interzonenhandel und dem freien Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin bestehe<sup>9</sup>, könne man mit der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens noch etwas warten. Entscheidend sei, daß jetzt seitens der Alliierten und der Bundesrepublik eine Maßnahme ergriffen werde, die nicht nur der Welt und der Sowjetunion zeige, daß man Widerstand zu leisten entschlossen sei, sondern auch geeignet sei, die gärende Unruhe sowohl in der Zone als auch in Westberlin zu dämpfen.

In diesem Zusammenhang wies Senator Klein mehrfach auf die explosive Stimmung in Westberlin hin. In den letzten Tagen sei es wiederholt vorgekommen, daß Westberliner Polizisten von der Westberliner Bevölkerung mit Steinen beworfen worden seien, weil sie bei der Sektorengrenze Absperrungen vorgenommen hätten. Auch seien bei der Demonstration der Arbeiter der AEG<sup>10</sup> Rufe wie „nicht reden, sondern handeln“ laut geworden. Diese Stimmung werde noch gefährlicher, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen und verkündet würden, die dem rechtswidrigen Übergriff der Sowjetzone angemessen seien. Auch sei die Gefahr, die durch Provokateure hervorgerufen werde, nicht zu unterschätzen. Unter Berücksichtigung dieser Stimmung sei bereits die für morgen angesagte Kundgebung zum Rathaus Schöneberg verlegt worden. Auch habe man aus diesem Grunde den Zeitpunkt auf 16 Uhr angesetzt, um die Möglichkeit zu haben, die Volksmengen (man rechnet mit 500 000 Menschen) noch bei Tageslicht dirigieren zu können. Wie allerdings das Ergebnis dieser Kundgebung sei, wenn Bürgermeister Brandt keine entscheidenden Gegenmaßnahmen verkünden könne, sei nicht abzusehen.<sup>11</sup>

Unter Benutzung der von Senator Klein vorgebrachten Argumente habe ich ihn gebeten, seinen Einfluß bei dem Regierenden Bürgermeister dahingehend geltend zu machen, daß dieser die Bevölkerung Berlins zu Besonnenheit aufruft und vor unüberlegten Handlungen warnt.

<sup>8</sup> Im Fernschreiben vom 14. August 1961 an Bundesminister von Brentano äußerte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, die Erwartung, daß die Drei Mächte auf die Rückgängigmachung der von der DDR ergriffenen Sperrmaßnahmen in Berlin hinwirken „und auch vor fühlbaren Maßnahmen gegenüber den Initiatoren dieser Willkürmaßnahmen nicht zurückschrecken“ würden. In Frage kämen 1) eine Demarche der Drei Mächte in Moskau und 2) „wirtschaftliche Maßnahmen sowohl gegen die Initiatoren der Anordnungen in Ostberlin wie auch gegen die sog. ‚DDR‘“. Vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 334 f.

<sup>9</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 und zur Kündigung des Abkommens vgl. Dok. 4, Anm. 3.  
Zur Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 und den damit verbundenen Absprachen vgl. Dok. 6.

<sup>10</sup> Zur Demonstration von Arbeitern der Firma AEG am 14. August 1961 in Berlin (West) vgl. Dok. 269, besonders Anm. 2.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), berichtete am 17. August 1961, bei der „Protestkundgebung der Berliner Bevölkerung vor dem Schöneberger Rathaus“ am Vortag sei vor allem eines zum Ausdruck gekommen: „die Enttäuschung über das Ausbleiben sichtbarer Gegenmaßnahmen und das Gefühl des Verlassenseins. Die Mehrzahl der Transparente richtete sich nicht gegen das Zonenregime, sondern hatte Aufschriften wie ‚Bloßes Papier ist keine Waffe gegen Panzer‘, ‚Was muß noch geschehen, damit etwas geschieht?‘ oder ‚Wo bleibt Adenauer?‘ oder ‚Kennedy nach Berlin!‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 103; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

Herr Senator Klein bittet dringend darum, mit dem Herrn Bundesminister nach der morgigen Ausschußsitzung<sup>12</sup> noch einmal sprechen zu können, bevor er morgen mittag wieder nach Berlin fliegt.

Hiermit dem Herrn Bundesminister vorgelegt.

Duckwitz

**B 130, Bd. 8464 C (Ministerbüro)**

## 272

### Aufzeichnung des Botschafters von Marchtaler

307-82.00/90-369/61 geheim

15. August 1961<sup>1</sup>

Betr.: Gewinnung der jungen Staaten Afrikas für unseren Standpunkt in der Berlin- und Deutschlandfrage

1) Im Hinblick auf die sich zuspitzende Berlinkrise und die angekündigten einseitigen sowjetischen Schritte in der Deutschlandfrage<sup>2</sup> ist es für uns von großer, wenn nicht entscheidender Bedeutung, die moralische und politische Unterstützung der jungen afrikanischen Staaten für unseren Standpunkt zu gewinnen. Bei der bevorstehenden Konferenz der neutralen Staaten in Belgrad<sup>3</sup> und besonders bei der kommenden Generalversammlung der Vereinten Nationen<sup>4</sup> könnte diese Unterstützung bereits erhebliche Bedeutung erlangen. Der Osten läßt gegenwärtig nichts unversucht, um diese Staaten in seinem Sinne zu beeinflussen. Schnelles Handeln auf unserer Seite ist daher geboten.

2) Unsere Bemühungen, die afrikanischen Staaten von unserer Auffassung zu überzeugen und uns ihre Unterstützung zu sichern, haben begründete Aussicht auf Erfolg, weil gerade die Afrikaner nach einer Geschichte jahrhundertelanger Abhängigkeit besonderes Verständnis für das Recht auf Selbstbestimmung haben. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß auch wir unsererseits zu den Problemen Afrikas eine klare und Zweifel an unserer Aufrichtigkeit ausschließende Stellung beziehen. Die Bundesrepublik erfreut sich noch immer in nahezu allen Staaten Afrikas eines besonderen Ansehens, weil wir nicht mit dem Odium des Kolonialismus belastet sind und weil unsere Hilfe als politisch bündnisfrei angesehen wird. Diese Tatsache ist noch vor einigen Tagen von dem Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten im State Department, Williams, gegenüber

<sup>12</sup> Am 16. August 1961 fand eine gemeinsame Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen statt. Vgl. dazu AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1957–1961, S. 1280–1337.

<sup>1</sup> Botschafter von Marchtaler vermerkte handschriftlich: „Direktorenbesprechung.“

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 7. August 1961; Dok. 256, Anm. 1.

<sup>3</sup> Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

<sup>4</sup> Die 16. UNO-Generalversammlung wurde am 19. September 1961 eröffnet.



Bundesminister Lücke bei den Unabhängigkeitsfeiern der Elfenbeinküste in Abidjan unterstrichen worden.<sup>5</sup>

3) Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß unsere Position in Afrika in letzter Zeit einige Einbußen erlitten hat, weil

a) unsere Haltung gegenüber den afrikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen bisher nicht eindeutig ist;

b) der Sowjetblock nicht ohne Erfolg eine gezielte Hetzpropaganda betreibt, um die Bundesrepublik von der afro-asiatischen Welt zu isolieren;

c) verschiedene Handlungen, für die die Bundesregierung verantwortlich gemacht wird, bei den Afrikanern den Verdacht aufkommen lassen, daß wir mit Unterdrückungsaktionen der Portugiesen und Südafrikaner gegenüber Afrikanern sympathisieren oder diese sogar diskret unterstützen.

4) Die Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft in Lissabon aus Anlaß seines Staatsbesuchs im Mai d.J.<sup>6</sup> hat in Afrika den Eindruck entstehen lassen, als ob wir uns vorbehaltlos hinter die portugiesische Überseepolitik stellten. Die Wirkung dieser Ausführungen auf die afrikanische Öffentlichkeit war besonders ungünstig, weil etwa zum gleichen Zeitpunkt Nachrichten über die Liquidierung von rd. 35000 Afrikanern in Angola eine Welle der Empörung in Afrika auslösten. Waffenfunde deutscher Herkunft bei gefallen portugiesischen Soldaten, das Angola-Projekt der Firma Krupp<sup>7</sup> und der Besuch des südafrikanischen Verteidigungsministers in Bonn<sup>8</sup> taten ein übriges, um das Mißtrauen uns gegenüber weiter anschwellen zu lassen. Erschwerend kommt hinzu, daß die portugiesische und südafrikanische Presse ihren Lesern einzureden versucht, daß die Bundesregierung die politische Linie ihrer Länder billige. Der Osten schlägt daraus politisches Kapital, indem er alle uns in den Augen der Afrikaner belastenden Informationen den afrikanischen Regierungen direkt oder über die Vereinten Nationen zur Kenntnis bringt.

5) Wenn wir das Verständnis und die moralische Unterstützung der Afrikaner für unseren Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gewinnen wollen, müssen wir uns logischerweise auch für die Anwendung dieser Grundsätze in Afrika einsetzen. Viele maßgebliche Afrikaner werfen uns vor,

<sup>5</sup> Vom 6. bis 8. August 1961 fanden die Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der Unabhängigkeit der Elfenbeinküste statt. Bundesminister Lücke vertrat die Bundesregierung; der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Williams, nahm als Mitglied der amerikanischen Delegation unter der Leitung von Justizminister Kennedy teil.

<sup>6</sup> Bundesminister Erhard besuchte Portugal vom 11. bis 15. Mai 1961. Auf einer Pressekonferenz in Lissabon bezeichnete er Portugal als „eines der vertrauenswürdigsten Länder“. Vgl. die Meldung „Entwicklungshilfe für Portugal“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. Mai 1961, S. 1.

<sup>7</sup> Zur Lieferung von Bergwerksmaschinen und Eisenbahnmateriale durch die Firma Fried. Krupp nach Angola (Lobito-Projekt) vgl. Dok. 225.

<sup>8</sup> Der südafrikanische Verteidigungsminister Fouché hielt sich vom 11. bis 14. Juli 1961 in der Bundesrepublik auf. Botschafter z. b. V. Granow berichtete am 12. Juli 1961, Fouché habe ihm gegenüber am Vortag ausgeführt, angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik vor der Berlin-Krise und „unter dem psychologischen Druck von seiten der Sowjetunion stehe“, habe er „von jeder Besichtigung deutscher Waffenfabriken Abstand genommen. Ursprünglich sei es überhaupt seine Absicht gewesen, in Bonn keinen offiziellen Besuch zu machen, um die Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation durch eine Visite aus Südafrika nicht in Verlegenheit zu bringen“. Ministerpräsident Verwoerd habe aber auf einem „Goodwill-Besuch“ bestanden, um „in sichtbarer Weise die Freundschaft Südafrikas zu Deutschland zu demonstrieren“. Vgl. B 34 (Referat 307), Bd. 283.

daß die Bundesregierung mit zweierlei Maß messe, indem sie einer Stellungnahme zu den Lebensfragen Afrikas ausweiche, während sich der Sowjetblock einschließlich der sogenannten DDR eindeutig mit den Zielen des afrikanischen Befreiungskampfes identifiziere. Wir könnten nur dann auf die Sympathien und Hilfe der Afrikaner rechnen, wenn wir uns gegenüber Afrika entsprechend einstellen und ihre Feinde nicht mit Waffen versorgen würden.

6) Eine Aufklärungsaktion über Berlin in Afrika hat daher nur dann Erfolgsaussichten, wenn wir diese Wechselbeziehungen berücksichtigen und eine Erklärung abgeben würden, die sich grundsätzlich und allgemein für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und gegen die Abhängigkeit von jeder Fremd- und Willkürherrschaft in allen Teilen der Welt einsetzt. Eine solche Erklärung könnte vom Sprecher der Bundesregierung zweckmäßigerweise in Zusammenhang mit der Berlin- und Deutschlandfrage abgegeben werden. Wir sollten dabei zum Ausdruck bringen, daß sich unser NATO-Bündnis ausschließlich auf Abwehrmaßnahmen gegenüber der kommunistischen Bedrohung im Nordatlantik-Bereich und nicht auf Aktionen in Afrika bezieht, um den Sowjets, die sich ständig bemühen, die Maßnahmen der Portugiesen in Afrika als NATO-inspiriert herauszustellen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

7) Nachdem sich die USA und Norwegen von gewissen Gewaltmaßnahmen der Portugiesen in Angola und die Briten und Niederländer sich von der Rassenpolitik Südafrikas distanziert haben, sollten wir uns in der gegenwärtigen kritischen Situation ebenfalls nicht scheuen, nachweislich in Afrika begangene Verstöße gegen die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen<sup>9</sup> öffentlich zu mißbilligen. Portugal und Südafrika würden infolge ihrer gegenwärtigen weltpolitischen Isolierung keine ernsten Schritte dagegen unternehmen können, während wir mit einem derartigen Schritt in der bündnisfreien Welt an Glaubwürdigkeit erheblich gewinnen könnten.

8) Eine solche Erklärung brauchte die betreffenden Länder nicht einmal namentlich zu nennen und könnte sich auf allgemeine Grundsätze beschränken. Entscheidend ist, die bündnisfreien Länder davon zu überzeugen, daß wir uns überall in der Welt, wo die Grundrechte des Menschen angetastet und das Recht auf Selbstbestimmung fremder Willkürherrschaft unterworfen wird, gegen dieses Unrecht wenden. Dies würde auch der Linie entsprechen, die das Auswärtige Amt auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses vom 20.4.1961 vertreten hat, die bekanntlich einstimmig gebilligt worden ist.<sup>10</sup>

9) Die angeregte Erklärung sollte nach Möglichkeit noch vor der Neutralistenkonferenz in Belgrad abgegeben werden, weil zu befürchten ist, daß bei den dort zu erwartenden Aussprachen über das Berlin-Problem die Haltung der Bundesrepublik und Pankows zu lebenswichtigen Fragen Afrikas gegeneinander ab-

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 675–699.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor von Etdorf referierte am 20. April 1961 im Auswärtigen Ausschuß über „Das politische Bild Afrikas, insbesondere die deutsche Politik in Afrika“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Brand vermerkte am selben Tag für Bundesminister von Brentano, der SPD-Abgeordnete Schmid habe ausdrücklich „für den ganz ausgezeichneten Bericht“ gedankt und „die Bundesregierung zu ihrer Grundhaltung in der Afrika-Politik“ beglückwünscht: „Dem schloß sich Dr. Kopf im Namen des gesamten Ausschusses an.“ Vgl. B 34 (Referat 307), Bd. 315.

Für das Referat von Etdorf vgl. B 130, Bd. 5160 A (600/IV 1).

Vgl. dazu auch AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1957–1961, S. 1183.

gewogen wird und dies unter Umständen zu einer unerwünschten Annäherung einzelner afrikanischer Staaten an die SBZ führen könnte.<sup>11</sup> Zur Frage der Bedenklichkeit von Waffenlieferungen nach Portugal für Angola wird besondere Aufzeichnung vorgelegt.

Die Herren D2<sup>12</sup>, D4<sup>13</sup>, D 8<sup>14</sup> und D7<sup>15</sup> haben Durchdruck dieser Aufzeichnung erhalten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> vorgelegt.

Marchtaler

B 130, Bd. 2279 A (I B 3)

## 273

### Botschafter Duckwitz an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

700-84.39-1089/61 geheim

Aufgabe: 15. August 1961, 16.20 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 685

Citissime<sup>2</sup>

Auf Drahtbericht Nr. 789 vom 14. August<sup>3</sup>

I. Lage in Berlin ist durch folgendes gekennzeichnet:

1) Die Abriegelung Westberlins von Ostberlin und der Zone ist jetzt als nahezu lückenlos zu bezeichnen; dennoch sollen heute nacht noch 43 Flüchtlinge durchgekommen sein.

<sup>11</sup> Mit Blick auf die für den 18. August 1961 geplante Regierungserklärung zur Berlin- und Deutschland-Frage bekräftigte Botschafter von Marchtaler am 17. August 1961, die in der Erklärung zu erwartende Forderung nach „Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk“ werde vor allem in den neutralen und afrikanischen Staaten „größeres Verständnis und weit stärkeren Widerhall finden, wenn die Bundesregierung sich mit demselben Nachdruck dafür einsetzen würde, daß diese Rechte allen Völkern zustehen und daher in allen Teilen der Welt angewendet werden müssen.“ Vgl. B 130, Bd. 2279 A (I B 3).

<sup>12</sup> Josef Jansen.

<sup>13</sup> Günther Harkort.

<sup>14</sup> Hans-Georg Sachs.

<sup>15</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>16</sup> Hat dem Vertreter des Staatssekretärs Carstens, Ministerialdirektor von Etzdorf, am 30. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Hinblick auf unsere mannigfachen Bekundungen zur Belgrad-Konferenz (2 Aide-mémoires, Botschaften des Bundeskanzlers, Presse-Erklärungen), bei denen das Selbstbestimmungsrecht stets betont wurde, ist von der hier vorgeschlagenen Aktion abgesehen worden.“

Hat Werz am 1. September 1961 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 307 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Steltzer am 1. September 1961 vorgelegen.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Bock konzipiert.

Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 16. August 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Duckwitz gestrichen: „mit Vorrang“.

<sup>3</sup> Zum Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse von Plehwe, Paris (NATO), vom 14. August 1961 vgl. Dok. 268, Anm. 27.

2) Die starken Massierungen sowjetzonaler Truppenverbände, Volkspolizei und Betriebskampfftruppen in Ostberlin sind unverändert. Nördlich und südlich von der Stadt sind je eine sowjetische Panzerdivision konzentriert und eingriffsbereit.

3) Zu blutigen Zwischenfällen ist es bisher weder in Westberlin, an der Sektorensperre noch, soweit feststellbar, in Ostberlin gekommen. Dagegen haben in Ostberlin im Laufe des gestrigen Tages mehrere heftige Auseinandersetzungen und Schlägereien zwischen empörten, hauptsächlich jugendlichen Einwohnern und Volkspolizisten und „Betriebskampffgruppen“ stattgefunden.<sup>4</sup>

4) Das Brandenburger Tor wurde gestern als Übergangsstelle vollständig geschlossen<sup>5</sup>, so daß jetzt nur noch zwölf Übergangsstellen vorhanden sind. Wegen der besonderen Gefahr von Zwischenfällen am Brandenburger Tor hat die Westberliner Polizei einen Sperrhalbkreis von etwa 1 km Durchmesser um das Brandenburger Tor gezogen, der das sowjetische Ehrenmal einschließt. Ebenso wurde auf der Ostberliner Seite des Brandenburger Tores, wo starke Polizei- und Truppenverbände massiert sind, eine 300 m tiefe Sperrzone eingerichtet. Die sowjetische Botschaft Ostberlins, die bei Nacht hermetisch abgeriegelt wird, liegt noch etwa 200 m ostwärts von dieser Sperrzone.

5) Angehörige der alliierten Behörden und Streitkräfte können mit ihren Fahrzeugen nach wie vor ungehindert in den Ostsektor fahren; soweit sie nicht durch ihre Fahrzeuge oder Uniform erkennbar sind, dürfen sie nach Vorzeigen ihrer Ausweise sofort passieren.

Bis Montag mittag konnten auch Westberliner unter Vorzeigen ihrer Personalausweise mit Kraftfahrzeugen ungehindert in den Ostsektor fahren. Seit Montag mittag brauchen sie eine Genehmigung für ihre Fahrzeuge<sup>6</sup>, jedoch keine Passierscheine für ihre Person (entgegen Pressemeldungen).<sup>7</sup>

6) Der Verkehr innerhalb Westberlins mit S- und U-Bahn, die bekanntlich von den Verkehrsbehörden Pankows bzw. des Ostberliner Magistrats betrieben werden, funktioniert auch nach der Umstellung auf den Pendelverkehr bis zur Sektorengrenze nahezu normal.

7) Demonstrationsabsichten Westberliner Arbeiter am gestrigen Tage wurden weitgehend von Gewerkschaften, Betriebsräten und Senatsbehörden abgelenkt. Eine nicht zu verhindernde Demonstration mehrerer tausend Arbeiter der AEG

<sup>4</sup> Am 15. August 1961 berichtete der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Pakts, Gretschno, dem ZK der KPdSU über die erfolgreiche Umsetzung des Beschlusses der DDR „zur Einführung einer strikten Kontrolle der Grenzen zu West-Berlin“. Er informierte über ergänzende Maßnahmen vom Vortag „zur Verstärkung der Grenzbewachung, zur Regelung der Telegrafie- und Telefonverbindungen, der Post und des Transports“ und teilte weiter mit: „Um 13.15 Uhr versuchte eine Gruppe von 200 Jugendlichen über die Sektorengrenze in den Bereich der sowjetischen Botschaft vorzudringen, sie wurde jedoch von der Polizei der DDR unter Einsatz von Wasserwerfern und Gasgranaten zurückgedrängt.“ Vgl. ULBRICHT, CHRUSCHTSCHOW UND DIE MAUER, S. 116.

<sup>5</sup> Das Innenministerium der DDR gab am 14. August 1961 bekannt, daß aufgrund der „andauernden Provokationen am Brandenburger Tor“ der dortige Übergang ab 14 Uhr am selben Tag „vorübergehend“ geschlossen werde. Vgl. DZD IV/7, S. 31.

<sup>6</sup> Am 14. August 1961 ordnete das Innenministerium der DDR die „Genehmigungspflicht für die Einfahrt Westberliner Personenkraftwagen, Motorräder und Mopeds“ an, um den Mißbrauch der Freizügigkeit im Kraftfahrzeugverkehr „zu feindlichen Handlungen der westlichen Spionage- und Agentenzentralen“ gegen die DDR zu unterbinden. Vgl. DZD IV/7, S. 30.

<sup>7</sup> Die Passierscheinplicht für Bewohner von Berlin (West) zum Besuch von Ost-Berlin wurde am 22. August 1961 angeordnet. Vgl. dazu Dok. 291, Anm. 5.

zog nicht etwa zur Sektorengrenze, sondern zum Schöneberger Rathaus und forderte dort energische Gegenmaßnahmen gegen die gewaltsame Abriegelung der Sektorengrenze für Ostberliner und Grenzgänger. Regierender Bürgermeister richtete beruhigende Erklärungen an die Demonstranten<sup>8</sup>, ließ aber erkennen, daß der Senat verschiedene lokale Gegenmaßnahmen erwägt, wie etwa:

a) eventuelle Übernahme der S- und U-Bahn in Westberlin in die eigene Zuständigkeit des Senats,

b) eventuelle Aufhebung der Vorteile aus dem Wechselkurs für sog. Auspendler, d.h. von Arbeitern, die in Westberlin wohnen, aber in Ostberlin arbeiten und zum Teil der SED angehören,

c) mögliche Maßnahmen zur Schließung der in Westberlin bestehenden SED-Büros.

8) Pankow hat gestern die Unterbindung des Telefon- und Fernschreibverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der Zone angeordnet.<sup>9</sup>

9) Der Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin läuft, wie in den Anordnungen Pankows angekündigt<sup>10</sup>, weiterhin völlig normal. Auch die Telefon- und Fernschreibverbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik werden nicht gestört.

II. Über die sofortige Wiedereinführung einer möglichst vollständigen Sperre der Erteilung von TTD und Visa als zunächst notwendiger und adäquater Gegenmaßnahme herrscht hier mit den Botschaftern der drei Westmächte Einverständnis.<sup>11</sup> Wir halten es für unerlässlich, in die Reisesperre auch diejenigen Kategorien mit einzubeziehen, die bisher nicht erfaßt wurden, wie insbesondere die Handelsemissäre und Sportmannschaften aus der Zone. Dies wird hier auch von dem britischen Botschafter für notwendig gehalten.

<sup>8</sup> Zur Demonstration von Arbeitern der Firma AEG am 14. August 1961 in Berlin (West) vgl. Dok. 269, besonders Anm. 2.

Legationsrat Bock legte am 14. August 1961 dar, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, habe den demonstrierenden Arbeitern der Firma AEG als mögliche Maßnahmen des Senats genannt: „1) eventuelle Übernahme der S- und U-Bahn in Westberlin [...] durch Westberliner Verkehrsbehörden; 2) Veränderung des Lohnausgleichs für sogenannte Auspendler, d.h. hauptsächlich Reichsbahnpersonal aus dem Ostsektor, die in Westberlin tätig sind; 3) mögliche nähere ‚In-Augenscheinnahme‘ der Westberliner SED-Büros (Zuruf der Demonstranten: ‚ausräuchern‘)“. Außerdem habe Brandt an die Volkspolizei appelliert, „nicht auf ihre eigenen Landsleute zu schießen“, und SED-Mitglieder zum Zerreißen ihrer Parteibücher aufgerufen. Vgl. B 12 (AB), Bd. 1682.

<sup>9</sup> Der Pressesprecher des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen, Söllner, teilte am 15. August 1961 auf einer Pressekonferenz mit, daß die DDR „mit Beginn des 14. August 1961“ den gesamten Fernsprechverkehr zur Bundesrepublik eingestellt habe. Am selben Tag um 11.30 Uhr sei auch der Fernschreibverkehr unterbrochen worden. Vgl. DzD IV/7, S. 37. Vgl. dazu auch BULLETIN 1961, S. 1463.

<sup>10</sup> Der Verkehrsminister der DDR, Kramer, bekräftigte am 12. August 1961 in der Ankündigung der Änderungen im Verkehr des Raumes Berlin, daß Züge des internationalen Fernverkehrs und des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) weiterhin „nach ihrem bisher gültigen Fahrplan“ fahren würden. Vgl. DzD IV/7, S. 9.

<sup>11</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien) am 14. August 1961; Dok. 268.

Botschafter Freiherr von Braun vermerkte am 17. August 1961, Steel habe ihm dazu erklärt: „Es sei unrichtig, anzunehmen, daß die drei Botschafter nach ihrem Gespräch mit Herrn Bundesminister von Brentano der Sperre der TTD-Dokumente zugestimmt hätten. Sie hätten vielmehr nur zugesagt, ihren Regierungen über diesen deutschen Gedanken zu berichten.“ Vgl. VS-Bd. 5973 (Protokoll); B 150, Aktenkopien 1961.

Der beste Weg ist ohne Zweifel die von dem norwegischen Vertreter vorgeschlagene Verkündung einer lückenlosen Reisesperre<sup>12</sup>, die dann im Wege von Ausnahmegenehmigungen für Härtefälle aufgelockert werden könnte. Über Einzelheiten folgt gegebenenfalls weiterer Erlaß.

Duckwitz<sup>13</sup>

VS-Bd. 3842 (700)

## 274

### Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

115-79.A/61 streng geheim

16. August 1961<sup>1</sup>

Am 16.8.1961 um 12.00 Uhr empfing der Herr Bundeskanzler im Palais Schaumburg den sowjetischen Botschafter Smirnow zu einer Unterredung, um die der sowjetische Botschafter nachgesucht hatte. An der Unterredung nahmen auf deutscher Seite noch Bundesaußenminister Dr. von Brentano, Staatssekretär Dr. Globke und VLR I Dr. Osterheld teil.

Nach einleitenden Worten sagte Botschafter *Smirnow*, daß er erst kürzlich aus Moskau zurückgekehrt sei, wo er im Auftrage seiner Regierung an der Konferenz der Ersten Sekretäre der Warschauer-Pakt-Staaten<sup>2</sup> teilgenommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe er Gelegenheit gehabt, mit Ministerpräsident Chruschtschow verschiedene Gespräche zu führen, der der deutschen Frage ganz besondere Aufmerksamkeit widme.

Chruschtschow habe ihn beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler Grüße und gute Wünsche für seine Gesundheit zu übermitteln. Er erinnere sich stets sehr gern an die nützlichen Gespräche, die er mit dem Herrn Bundeskanzler in Moskau geführt habe.<sup>3</sup>

<sup>12</sup> Zum Vorschlag des norwegischen NATO-Botschafters Boyesen vgl. Dok. 268, Anm. 27.

<sup>13</sup> Paraphe vom 15. August 1961.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Buring gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 16. August 1961 vorgelegen.

Am 17. August 1961 leitete Osterheld die Gesprächsaufzeichnung an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, und vermerkte dazu: „Auf Grund meiner Notizen habe ich die Seiten 6, 8, 9 und 10 neu schreiben lassen; die ursprüngliche Fassung dieser Seiten ist beigelegt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59. Vgl. dazu Anm. 6–11, 13, 15–17, 20–25 und 27–37.

Hat Globke am 17. August 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau statt. Für Auszüge aus den Protokollen vgl. CHRUSCHTSCHOW UND DER MAUERBAU, S. 171–198.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 5.

Vor seiner Abreise habe Chruschtschow ihn beauftragt, um eine Unterredung mit dem Bundeskanzler nachzusuchen, um ihm die Pläne der sowjetischen Regierung und der Warschauer-Pakt-Staaten im Hinblick auf die Außenpolitik im allgemeinen und auf eine Friedensregelung mit Deutschland im besonderen darzulegen.

Wie allgemein bekannt sei, befasse man sich zur Zeit in der Sowjetunion mit der Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen für die nächsten 20 Jahre.<sup>4</sup> In den Grundzügen seien diese Pläne der Bundesregierung gewiß bekannt, so daß sich eine nähere Erläuterung erübrige. Was die Erfüllung des laufenden Siebenjahresplanes<sup>5</sup> anbelange, so könne festgestellt werden, daß man mit einer Übererfüllung sowohl auf industriellem als auch auf landwirtschaftlichem Gebiet rechnen könne. Für das Jahr 1961 sei in der Sowjetunion mit einer außerordentlich guten Ernte zu rechnen, die das Ergebnis der vergangenen Jahre erheblich übertreffen werde.

Ministerpräsident Chruschtschow habe auf der Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten auch über die Reaktion im Westen auf die sowjetischen großangelegten Wirtschaftspläne gesprochen. Demnach halte der Westen eine Erfüllung auf industriellem Gebiet wohl für möglich, bezweifle jedoch die Erfüllung auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Im Hinblick auf die in diesem Jahr zu erwartende sowjetische Rekordernte hoffe man sowjetischerseits jedoch zuversichtlich, auch die landwirtschaftlichen Planziele erreichen zu können.

Chruschtschow habe ihn beauftragt, Bundeskanzler Adenauer die Ziele der sowjetischen Außenpolitik nochmals eingehend zu erläutern. Die sowjetische Regierung sei nach wie vor entschlossen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um eine friedliche, freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten ohne Rücksicht auf die Unterschiedlichkeit der Systeme herbeizuführen bzw. zu fördern. Die sowjetische Regierung werde ihrerseits nichts unversucht lassen, um die Möglichkeit eines Krieges auszuschalten, wobei es ihr Endziel sei, den Begriff Krieg überhaupt aus dem politischen Gespräch zu eliminieren. Ferner sei die sowjetische Außenpolitik darauf abgestellt, zu einer Vereinbarung über eine vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle zu gelangen.

Im Zuge ihrer Bemühungen, ihre Beziehungen zu allen Staaten, also selbstverständlich auch zu den Westmächten, zu verbessern, sei es der sowjetischen Regierung ein besonderes Anliegen, ebenfalls ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Die Sowjetunion strebe ferner an, ihre Verbindungen zu allen anderen Staaten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet auszubauen. Dies sei, kurz zusammengefaßt, die außenpolitische Zielsetzung der Sowjetunion. Aufgrund dieses außenpolitischen Programms könnten sich, bei entsprechender Einstellung der westlichen Staaten, hervorragende Zukunftsaussichten für alle Beteiligten ergeben.

<sup>4</sup> Zum sowjetischen Zwanzig-Jahresplan vgl. Dok. 261, Anm. 24.

<sup>5</sup> Der Außerordentliche XXI. Parteikongreß der KPdSU vom 27. Januar bis 5. Februar 1959 verabschiedete einen Sieben-Jahresplan für 1959 bis 1965, der an die Stelle des abgebrochenen Fünf-Jahresplans für 1956 bis 1960 treten sollte und u. a. eine Steigerung der Industrieproduktion um 80 % in diesem Zeitraum vorsah. Für den Wortlaut des Plans sowie der Resolution des Parteitags vom 5. Februar 1959 vgl. VNEOCEREDNOJ XXI S-EZD KPSS, Bd. II, S. 429–549. Vgl. dazu auch KONTROLLZIFFERN FÜR DIE ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR IN DEN JAHREN 1959 BIS 1965, S. 5–146.

Die sowjetische Regierung gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung diese Pläne aufmerksam studieren und ihren Beitrag zu einer friedlichen Regelung aller strittigen internationalen Probleme leisten werde. Die sowjetische Regierung zweifle nicht daran, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen der Westmächte im Verhandlungswege ausgehandelte Vereinbarungen für das bessere Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen halten als militärische Maßnahmen.

Auf der Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau sei ein umfassender Meinungs austausch über alle außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen in Verbindung mit dem deutschen Problem erfolgt. Er sei beauftragt, so fuhr Botschafter Smirnow fort, in aller Offenheit dem Bundeskanzler zu sagen, daß die Vertreter Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und der übrigen Staaten des sozialistischen Lagers über die von der Bundesrepublik ihren Ländern gegenüber geführte Politik ernsthaft besorgt seien. Die Bundesregierung betreibe diesen Ländern gegenüber keine freundschaftliche Politik, weshalb die Versuche, die von den genannten Staaten immer wieder unternommen worden seien, um die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, bisher keinen Erfolg gehabt hätten. Diese Ablehnung seitens der Bundesrepublik könne leider nicht anders als mit dem Vorhandensein aggressiver Absichten der Bundesrepublik gegenüber diesen Staaten gedeutet werden.

Das wichtigste außenpolitische Ziel der sozialistischen Staaten sei die Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkriegs. Als geeignetstes Mittel hierzu betrachte man den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Auf der Konferenz in Moskau sei ausdrücklich betont worden, daß keiner der dort vertretenen Staaten irgendwie beabsichtige, die Bundesrepublik zu bedrohen, sondern daß man mit ihr zusammenarbeiten wolle. Man habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Westmächte und die Bundesrepublik bereit sein werden, an einer einvernehmlich erzielten Lösung des deutschen Problems mitzuwirken. Dies gelte insbesondere für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrags. Der sowjetische Standpunkt zu dieser Frage sei allgemein bekannt: Die sowjetische Regierung vertrete die Ansicht, daß die Frage des deutschen Friedensvertrags nunmehr lösungsreif sei und daß ihre Lösung nicht länger hinausgezögert werden dürfe. Die Sowjetunion glaube, daß der Westen es nicht ablehnen werde, am Zustandekommen eines deutschen Friedensvertrages mitzuarbeiten. Ihrerseits sei die sowjetische Regierung bereit, alle westlichen Vorschläge, die einer Lösung des deutschen Problems förderlich sein könnten, ernsthaft zu diskutieren.

Sollten sich jedoch die Hoffnungen der sowjetischen Regierung, mit dem Westen in dieser Frage zusammenzuarbeiten, nicht erfüllen, so würden sich die sowjetische Regierung und die übrigen beteiligten Regierungen der sozialistischen Staaten leider gezwungen sehen, einen Friedensvertrag mit der DDR allein abzuschließen. Die Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten seien sich in Moskau darüber einig gewesen, daß eine Friedensregelung mit Deutschland noch in diesem Jahr herbeigeführt werden müsse.

Während der Moskauer Beratungen seien alle außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die sich aufgrund einer Friedensregelung mit Deutschland ergeben könnten, ausführlich erörtert worden. Ministerpräsident Chruschtschow habe dabei geäußert, daß die sowjetische Regierung es begrüßen würde, wenn die Bundesregierung sich zur Mitarbeit beim Zustandekommen eines deutschen



Friedensvertrages entschlosse. Chruschtschow habe ferner der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Bundesregierung keine unüberlegten Schritte unternehmen werde, die zu einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage führen könnten.

Chruschtschow habe ihn, den Botschafter, ausdrücklich beauftragt, den Bundeskanzler zu fragen, ob er freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wünsche oder nicht. Falls ja, könne die Bundesrepublik mit der sowjetischen Unterstützung in vielen Fragen rechnen, und bei einer derartigen Einstellung der Bundesregierung würden sich für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten unbegrenzte Möglichkeiten ergeben. Eine derartige Zusammenarbeit würde nicht nur diesen beiden Staaten selbst, sondern der ganzen Welt zum Vorteil gereichen.

<sup>6</sup>In der Sowjetunion verstehe man, daß die Geschichte dem Bundeskanzler als Chef der Bundesregierung die schwere Aufgabe auferlegt habe, für die verbrecherische Politik deutscher Politiker einzutreten, die die Welt zweimal in furchtbare Kriege gestürzt hätten. Wenn man auf diesem Wege fortfahren würde, so würde dies das deutsche Volk und die ganze Welt in eine neue, in ihren Auswirkungen gar nicht zu übersehende Katastrophe führen.<sup>7</sup> Der Bundeskanzler trage die Verantwortung dafür, welchen politischen Weg die Bundesrepublik in Zukunft einschlagen werde. In Moskau glaube man, daß es für den Bundeskanzler nur den friedlichen Weg gebe, da sich nur so die nationalen und internationalen Probleme lösen ließen.<sup>8</sup> Man glaube nicht, daß er sich für einen anderen Weg entscheiden werde.

Chruschtschow habe auf der Moskauer Konferenz die Überzeugung geäußert, daß er aufgrund seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Bundeskanzler glaube, daß er es nicht an Anstrengungen werde fehlen lassen<sup>9</sup>, um eine weitere Zuspitzung der Lage zu vermeiden und um die Kriegsgefahr zu bannen.

Botschafter Smirnow schloß seine Ausführungen mit der an den Bundeskanzler gerichteten Bitte, ihm seine Meinung zu den soeben angeschnittenen Problemen darlegen zu wollen, damit er sie Ministerpräsident Chruschtschow übermitteln könne.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte<sup>10</sup> zunächst für die ihm durch den Botschafter übermittelten Grüße Chruschtschows und sagte ferner, daß er sich über die gute

<sup>6</sup> Beginn der Seite 6 der Aufzeichnung. Vgl. Anm. 1.

<sup>7</sup> Der Passus „In der Sowjetunion ... Katastrophe führen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lautete er: „Die Geschichte habe dem Bundeskanzler als Chef der Bundesregierung die große Aufgabe gestellt, die verbrecherische Politik deutscher Politiker, die zu zwei furchtbaren Weltkriegen geführt habe, nicht zu wiederholen und die Welt vor einer neuen, in ihren Auswirkungen gar nicht zu übersehenden Katastrophe zu bewahren.“

<sup>8</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lautete er: „In Moskau glaube man, daß der Bundeskanzler es vorziehen werde, zur Lösung der nationalen und internationalen Probleme friedliche Wege zu wählen.“

<sup>9</sup> Der Passus „daß er es ... fehlen lassen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lautete er: „daß dieser alle Anstrengungen unternehmen werde“.

<sup>10</sup> Die Wörter „Der Herr Bundeskanzler dankte“ gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lauteten sie: „In Beantwortung der Ausführungen Botschafter Smirnows dankte der Herr Bundeskanzler“.

Meinung freue, die Chruschtschow von ihm habe. Auch er denke gern an die Gespräche zurück, die er seinerzeit mit Chruschtschow in Moskau geführt habe. Er habe ebenfalls eine gute Meinung von Chruschtschow, dessen Klugheit, Weitsicht und<sup>11</sup> Ernst für die Verantwortung, die dieser zu tragen habe, er wohl zu schätzen wisse.

Zu den Ausführungen des Botschafters wolle er gleich zu Beginn feststellen, daß die Bundesregierung und er, der Bundeskanzler, persönlich, den dringenden Wunsch habe, mit der Sowjetunion in Freundschaft zu leben. Für die Durchführung der neuesten Wirtschaftspläne wünsche er der Sowjetunion vollen Erfolg; allein schon aus dem Grunde, weil es naturgemäß angenehmer sei, einen zufriedenen Nachbarn zu haben, einen Nachbarn, dem es gutgehe, als einen unzufriedenen. Über all die von Botschafter Smirnow berührten Probleme wolle er, da es sich um sehr ernste Probleme handele, in Ruhe nachdenken und darüber mit seinen engsten Mitarbeitern in kleinem Kreise beraten. Er wolle sich diesen Fragen sehr bald widmen, bitte jedoch um Verständnis dafür, daß er jetzt, kurz vor den Bundestagswahlen<sup>12</sup>, sehr stark beansprucht sei. Es sei gewiß klar, daß die zur Debatte stehenden Probleme mit großer Gründlichkeit geprüft werden müßten, was natürlich Zeit erfordere.

Botschafter *Smirnow* antwortete, die sowjetische Regierung dränge nicht, wenngleich sie es auch begrüßen würde, diesen Meinungsaustausch noch vor den Wahlen fortzusetzen. Falls dies aber zeitlich nicht möglich sei, so müsse es eben nach den Wahlen geschehen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er wäre dankbar, wenn man ihm bis nach den Wahlen Zeit ließe.

Er wolle nun die Gelegenheit benutzen, ein Wort über Berlin zu sagen. Es handele sich seiner Ansicht nach hierbei um eine<sup>13</sup> lästige und unangenehme Sache, die über das Nötige hinaus hochgespielt worden sei. Er wäre der sowjetischen Regierung dankbar, wenn sie da etwas mildern könnte. Er sei in großer Sorge über die Entwicklung in Berlin und in der Zone, und er habe ganz offen gesagt Angst, daß dort unter Umständen Blut fließen könnte. Die Situation sei als wahrhaft scheußlich zu bezeichnen, und er wäre der sowjetischen Regierung sehr dankbar, wenn sie verhindern würde, daß dort etwas passiert. Es würde allgemein einen guten Eindruck machen, wenn die sowjetische Regierung zur Milderung der Situation beitrüge.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten seien sich, als die jetzt in Ostberlin durchgeführten Maßnahmen beschlossen wurden<sup>14</sup>, darüber im klaren gewesen, daß diese Maßnahmen gewisse Unannehmlichkeiten für die Berliner Bevölkerung mit sich bringen würden. Diese Maßnahmen könnten jedoch, sofern es zu einer befriedigenden Regelung der Berlin-Frage käme, möglicherweise überprüft und geändert werden und von vorübergehender Dauer sein.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden am 17. September 1961 statt.

<sup>13</sup> Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 12. August 1961; Dok. 270, Anm. 9.

<sup>15</sup> Der Passus „möglicherweise überprüft ... Dauer sein“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lautete er: „nur von vorübergehender Dauer sein und möglicherweise überprüft werden“.

Dieser Fragenkomplex sei während der Moskauer Konferenz in allen seinen Aspekten erörtert worden.

In diesem Zusammenhang müsse er feststellen, daß<sup>16</sup> die DDR-Regierung in der Berlin-Frage bisher immer liberal gewesen sei<sup>17</sup>. Durch Erklärungen gewisser westdeutscher und Westberliner Politiker, wie sie in letzter Zeit wiederholt erfolgt seien, er denke hierbei insbesondere an die Herren Brandt und Lemmer<sup>18</sup>, seien die jetzt durchgeführten radikalen Maßnahmen herausgefordert worden. Der Beschluß der Warschauer-Pakt-Mächte sei nicht zuletzt auch durch die Pariser Außenministerkonferenz<sup>19</sup> ausgelöst worden, wo ein ganzes Paket von gegen die Sowjetunion, die DDR und die übrigen sozialistischen Staaten gerichteten Maßnahmen erörtert worden sei. Dies, obwohl sich die Vertreter der USA und Großbritanniens für Verhandlungen und gegen derartige Maßnahmen ausgesprochen hätten.<sup>20</sup> Der Beschluß der Warschauer-Pakt-Staaten sei auch<sup>21</sup> durch verschiedene Äußerungen verantwortlicher nordamerikanischer Politiker herausgefordert worden. Es seien übrigens auch weitere Maßnahmen geprüft worden, falls Brandt oder andere Politiker gefährliche Schritte tun wollten.<sup>22</sup>

Die sowjetische Regierung sei über die Lage in der DDR genauestens unterrichtet. Sie kenne auch die Schwierigkeiten, mit denen die DDR zu kämpfen habe. Die Vertreter der Staaten des sozialistischen Lagers hätten der DDR-Regierung gegenüber in Moskau die Versicherung abgegeben, daß die DDR mit der uneingeschränkten Hilfe und Unterstützung ihrer Verbündeten auf allen Gebieten rechnen könne.

Auf der Moskauer Konferenz sei man<sup>23</sup> einig gewesen, daß es infolge der<sup>24</sup> Beschlüsse hinsichtlich Ostberlins zu keinen Unruhen und schon gar nicht zu einem Blutvergießen kommen werde. Schon jetzt könne man feststellen, daß die Lage in der DDR gesünder geworden sei.<sup>25</sup>

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „sich“.

<sup>17</sup> Die Wörter „immer liberal gewesen sei“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sehr liberal verhalten habe“.

<sup>18</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, wies in einer Rundfunkrede am 6. August 1961 auf die „alleinige Verantwortung“ der Regierung der DDR für die wachsende Zahl der Flüchtlinge aus der DDR hin. Vgl. DzD IV/6, S. 1512.

Ähnlich äußerte sich Bundesminister Lemmer auf einer Pressekonferenz und in einem Rundfunkinterview am 1. August, einem Fernsehinterview am 6. August und erneut im Radio am 10. August 1961. Vgl. dazu DzD IV/6, S. 1458–1462, S. 1508–1510 und S. 1530 f.

<sup>19</sup> Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>20</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „Schließlich sei aber auch“.

<sup>21</sup> Die Wörter „sei auch“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt.

<sup>23</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „sich in der Ansicht“.

<sup>24</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „dort gefaßt“.

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bereits wenige Tage nach Durchführung der beschlos-

Botschafter Smirnow fuhr fort, er könne die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers, die dieser gleich nach Eintreten der neuen Lage in Berlin gemacht habe, worin er vor unüberlegten Handlungen gewarnt und dazu aufgerufen habe, Ruhe zu bewahren<sup>26</sup>, nur begrüßen. Er habe diese Äußerungen sofort seiner Regierung weitergemeldet.

Falls die Bundesregierung weiterhin dieser Einstellung folgen werde, so werde das zu einer guten Entwicklung beitragen<sup>27</sup>. In den letzten Tagen sei<sup>28</sup> von westlichen<sup>29</sup> Sanktionen verschiedenster Art gesprochen worden. Von derartigen Maßnahmen könne man aber keine<sup>30</sup> günstigen Ergebnisse erwarten, denn sie würden naturgemäß entsprechende Gegenmaßnahmen auslösen. Außerdem bestehe ja gar kein Grund für derartige Maßnahmen, denn der Verkehr zwischen Westberlin und dem Westen verlaufe reibungslos und unbehindert wie bisher. Er werde in der Zukunft vielleicht noch besser werden.<sup>31</sup> Maßnahmen der<sup>32</sup> Art, wie sie von den Westmächten und von der Bundesregierung in den letzten Tagen angedeutet worden seien, müßten von der sowjetischen Regierung – er wolle hier kein gröberes Wort gebrauchen – als unfreundlicher Akt gewertet werden. Gegenmaßnahmen wären dann natürlich unvermeidlich. Man solle auch bei Erörterung der Frage, wie man eine Lösung der akuten Streitfrage herbeiführen könne, davon absehen, einander einschüchtern oder drohen zu wollen. Dies würde sicherlich zu nichts Gutem führen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er wolle zunächst einmal feststellen, daß seitens der Bundesregierung keinerlei Abwerbung von Bewohnern der SBZ<sup>33</sup> erfolgt sei. Man habe sie nicht<sup>34</sup> eingeladen, nach Westdeutschland überzusiedeln; wir wünschten vielmehr, daß sie drüben blieben.<sup>35</sup>

Er bitte den Botschafter, Ministerpräsident Chruschtschow zu übermitteln, daß er ein Abkommen über die kontrollierte Abrüstung für die wichtigste Aufgabe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1168*

senen Maßnahmen könne eine Beruhigung der Lage in der DDR festgestellt werden. Er glaube, daß die erfolgten Maßnahmen geeignet seien, eine Gesundung der dortigen Situation herbeizuführen.“

26 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. August 1961 vgl. DzD IV/7, S. 11.

27 Der Passus „werde das ... beitragen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sei gewiß mit einer befriedigenden Lösung der strittigen Probleme zu rechnen“.

28 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „auch viel“.

29 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt.

30 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „keinerlei“.

31 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt.

32 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „irgendwelcher“.

33 Die Wörter „Bewohnern der SBZ“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Menschen aus der DDR“.

34 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „einmal“.

35 Der Passus „wir wünschten ... blieben“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sondern sie ganz im Gegenteil aufgefordert, drüben zu bleiben. Man halte dies für besser als irgendwelche turbulenten Sachen herauszufordern.“

aller maßgebenden Politiker halte. Sie<sup>36</sup> sei entscheidend für die ganze Menschheit, und dieser Aufgabe widme sich die Bundesregierung seit jeher mit aller Kraft.<sup>37</sup>

Botschafter *Smirnow* erwiderte, Chruschtschow habe ja unlängst ein ausführliches Gespräch mit dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten McCloy über die Abrüstungsfrage geführt<sup>38</sup>, über dessen Inhalt der Bundeskanzler gewiß unterrichtet sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte dies und sagte, McCloy sei leider nicht sehr glücklich über dieses Gespräch gewesen.<sup>39</sup>

Botschafter *Smirnow* antwortete, das sei wohl möglich, aber wie hätte es auch anders sein können, wo doch, wie Chruschtschow ausgeführt habe, im Westen Maßnahmen erfolgten, die einer Mobilmachung gleichzusetzen seien, und wo doch im Westen sogar zuweilen mit Krieg gedroht werde. Das, was im Westen geschehe, müsse vom Osten als eine Herausforderung gewertet werden und zwingen den Osten, entsprechend zu reagieren. Dessenungeachtet sei die Sowjetunion jedoch zu Abrüstungsverhandlungen nach wie vor bereit.

Man hoffe, daß gewisse Politiker in den Vereinigten Staaten wieder zur Vernunft kommen werden und daß der Herr Bundeskanzler dazu beitragen werde.

<sup>36</sup> Der Passus „daß er ein Abkommen ... Sie“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, zurück. Vorher lautete er: „daß er die Erzielung eines Abkommens über eine vollständige und kontrollierte Abrüstung für die wichtigste Aufgabe halte, die von den maßgebenden Politikern in der ganzen Welt gelöst werden müsse. Dies“.

<sup>37</sup> Ende der Seite 10 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>38</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), gab am 2. August 1961 Informationen des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter über die Gespräche des Beraters des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 26./27. Juli 1961 in Pizunda weiter, „die stürmische Szenen ebenso wie sachliche und ruhige Gespräche enthalten“ hätten. Chruschtschow habe Bereitschaft gezeigt, „die Freiheit und Unabhängigkeit Westberlins nach Abschluß des Friedensvertrags zu garantieren. [...] Die Sowjetunion wünsche lediglich, auf der Grundlage eines Friedensvertrages und nicht eines Ultimatums den ‚verfaulten Zahn‘ Berlin zu ziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 766; VS-Bd. 3852 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

Über die Erörterung der Abrüstungsfragen teilte Walther am selben Tag mit, Chruschtschow habe auf das Werben McCloy's für ein Teststoppabkommen geantwortet, „daß ein Versuchsstopp die Abrüstungsfrage nicht lösen würde“. Weiter habe er ausgeführt, daß die UdSSR „ihre Raketen und Atomwaffen als ihre wichtigsten Waffen betrachte. Die Luftwaffe werde bald der Geschichte angehören. [...] Im Zeitalter der Raketen hätten Militärbasen keinerlei militärischen Wert mehr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 768; VS-Bd. 3998 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Gesprächen vgl. auch FRUS 1961–1963, VII, Dok. 44, S. 110–113, und FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 84 und Dok. 85, S. 231–235. Vgl. ferner CHRUSCHTSCHOWS WESTPOLITIK, Bd. 3, S. 274–294.

<sup>39</sup> Botschafter Grewe, Washington, informierte Bundeskanzler Adenauer mit Drahtbericht Nr. 1805 vom 1. August 1961 über ein „Gespräch am Frühstückstisch“ mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle am selben Tag. McCloy habe mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung berichtet, Ministerpräsident Chruschtschow habe in Pizunda die Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrags mit der DDR als unvermeidlich bezeichnet. Damit würden „die westlichen Zugangsrechte erlöschen und könnten nur durch Verhandlungen mit der Zone erneuert werden. [...] Wenn die Westmächte den Zugang nach Berlin mit Gewalt erzwingen wollten, werde man Gewaltmaßnahmen mit Gewalt begegnen. Es werde dann nicht bei einem konventionellen Krieg bleiben.“ Eine Wiedervereinigung Deutschlands „sei unrealistisch. Er könne keine Selbstbestimmung und keine freien Wahlen zulassen, wenn die Zone sie nicht wolle.“ McCloy habe aus den Gesprächen den Schluß gezogen, es bestehe „kein Anlaß zur Beruhigung“, und es müsse „größeres Gewicht auf politische Abschreckungsmaßnahmen und zugleich auf Verhandlungen“ gelegt werden: „Jedenfalls sei die Zeit nicht allzu reichlich bemessen und man dürfe sie nicht vergeuden. Chr[uschtschow] spekuliere auf die Uneinigkeit der Verbündeten – deren Einigkeit sei daher entscheidend.“ Vgl. B 130, Bd. 3610 A (AB).

Er hoffe, fuhr Botschafter Smirnow fort, daß die italienischen Politiker, die kürzlich Moskau besuchten, den Herrn Bundeskanzler ausführlich über ihre dort geführten Gespräche unterrichten hätten.<sup>40</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, daß er von Herrn Fanfani erfahren habe, daß Chruschtschow ihn als einen bösen Mann betrachte.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, Chruschtschow habe sicherlich Grund zu einer solchen Feststellung. Der sowjetische Ministerpräsident wüßte jedoch sehr wohl alle Schritte des Herrn Bundeskanzlers richtig abzuwägen, sowohl diejenigen, die einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten dienten, als auch diejenigen, die eine Verschlechterung dieser Beziehungen zur Folge hätten. Während der Moskauer Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten habe Chruschtschow mit aller Deutlichkeit betont, daß es der Bundeskanzler sei, der in der gegenwärtigen gespannten Situation einen Krieg zu verhindern wissen werde. Die Bundesrepublik stelle heutzutage eine Kraft dar, die in starkem Umfang dazu beitragen könne, eine kriegerische Aktion in Europa zu verhindern. Eine solche Aktion würde, wie Chruschtschow Fanfani gegenüber gesagt habe, unweigerlich zum Untergang Europas führen. Die sowjetische Regierung habe den Besuch Fanfanis in Moskau sehr begrüßt, weil dadurch ein offener Meinungsaustausch möglich gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, Botschafter Smirnow kenne ja doch seine Einstellung zum Krieg. Diese Einstellung habe sich keineswegs geändert. Er wäre der sowjetischen Regierung dankbar, wenn sie ihm und seinen engsten Mitarbeitern Zeit lassen würde, über all die heute angeschnittenen Probleme in Ruhe nachzudenken.

Auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers, was man nun der Presse sagen solle, überreichte Botschafter *Smirnow* einen in Deutsch gefaßten Entwurf für eine Presseverlautbarung. Der Herr *Bundeskanzler* stimmte diesem Entwurf zu, schlug jedoch vor, noch einen Passus über Berlin hinzufügen zu dürfen. Für diesen Passus wurde folgender Wortlaut vereinbart: „Der Herr Bundeskanzler nahm die Gelegenheit wahr, um Botschafter Smirnow seine Meinung über die Lage in Berlin zu sagen.“<sup>41</sup> Es wurde ferner vereinbart, keine Pressekonferenz über die heutige Unterredung durchzuführen.

Botschafter *Smirnow* sagte abschließend, daß Chruschtschow ihm ein Geschenk für den Herrn Bundeskanzler mitgegeben habe, welches er demnächst überreichen werde.

Die Unterredung wurde um 13.00 Uhr beendet.

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59**

<sup>40</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Fanfani und des italienischen Außenministers Segni vom 2. bis 5. August 1961 in der UdSSR vgl. Dok. 255, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 9.

Zur Unterrichtung des Bundeskanzlers Adenauer im Gespräch am 11. August 1961 am Flughafen Malpensa vgl. Dok. 262, Anm. 13.

<sup>41</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 16. August 1961 vgl. DzD IV/7, S. 48.

## Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5663/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 1897  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 16. August 1961, 00.20 Uhr  
Ankunft: 16. August 1961, 07.55 Uhr

Bitte Minister und Staatssekretär bis spätestens 1 Stunde vor Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zustellen (Sitzungsbeginn 09.00 Uhr?)<sup>1</sup>

Im Anschluß an Drahtbericht 1888 geh. vom 14.8. und auf Drahterlasse 983 geh.<sup>2</sup> sowie Plurex 2479 geh.<sup>3</sup>, beide vom 15.8.61

Anschließend an die Verabschiedung des Textes der Protestnote der drei Mächte an die sowjetische Regierung (s. hierzu gesonderten Drahtbericht Nr. 1896 von heute<sup>4</sup>) habe ich in vorgerückter Stunde die nach Sitzungsschluß strebenden Partner in der Botschafter-Lenkungsgruppe auf Fortsetzung des Gesprächs über Gegenmaßnahmen gedrängt.<sup>5</sup> Ich argumentierte für die TTDs-Sperre im Sinne der Bezugsgerlasse mit folgenden Gründen:

- einmütig zustimmende Reaktion der drei Botschafter in Bonn<sup>6</sup>,
- laut Pressemeldungen Enttäuschung in Westberlin über Verzögerung des alliierten Protestes und über Ausbleiben von Gegenmaßnahmen,
- Notwendigkeit schneller Reaktion,
- Unterscheidung zwischen Flüchtlingsstopp einerseits und Unterbindung freier Zirkulation in Richtung Ost–West innerhalb Berlins andererseits, d. h. Verletzung des Vier-Mächte-Status der Stadt,
- Verwundbarkeit der DDR nach den Erfahrungen von 1960<sup>7</sup>,

<sup>1</sup> Zur gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 16. August 1961 vgl. AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1957–1961, S. 1280–1337. Da Staatssekretär Carstens sich im Urlaub befand, nahmen Ministerialdirektor von Etzdorf und Botschafter Duckwitz an der Sitzung teil.

<sup>2</sup> Zum Drahterlaß des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 15. August 1961 an die Botschaft in Washington vgl. Dok. 270, Anm. 13.

<sup>3</sup> Gesandter Ritter übermittelte den Botschaften in London und Washington den Drahterlaß Nr. 685 des Botschafters Duckwitz vom 15. August 1961 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris. Vgl. VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961. Für den Drahterlaß von Duckwitz vgl. Dok. 273.

<sup>4</sup> Botschafter Grewe, Washington, gab am 15. August 1961 den Wortlaut der von der Washingtoner Botschaftergruppe erarbeiteten Note der Drei Mächte an die sowjetische Regierung weiter, den die amerikanische Regierung mit einer leichten Änderung bereits gebilligt habe. Weiter teilte er mit: „Über Modalitäten der Übergabe einigen sich die drei Botschafter in Moskau.“ Als Termin für die Übergabe sei der 17. August 1961 ins Auge gefaßt. Vgl. B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>5</sup> Zu den Beratungen der Washingtoner Botschaftergruppe am 15. August 1961 über eine umfassende TTD-Sperre vgl. auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 113, S. 337–339. Vgl. dazu ferner DBPO III/VI, Dok. 284.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien) am 14. August 1961; Dok. 268.

<sup>7</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 und zur Kündigung des Abkommens vgl. Dok. 4, Anm. 3. Zur Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 und den damit verbundenen Absprachen vgl. Dok. 6.

- Abschreckung vor weiteren einseitigen Maßnahmen, die verhüten können, daß falscher Personenkreis getroffen wird,
- contre-partie für eventuelle noch spätere Verhandlungen,
- „Angemessenheit“ optimal,
- Möglichkeiten von Ausnahmegenehmigungen,
- norwegische Zustimmung<sup>8</sup> (als Symptom).

Lebel setzte auseinander, daß nach Auffassung seiner Regierung keine Maßnahmen ergriffen werden sollten, die verschärfende sowjetische Reaktionen herausfordern würden. Wirtschaftliche Maßnahmen – so wirksam sie 1960 auch gewesen sein mögen – würden daher in der gegenwärtigen Phase nicht für ratsam gehalten. Dagegen werde die völlige TTDs-Sperre (einschließlich der Schließung des TTD-Büros in Berlin) befürwortet, deren spätere Lockerung in Erwägung gezogen werden könne. Dies dürfe jedoch nicht den (falschen) Eindruck hervorrufen, daß der Westen von sich aus „die letzten Fluchtwege schlosse“. Die Bekanntmachung der Maßnahme müsse der Gefahr dieser Mißdeutung sorgfältig Rechnung tragen. Dem Gesichtspunkt der Beteiligung der Warschauer-Pakt-Staaten<sup>9</sup> sei in Protestnote an die sowjetische Regierung Rechnung getragen. An Gegenmaßnahmen gegen diese werde nicht gedacht. Dagegen denke man an bilaterale Einwirkung auf sie.

Lord Hood bestritt, daß die Lage mit der von 1960 vergleichbar sei. Die TTDs-Sperre ziele diesmal nicht auf Aufhebung der sowjetischen Beschränkungen.<sup>10</sup> Daher sei die Sperre diesmal ihrer Natur nach von Dauer. Sie ziehe außerdem die Gefahr von verschärfenden Gegenmaßnahmen der anderen Seite nach sich. Man könne in dieser Lage also nichts tun als protestieren. Allerdings sollte diese Gelegenheit genutzt werden, den Verhandlungsgedanken zu fördern. Die Proteste sollten mit dem Vorschlag verbunden werden, Ost-West-Gespräche zu führen. Der Osten stehe zur Zeit auf schwachem Grund; vielleicht seien die Umstände nie mehr so günstig wie jetzt. Aber die Zeit sei knapp. Seine Regierung wolle daher auf dem Wege des soeben verabschiedeten Protests fortfahren und den Verhandlungsvorschlag mit der Replik auf die sowjetischen Antwortnoten<sup>11</sup> verbunden sehen. Ein entsprechender Vorschlag werde der Lenkungsgruppe morgen unterbreitet werden.<sup>12</sup> In der sowjetischen Position seien eine Reihe schwacher Stellen. So sollten auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts konkrete Vorschläge („definite proposals“) gemacht werden, z. B. über eine Volksabstimmung.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des norwegischen NATO-Botschafters Boyesen in der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. August 1961; Dok. 268, Anm. 27.

Am 16. August 1961 notierte Ministerialdirigent Northe einen Anruf des Botschafters von Walther, Paris (NATO), der mitgeteilt habe, daß sein norwegischer Amtskollege „von seinem Kabinett in Oslo desavouiert worden sei“ und sich die Lage in der NATO daher „völlig geändert habe“. Vgl. B 12 (AB), Bd. 1682.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 12. August 1961; Dok. 270, Anm. 9.

<sup>10</sup> Zu den TTD-Richtlinien und ihrer Verschärfung im November 1960 vgl. Dok. 4, besonders Anm. 2 und 4.

Zur Lockerung der TTD-Sperre am 6. März 1961 vgl. Dok. 52, Anm. 17.

<sup>11</sup> Zur sowjetischen Note vom 3. August 1961 an die Drei Mächte vgl. Dok. 255, Anm. 23.

<sup>12</sup> Zur Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 16. August 1961 vgl. Dok. 277, Anm. 3.



Kohler gab der Diskussion sodann eine entscheidende Wendung. Bis zur Regierungsspitze herauf habe man die Lage gründlich durchdacht. Man sei sich der Erregung in Berlin und ihrer Reflexe auf die Bundesrepublik bewußt. Aber man müsse die Politik gegenüber Moskau folgerichtig betreiben. So sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß alle diese „Gegenmaßnahmen“ zu nichts nütze seien („none of these things are any damned good“). Die Sowjets würden nur darüber lachen. Die TTDs-Sperre möge 1960 wirksam gewesen sein, diesmal werde sie nur zur sofortigen Sperre des westlichen Verkehrs mit Berlin führen. Zwar könne die Visenerteilung unter Anlegung schärferer Maßstäbe restriktiv gehandhabt werden, und entsprechende Instruktionen seien bereits gegeben, aber als „Gegenmaßnahme“ sei die TTDs-Sperre einerseits nicht adäquat und andererseits ein Bumerang. Die TTDs-Ausgabe könnte – möglichst allianzweit – eingeschränkt werden, aber ohne Ankündigung „als Gegenmaßnahme“. Sonst geriete man unversehens in einen Schießkrieg („in a shooting situation“).

Man müsse daher in anderen Kategorien denken, um die Moral der Berliner zu stärken und um die Entschlossenheit zu beweisen, daß man ihre lebenswichtigen Interessen schütze.

Gedacht sei an folgendes:

- 1) Demonstrative Fortsetzung der Entsendung alliierter (unbewaffneter) Patrouillen in den Ostsektor, um die Einheit der Stadt zu unterstreichen (Beispiel: heutiges Pressefoto des amerikanischen Generals Dean, der einem Vopo im Ostsektor begegnet). Ob die anderen beiden Garnisonen bereit seien, dasselbe zu tun?<sup>13</sup>
- 2) Als Maßnahme, die insbesondere die Berliner hinsichtlich der Festigkeit des Westens beruhigen könne, sollte erwogen werden, die alliierten Garnisonen in Berlin z. B. um 1000 amerikanische und je 500 britische und französische Soldaten zu verstärken.
- 3) Je mehr man darüber nachgedacht habe, desto mehr sei man sicherer darin geworden, daß nichts so wirksam sei wie eine drastische Beschleunigung der militärischen Vorbereitungen, verbunden mit einer öffentlichen Ankündigung der diesbezüglichen Ergebnisse der Pariser Außenministerkonferenz.<sup>14</sup> Nach dieser Konferenz habe sich die Lage durch die jüngsten Ereignisse gewandelt. Er könne sich in dieser neuen Lage denken, daß in der Bundesrepublik „morgen“ eine Sitzung des Bundestages einberufen werde, um die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate zu beschließen, obwohl bis zur Pariser Konferenz mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen<sup>15</sup> eine derartige Maßnahme

<sup>13</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 18. August 1961, daß die amerikanische und die britische Regierung die Frage verstärkter Patrouillen in Ost-Berlin ihren Botschaftern Dowling und Steel überlassen hätten, „die sich in Berlin befinden, um an Ort und Stelle Entscheidungen zu treffen“. Allerdings könnten derzeit keine britischen Patrouillen durchgeführt werden, „weil die einzige offene Übergangsstelle an der Grenze des britischen Sektors, Brandenburger Tor, geschlossen ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>14</sup> Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>15</sup> Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden am 17. September 1961 statt.

nicht ins Auge gefaßt worden sei.<sup>16</sup> Nur von solchen Maßnahmen, und zwar auf der Stelle ergriffen, und nicht von kleinlichen „Gegenmaßnahmen“, die wirkungslos seien und nur zurückschlagen, könne tatsächlich eine Wirkung auf die Gegenseite ausgehen.

Auf eine Zwischenfrage von Lord Hood bestätigte Kohler, daß diese Maßnahmen von den Mächten nicht gemeinsam beschlossen zu werden brauchten, sondern durch die einzelnen beteiligten Regierungen ergriffen und angekündigt werden könnten. Er nannte als weiteres Beispiel die französische Ankündigung, daß die „2. Division“ von Algerien nach Europa verlegt und zur Verstärkung der französischen Garnison in Berlin herangezogen werde.<sup>17</sup> Von den anderen erörterten sog. Gegenmaßnahmen könne keine Veränderung der Lage erwartet werden. Das westliche Verhalten müßte im Zusammenhang mit der weltweiten Herausforderung bestimmt werden, von der die gegenwärtige Lage in Berlin nur ein Teil sei.

Bohlen, der an der Abendsitzung teilnahm, unterstützte Kohler in dieser Richtung. Lord Hood bezeichnete die Gedankengänge Kohlers als wertvoll. Man werde darüber nachdenken. Lebel enthielt sich der Stellungnahme.

Ich erklärte, daß ich natürlich nur meine persönliche Meinung zu den neuen Gedanken äußern könne. Sie hätten meines Erachtens einiges für sich, und möglicherweise könne eine stärkere Wirkung von ihnen ausgehen als von anderen Gegenzügen. Natürlich entferne man sich damit von den bisherigen Ausgangspunkten: daß die Maßnahmen auf dem gleichen Gebiet liegen und die Gefahr unerwünschter „escalation“ vermeiden müßten. Ob es politisch möglich sei, einen Bundestagsbeschluß, wie von Kohler als Beispiel genannt, vor der Wahl in Deutschland herbeizuführen, könne ich nicht beurteilen. Zweifellos habe sich die Stimmung in der Bundesrepublik stark verändert. Selbstverständlich würde ich über die neuen amerikanischen Überlegungen umgehend berichten.

Ich lenkte dann erneut auf die Frage der TTDs-Sperre, um einige Gegenargumente, die mir nicht überzeugend erschienen, zu widerlegen, und unterstrich insbesondere, daß auch eine präventive Wirkung davon ausgehen könne, nämlich die Gegenseite von einer weiteren, ohnedies in Gang befindlichen Verschärfung abzuhalten, wie sie sich z.B. schon in Ziffer 5 der mit Drahterlaß Plurex 2479<sup>18</sup> I. übermittelten Details abzeichnet. Natürlich könne auch die Anwendung der TTDs-Sperre in die neue amerikanische Linie einmünden.

<sup>16</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Verlängerung der Wehrpflicht vgl. Dok. 248 und Dok. 265.

Am 18. August 1961 berichtete Botschafter Grewe, Washington, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, nachgefragt habe, „ob die Bundesregierung zur Verlängerung der Wehrpflicht Schritte zu unternehmen gedenke. Ich hatte den Eindruck, er rechnete mit der Ankündigung, daß die bevorstehende Bundestagssitzung sich auch mit diesem Thema befassen werde. Meine Antwort, daß meine Instruktionen darüber nichts enthielten, hat offenbar Enttäuschung ausgelöst.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928; B 130, Bd., 8464 A (Ministerbüro).

<sup>17</sup> In der Presse wurde am 19. August 1961 berichtet, daß sich Staatspräsident de Gaulle zwei Tage zuvor in einer Sitzung des Verteidigungsrats für eine Verstärkung der französischen Boden- und Luftverteidigung sowohl auf nationalem Territorium als auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik ausgesprochen habe. Vgl. dazu den Artikel „La France entend assumer ses obligations en Europe“; LE MONDE vom 19. August 1961, S. 1.

Am 22. August 1961 wurde die Verlegung einer zweiten Division aus Algerien mitgeteilt. Vgl. dazu den Artikel „Les militaires confirment: Une seconde „grande unité“ va être ramenée d’Algérie en métropole“; LE MONDE vom 22. August 1961, S. 5.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „2459“.

Zu den im gleichen Bezugserlaß erwähnten Erwägungen des Senats über lokale Gegenmaßnahmen äußerte Kohler, daß er keine Schwierigkeiten darin sehe, daß der amerikanische Kommandant<sup>19</sup> den Senat entsprechend autorisiere. Obwohl zwischen der Unterrichtung der Amerikaner<sup>20</sup> und dem Bezugserlaß Unterschiede bestanden, die nicht aufgeklärt werden konnten<sup>21</sup>, stimmte Kohler den Senatsüberlegungen im Grundsatz zu und schlug vor, daß die drei westlichen Kommandanten sich im einzelnen damit befassen. Paris und London sollten durch die hiesigen Botschaften gebeten werden, entsprechende Weisungen an ihre Stadtkommandanten<sup>22</sup> in Berlin zu erteilen.

Nachdem ich eindringlich darauf hingewiesen hatte, daß die zu ergreifenden Maßnahmen rasch kommen müßten, schloß Kohler die Sitzung mit der Bemerkung, daß keine militärischen Gründe dafür bestünden, mehr alliierte Truppen nach Berlin zu verlegen. Was man im Auge habe, sei vor allem der psychologische Effekt auf die Berliner Bevölkerung und die Beeindruckung der Sowjetunion mit der Beschleunigung des schon in Gang gesetzten militärischen Programms („military build-up“)<sup>23</sup>, über dessen Verwirklichung man von Zeit zu Zeit öffentliche Mitteilungen machen könnte. Wenn diese Politik als richtig angenommen werde – und das sei bezüglich der amerikanischen Regierung auf Kabinetts-ebene und bei der höchsten Regierungsspitze der Fall –, könne man die anderen NATO-Partner bewegen, das gleiche zu tun, und zwar schnell. Es gehe darum, keine Gesten der Schwäche zu machen, sondern Gesten der Stärke.

[gez.] Grewe

**B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro)**

<sup>19</sup> Albert Watson.

<sup>20</sup> Zur Unterrichtung der amerikanischen Regierung über die vom Senat von Berlin geplanten lokalen Gegenmaßnahmen vgl. Dok. 271, Anm. 7.

<sup>21</sup> Am 18. August 1961 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), auf Nachfrage, „daß man zur Zeit dabei ist, in den Wein der öffentlich verkündeten lokalen Gegenmaßnahmen sehr viel Wasser zu gießen. Bei Verkündung der Gegenmaßnahmen hatte man diese noch nicht bis in ihre letzten Konsequenzen durchdacht. Es gibt eben kaum eine lokale Gegenmaßnahme, die nicht einen Bumerang-Effekt hätte.“ So werde hinsichtlich der Schließung von SED-Büros in Berlin (West) „äußerste Zurückhaltung geübt im Hinblick auf Repressalien gegen die in Ostberlin immer noch zugelassene, wenn auch nur ein Schattendasein fristende SPD“, deren Stellen immer noch wichtig für Kontakte seien. Auslaufen werde die Tätigkeit der Lohnausgleichskassen zum 31. August: „Mit dieser Aktion soll verhindert werden, daß mehrere Tausend Auspendler (Westberliner, die in Ost-Berlin arbeiten), die drüben eine Tätigkeit zugunsten des Zonenregimes ausüben, noch mit westlichen Steuergeldern subventioniert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 104; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>22</sup> Rohan Delacombe (Großbritannien) und Jean Lacomme (Frankreich).

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Rusk in der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 8. August 1961; Dok. 258, besonders Anm. 6 und 7.

## 276

**Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London,  
an das Auswärtige Amt**

114-5681/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 714  
Citissime

Aufgabe: 16. August 1961, 20.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. August 1961, 21.08 Uhr

Ich suchte heute nach meiner Rückkehr nach London zusammen mit Thierfelder Sir Evelyn Shuckburgh auf, um mit ihm vor allem die Lage in Berlin zu besprechen. Deutschlandreferent Killick war anwesend.

1) Im Foreign Office ist man der Auffassung, daß die Sperrung der Sektorengrenze nicht als erster Schritt bei der Verwirklichung der Chruschtschow'schen Berlin-Pläne anzusehen ist. Die Maßnahme sei wahrscheinlich sehr ungern, zwingend veranlaßt durch die Flüchtlingsbewegung<sup>2</sup>, ergriffen worden. Sie sei an sich für die sowjetische Stellung in der Weltöffentlichkeit nicht günstig. Dies sollte von uns – wie auch schon geschehen – propagandistisch ausgenützt werden. Darüber hinaus sollten wir aber, so meinte Sir Evelyn, auch überlegen, ob wir die für uns bei aller Tragik doch günstige Tatsache, daß die Sowjets eine sie so belastende Maßnahme ergreifen mußten, nicht ausnützen sollten. Man könnte daran denken, nunmehr von uns aus Verhandlungen zu fordern. Natürlich werde damit die Gefahr heraufbeschworen, daß die Sowjets diese sofort in die von ihnen gewünschten Friedensvertragsverhandlungen überzuleiten versuchen würden. Aber sollte man deshalb die jetzt sich bietende günstige Lage ganz ungenützt verstreichen lassen? Sir Evelyn machte klar, daß dies seine persönlichen Überlegungen seien. Er zeigte sich aber sehr interessiert, wie man in Bonn hierüber denke.

2) Für die heute abend stattfindende Botschafterbesprechung in Washington<sup>3</sup> sei das britische Mitglied<sup>4</sup> mit Weisungen versehen worden. Man sei im Foreign Office der Meinung, daß einzelne Gegenmaßnahmen, über die man sich jetzt schon einigen könne, möglichst schnell beschlossen und in die Tat umgesetzt werden sollten. Man solle nicht abwarten, bis über die größeren und kontroverseren Schritte Einigung erzielt sei. Vor allen Dingen solle der Protest der drei Regierungen in Moskau so rasch wie möglich eingelegt werden.<sup>5</sup> Der Entwurf sei britischerseits gebilligt worden.<sup>6</sup>

Die britische Regierung sei durchaus dafür, daß bei der Ausstellung der TTDs eine restriktive Politik eingeführt werde (Verweigerung für bestimmte Personen-

<sup>1</sup> Hat Gesandtem Ritter am 21. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch Drahtbericht vom 19.8. aus London über Gespräch mit Lord Home überholt. Nichts zu veranlassen.“ Vgl. dazu Anm. 11.

<sup>2</sup> Zur steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus der DDR vgl. Dok. 268, Anm. 4.

<sup>3</sup> Zur Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 16. August 1961 vgl. Dok. 277.

<sup>4</sup> Harold Caccia.

<sup>5</sup> Der Passus „Dingen solle ... eingelegt werden“ wurde von Gesandtem Ritter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist bereits geschehen.“

<sup>6</sup> Zur Erarbeitung des Notenentwurfs vgl. Dok. 270, Anm. 4, und Dok. 275, Anm. 4.

Für den Wortlaut der Note der Drei Mächte vom 17. August 1961 an die sowjetische Regierung vgl. DzD IV/7, S. 70f.

kreise, schleppende Behandlung usw.). Der generellen Sperre könne man aber nicht zustimmen, ebensowenig wie Amerikaner und Franzosen.<sup>7</sup> Sie lasse sich nur rechtfertigen, wenn die Bundesrepublik die entsprechenden Maßnahmen verhängte. Das könnte aber Rückwirkungen auf den Interzonenhandel haben, wodurch der Sowjetzone möglicherweise die Handhabe geboten werde, den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin zu behindern. Sir Evelyn sprach in diesem Zusammenhang von Selbstblockade. Die Auswirkungen könnten auf diese Weise sehr verhängnisvoll werden.

3) Im übrigen werde die britische Regierung nunmehr mit der Durchführung der am 8. August im NATO-Rat bereits angekündigten Maßnahmen zur Verstärkung der britischen Verteidigungsbereitschaft beginnen.<sup>8</sup> (Shuckburgh sagte, er habe kurz vor unserer Unterredung an abschließenden Besprechungen hierüber im Verteidigungsministerium teilgenommen.)

4) Die Schließung der Übergangsstelle Brandenburger Tor<sup>9</sup> sei für die Briten von besonderer Bedeutung, weil dies der einzige direkte Weg von der britischen zur Sowjetzone sei.

5) Shuckburgh will Donnerstag abend<sup>10</sup> zu Lord Home nach Schottland fahren und voraussichtlich Freitag nacht zusammen mit ihm nach London zurückkehren, wo Lord Home das Wochenende zu verbringen beabsichtige. Lord Home habe den Wunsch geäußert, mich zu sehen. Ich wäre dankbar, wenn ich rechtzeitig mit Weisung versehen würde, falls ich ihm bei dieser Gelegenheit etwas Besonderes mitzuteilen habe.<sup>11</sup>

[gez.] Herwarth

**B 130, Bd. 3483 A (AB 7)**

<sup>7</sup> Zur Haltung der Drei Mächte zu einer umfassenden TTD-Sperre vgl. Dok. 275.

<sup>8</sup> Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 8. August 1961 in Paris vgl. Dok. 258.

Am 17. August 1961 vermerkte Ministerialdirektor von Etzdorf, der britische Gesandte Rose habe mitgeteilt, daß der britische Botschafter Steel, der sich in Berlin (West) aufhalte, „heute einen Besuch im Ostsektor machen“ werde. Zudem würden folgende Maßnahmen durchgeführt: „a) Morgen, 18. d. M., werden 18 zusätzliche Panzerfahrzeuge in Berlin eintreffen. Dies wird vom Kriegsministerium als eine Routinemaßnahme veröffentlicht werden. b) Das Luftfahrtministerium wird heute veröffentlichen, daß die britische Luftwaffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik verstärkt wird. c) Eine Einheit wird von Mittel-Ost nach England verlegt, um die strategische Reserve aufzufüllen. d) Ein neues Raketen-Bataillon wird in die Bundesrepublik verlegt werden. e) Die Patrouillen an der Zonengrenze (Helmstedt/Braunschweig) werden verstärkt werden.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 84.

<sup>9</sup> Zur Schließung des Sektorenübergangs am Brandenburger Tor am 14. August 1961 vgl. Dok. 273, Anm. 5.

<sup>10</sup> 17. August 1961.

<sup>11</sup> Über das Gespräch mit dem britischen Außenminister berichtete Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, am 19. August 1961, er habe mit Lord Home die Maßnahmen durchgesprochen, die nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich seien, „um vor aller Welt glaubhaft zu machen, daß die Alliierten Berlin halten und verteidigen werden“. Lord Home habe angekündigt, die „Kampfkraft der britischen Rheinarmee werde verstärkt werden. [...] Es erscheine ihm militärisch richtiger, die in der Bundesrepublik stehenden Kräfte zu verstärken. Deshalb habe sich Großbritannien darauf beschränkt, symbolisch 40 gepanzerte Fahrzeuge auf dem Schienenwege nach Berlin zu entsenden.“ Zu der von der Bundesregierung gewünschten umfassenden TTD-Sperre habe der britische Außenminister Bedenken geäußert; er halte die inzwischen ausgeübte „Verzögerungstaktik“ und schärfere Prüfung von Anträgen durch das Allied Travel Office in Berlin augenblicklich für ausreichend. Schließlich habe Lord Home die Haltung zu der amerikanischen Idee erläutert, „unter Hinweis auf die durch die Maßnahme vom 13. August geschaffene Krisensituation Verhandlungen mit der Sowjetunion zu fordern. [...] Eine solche diplomatische Offensive halte er für notwendig, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß der Westen konstruktiv sei und nicht nur gewisse militärische Maßnahmen ergreife.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

## 277

**Botschafter Grewe, Washington,  
an Bundesminister von Brentano**

**114-139/61 streng geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1913**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 17. August 1961, 01.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 17. August 1961, 07.35 Uhr**

Bitte sofort auf den Tisch

Für Bundesminister, Staatssekretär<sup>2</sup> und MD v. Etzdorf ausschließlich

Anschluß Drahtbericht 1912 vom 16.8.<sup>3</sup>

Nach den letzten Sitzungen der Ambassadorial Group<sup>4</sup> stehen drei mögliche Reaktionen auf die letzten Ereignisse in Berlin zur Diskussion:

- 1) TTD- und Paßsperre für Zonenbewohner und Ostberliner;
- 2) Verstärkung der westlichen Garnisonen in Berlin und demonstrative Fortsetzung der Entsendung westlicher Militärpatrouillen in den Ostsektor, gleichzeitig Beschleunigung insbesondere auch des militärischen Aufbaus der Allianz, des Aufbaus der Bundeswehr;
- 3) sofortige Aufforderung an die Sowjetregierung, über die von ihr geschaffene Lage zu verhandeln.

Die drei Maßnahmen könnten auch kumulativ angewandt werden (nach amerikanischer Auffassung gilt das nur für 2 und 3). Sie sind weder einzeln noch zusammengenommen besonders eindrucksvoll.

Eine Beschränkung auf 3) dürfte im Hinblick auf die psychologische Lage in West-Berlin unmöglich sein; dieser Kurs dürfte nur in Verbindung mit 1) oder 2) möglich sein. Vorschlag 1) wird ebenfalls als schwächlich wirken, wenn er nicht umfassend angewandt wird und allenfalls Ausnahmemöglichkeiten für humanitäre und familiäre Fälle vorsieht.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat Bock am 17. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn D 7 vorzulegen.“

Hat Ministerialdirigent Northe am 17. August 1961 vorgelegen.

Hat Botschafter Duckwitz am 17. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch heutige Weisung beantwortet.“

Hat Gesandtem Ritter am 21. August 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Karl Carstens.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Washington, teilte am 16. August 1961 mit, er habe in der Washingtoner Botschaftergruppe am selben Tag die „vier wesentlichen Möglichkeiten des Eventualfalles“ und die Überlegungen der Bundesregierung dazu erläutert. Anschließend habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, die Frage aufgeworfen, ob in der Antwort auf die sowjetische Note vom 3. August 1961 „eine westliche Initiative zu Verhandlungen ergriffen werden“ solle. Dabei könne klargestellt werden, „daß die Sowjets durch ihre unverantwortlichen Maßnahmen einen Zustand der Labilität (‘instability’) in Mitteleuropa und eine gefährvolle Situation heraufbeschworen hätten [...] In dieser Lage sei es möglich, alsbaldige Verhandlungen unter vom Westen gestellten Bedingungen (‘on our terms of reference’) zu fordern.“ Es habe am Ende Übereinstimmung bestanden, daß die sowjetische Regierung auf „Verhandlungen, unter westlichen Bedingungen“ nicht eingehen“ würde. Eine eventuelle Verhandlungsinitiative solle aber weiter beraten werden. Vgl. B 130, Bd. 3590 A (AB 7).

<sup>4</sup> Zu den Sitzungen der Washingtoner Botschaftergruppe am 14. und 15. August 1961 vgl. Dok. 270 und Dok. 275.

Das Kernstück des Vorschlags 2) ist die Verstärkung der westlichen Garnisonen (die Fortsetzung der Patrouillenfahrten im Ostsektor ist keine neue Maßnahme).

Sie hat nur symbolische Bedeutung. Diese ist m. E. in ihrer psychologischen Auswirkung auf die Berliner nicht zu unterschätzen. Die Beschleunigung des Aufbaus der Bundeswehr ist m. E. dringend geboten. Solange wir nicht selbst bereit sind, zu handeln und nicht nur zu reden, steht unsere Kritik an der mangelnden Aktionskraft oder Aktionswilligkeit der Verbündeten auf schwachen Füßen. Auf keinen Fall können wir uns die im Oktober fälligen Entlassungen aus der Bundeswehr erlauben.<sup>5</sup> Die Schwäche des Vorschlags 2) liegt m. E. darin, daß es sich wieder um einen militärischen Zug handelt. Auch birgt er naturgemäß die Gefahr der „escalation“ in noch viel stärkerem Maße in sich als die TTD-Sperre, bei der man diese Gefahr fürchtete. Ob die Engländer mitziehen werden, ist mir zweifelhaft. Trotz allem scheint es mir unter den gegebenen Umständen notwendig, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Kohlers neuer Verhandlungsvorschlag erscheint mir sehr problematisch. Soweit er die Absicht verfolgt, die sowjetische Rechtsverletzung und Friedensgefährdung anzuprangern, müßte er konsequenterweise zu einem Schritt beim Sicherheitsrat der VN führen. Lädt man statt dessen die Sowjets an den Verhandlungstisch, um mit ihnen über den Fußtritt zu diskutieren, den man soeben erhalten hat, so werden sie das nur als ein Zeichen verächtlicher Schwäche auffassen.

Praktisch ist nicht einzusehen, wie der jetzt gemachte Verhandlungsvorschlag zu einem für uns erträglichen Ergebnis führen könnte. Er findet entgegen den Pariser Überlegungen<sup>6</sup> zu einem Zeitpunkt statt, in dem die bisher für erforderlich gehaltene Stärkeposition noch nicht erreicht ist.

Für den Fall, daß der Verhandlungsvorschlag „unter westlichen Bedingungen“ zurückgewiesen wird oder daß sich die Verhandlungen totlaufen, könnte dies möglicherweise gerade eine Beschleunigung der Krise zur Folge haben.

Es fällt auf, daß die Amerikaner diese ihnen vertrauten Überlegungen außer acht lassen, ebenso wie sie trotz des beabsichtigten Anklagetenors ihrer Verhandlungsinitiative nicht auf den bisher gepflegten Gedanken der Befassung der Vereinten Nationen zurückgegriffen haben. Es ist schwer, darin nicht eine über das Pariser Maß hinausgehende Tendenz zu sehen, die Krise durch ein Arrangement aufzufangen. Dieser Eindruck wird auch bestärkt durch die Bemerkung Kohlers, man brauche eine Ausweitung des Verhandlungsthemas durch die Sowjets nicht zu scheuen, man könne das sogar begrüßen.

Es ist sicher richtig, daß durch die Ereignisse der letzten Woche eine neue Lage entstanden ist, die dem Westen auch gewisse neue offensive Chancen bietet. Diese können allerdings kaum in einem Verhandlungsangebot und in der Atmosphäre einer diplomatischen Viererkonferenz ausgeschöpft werden, sondern allenfalls vor einem Forum, das sich wie<sup>7</sup> die Vereinten Nationen eines genügen-

<sup>5</sup> Zur Überlegung, die zum 1. Oktober 1961 fällige Entlassung von Zeitsoldaten und Wehrpflichtigen nach Ableistung ihres Wehrdienstes auszusetzen, vgl. Dok. 248.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris; Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „das wie“.

den Widerhalls in der Weltöffentlichkeit sicher sein kann. Angesichts der von Pankow ausgehenden Siegespropaganda und des Eindrucks, den ich von der Reaktion der deutschen Öffentlichkeit gewonnen habe, scheint es mir geboten, doch noch einmal mit Nachdruck kumulative eindrucksvolle Maßnahmen zu verlangen. Sie könnten in einer Verbindung solcher Vorschläge wie Verstärkung der westlichen Garnisonen, Wiederaufnahme des Gedankens wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen schon in der jetzigen Phase und der Befassung der Vereinten Nationen liegen.<sup>8</sup>

[gez.] Grewe

**B 130, Bd. 3590 A (AB 7)**

**278**

**Bundesminister von Brentano  
an Botschafter Grewe, Washington**

**MB 1181/61 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 995**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 17. August 1961, 14.40 Uhr<sup>1</sup>**

Für Botschafter

Auf Drahtbericht 1897 vom 16.8.<sup>2</sup>

Über die in Berlin entstandene Lage hat sich das Bundeskabinett am Dienstag und am Mittwoch eingehend unterhalten.<sup>3</sup> Außerdem fand gestern eine mehrstündige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt<sup>4</sup>; ein Teil der Beratungen wurde zusammen mit dem Gesamtdeutschen Ausschuß durchgeführt.

Ich unterrichte Sie nachstehend über die Ergebnisse dieser Besprechungen und bitte Sie, davon in geeigneter Weise Gebrauch zu machen:

I. In Teilen der deutschen Öffentlichkeit ist eine gewisse Enttäuschung über die zögernde und unsichere Reaktion der Alliierten gegenüber den jüngsten Maßnahmen der Sowjetzone deutlich zu erkennen. Um ein Beispiel aus der Presse zu nennen, verweise ich auf die gestrige Ausgabe der illustrierten Tageszeitung „Bild“<sup>5</sup>, die immerhin in einer Auflage von 3 1/2 Millionen erscheint.

<sup>8</sup> Zu den von Bundesminister von Brentano am selben Tag übermittelten Überlegungen der Bundesregierung vgl. Dok. 278

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor von Etzdorf, am 17. August 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 275.

<sup>3</sup> Zur Sondersitzung des Kabinetts am 15. August und zur Kabinettsitzung am 16. August 1961 vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1961, S. 234–238.

<sup>4</sup> Zur Sitzung am 16. August 1961 vgl. AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1957–1961, S. 1280–1337.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Artikel „Der Osten handelt – was tut der Westen? Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt ..., Macmillan geht auf die Jagd ..., ... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt“; BILD-ZEITUNG vom 16. August 1961, S. 1.



Auch in der gestrigen Sitzung des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Ausschusses wurden kritische Stimmen aus allen Parteien laut. Man sagte, daß es unverständlich sei, daß der Protest der alliierten Kommandanten in Berlin erst nach 60 Stunden in schriftlicher Form erhoben worden sei<sup>6</sup>; auch die zurückhaltende Form des Protestes wurde kritisiert.

Es besteht die Sorge, daß mündliche und schriftliche Proteste von der Sowjetunion nicht ernst genommen werden und daß die Sowjetunion und die Sowjetzone aus der zurückhaltenden Reaktion schließen könnten, daß die Alliierten letztlich doch entschlossen seien, sich mit den einseitigen Maßnahmen abzufinden; dabei werden diese Maßnahmen mit Recht in dem Entwurf der alliierten Protestnote<sup>7</sup> als eine flagrante Verletzung des Vier-Mächte-Status gekennzeichnet.

Es ist selbstverständlich, daß die Bundesregierung nach wie vor volles Vertrauen in die Haltung ihrer Verbündeten hat und daß sie auch in geeigneter Weise jedem Versuch entgegentritt, in die Haltung der Alliierten Zweifel zu setzen. Aber man muß verstehen, daß gerade in Berlin eine gewisse Unruhe besteht. Man betrachtet dort – zu Recht oder zu Unrecht – die am 13. August getroffenen Maßnahmen als ersten Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der sattsam bekannten Ankündigungen der Sowjetunion. Dies um so mehr, als die sowjetzonalen Behörden sich wiederholt auf die einmütige Empfehlung der Staaten des Ostblocks und der Sowjetunion<sup>8</sup> bezogen haben. Darum wird auch in Berlin die Befürchtung laut, daß eine unsichere Reaktion des Westens auf die ersten Maßnahmen die Sowjetunion und die Sowjetzone geradezu veranlassen könnten, in absehbarer Zeit auch den zweiten Schritt zu tun.

Auch aus der Zone selbst hören wir besorgte Äußerungen. Die Stimmung dort ist naturgemäß auf den Nullpunkt gesunken, weil die letzten Möglichkeiten, in die Freiheit zu fliehen, abgeschnitten sind. Die Tatsache, daß Volksarmee, Volkspolizei, Kampfgruppen und Teile der sowjetrussischen Kontingente in Alarmzustand versetzt sind, erhöht diese Besorgnis. Der hiesige britische Botschafter hat mir bestätigt, daß nach den Informationen seiner Regierung zwei vollgerüstete russische Divisionen westlich von Berlin eingesetzt worden seien.<sup>9</sup> Diejenigen Stellen, die die sowjetzonalen Nachrichten in Presse und Rundfunk verfolgen, weisen darauf hin, daß die Tonart herausfordernder geworden sei. In den nächsten Tagen<sup>10</sup> habe man sich sorgfältig bemüht, darauf hinzuweisen, daß die Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet seien; jetzt kündige man schon an, daß weitere Maßnahmen folgen würden.<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Schreibens der Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) vom 15. August 1961 an den sowjetischen Stadtkommandanten Solowjow vgl. DzD IV/7, S. 43 f.

<sup>7</sup> Zur Verabschiedung des Entwurfs einer Protestnote der Drei Mächte in der Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 15. August 1961 vgl. Dok. 275, Anm. 4.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 12. August 1961; Dok. 270, Anm. 9.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des britischen Botschafters Steel vom 14. August 1961; Dok. 268.

<sup>10</sup> Mit Drahterlaß Nr. 998 wies Ministerialdirektor von Eitzdorf die Botschaft in Washington am 17. August 1961 an, die Wörter „In den nächsten Tagen“ zu streichen. Dafür sei einzusetzen: „In den ersten Tagen“. Vgl. B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>11</sup> Der Innenminister der DDR, Maron, ordnete am 22. August 1961 weitere Einschränkungen im Innerberliner Verkehr an. Vgl. dazu Dok. 291, Anm. 5.

Ich brauche nicht auf die Gefahr hinzuweisen, die daraus entstehen könnte, daß die Unruhe in West-Berlin oder in der Zone zu unüberlegten Handlungen führen könnte. Die Bundesregierung und auch der Senat der Stadt Berlin bemühen sich selbstverständlich, beruhigend zu wirken.

II. Angesichts dieser Unruhe halte ich es für erforderlich, daß doch Schritte unternommen werden, die offenkundig machen, daß die Alliierten Berlin halten und verteidigen werden. Ich begrüße darum auch die amerikanischen Anregungen,

- 1) die alliierten Garnisonen in Berlin zu verstärken,
- 2) die Kampfkraft der NATO durch Entsendung amerikanischer, britischer und französischer Truppen zu erhöhen,
- 3) darauf einzuwirken, daß die alliierten Garnisonen in West-Berlin im Straßenbild erscheinen.

Den Gedanken des Unterstaatssekretärs Kohler, die Entsendung alliierter unbewaffneter Patrouillen in den Ost-Sektor zu verstärken, halte ich dagegen für bedenklich. Wir müssen damit rechnen, daß dann auch sowjetische Patrouillen in West-Berlin verstärkt auftauchen. Das könnte zu Kurzschlußhandlungen der Berliner Bevölkerung führen.

Dagegen sollte der Gedanke, alliierte Patrouillen auf der Autobahnstrecke Helmstedt–Berlin verkehren zu lassen, geprüft werden. Diese Patrouillen sind vor einigen Jahren aus uns unbekannten Gründen eingezogen worden.<sup>12</sup>

III. Die von amerikanischer und englischer Seite vorgebrachten Argumente gegen die Einstellung von TTDs sind nicht überzeugend. Ich glaube, daß wir hier ein Instrument in der Hand haben, das um so wirkungsvoller sein wird, je konsequenter und je länger es gehandhabt wird. Durch die Anwendung einer solchen Maßnahme werden nicht nur unerwünschte Reisen sowjetzonaler Funktionäre, die als Handelsvertreter, Wissenschaftler oder Sportler getarnt sind, verhindert werden. Bei konsequenter Anwendung des Verbots der Ausstellung solcher Dokumente oder der Verlängerung bereits erteilter Visen und Aufenthaltsgenehmigungen wäre die Sowjetzone gezwungen, die ohnehin unerwünschten Vertretungen und Büros in den westlichen Ländern im Laufe der Zeit abzubauen.

Ich bitte, diese Überlegungen noch einmal zur Diskussion zu stellen. Die Bemerkung von Herrn Kohler, daß entsprechende Instruktionen für eine restriktive Handhabung der Ausstellung solcher Papiere bereits gegeben seien, ist mir vorläufig noch unklar; ich bitte um genauere Angaben.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Am 18. August 1961 teilte Botschafter Grewe, Washington, mit, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, habe zugesagt, „daß man die Patrouillen wieder einsetzen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>13</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 18. August 1961, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, hinsichtlich einer umfassenden TTD-Sperre „trotz erneuter Darlegung unserer Gedankengänge bei der beharrlich ablehnenden Haltung, die offenbar von sehr hoher Stelle vorgeschrieben ist“, geblieben sei: „Kohler nannte die TTD-Sperre einen ‚Flohbiß an einem Elefanten‘.“ Allerdings sei beabsichtigt, stillschweigend TTDs und Visen restriktiver zu erteilen als bisher. Auch der britische Botschafter in Washington, Caccia, habe sich mit einer restriktiveren Handhabung einverstanden erklärt. Der französische Vertreter habe ausgeführt, „daß seine Regierung eine völlige Einstellung der Ausgabe von TTDs und Visen befürworte, allerdings auch nicht als öffentlich angekündigte ‚Gegenmaßnahme‘, sondern auf internem administrativem Wege“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

Wenn die Vermutung auftauchen sollte, die Bundesrepublik werde eine durch solche Maßnahmen bedingte Verminderung des Handels der Zone mit anderen Ländern durch erhöhte deutsche Lieferungen im Interzonenverkehr ausgleichen, so bitte ich darauf hinzuweisen, daß wir uns selbstverständlich streng an die Grenzen halten werden, die durch die im Vertrag<sup>14</sup> vereinbarten Kontingente gezogen sind. Diese Kontingente werden von uns keinesfalls erhöht werden. Die Bundesregierung hat vielmehr schon mit maßgeblichen Vertretern der deutschen Wirtschaft gesprochen, um sie zu veranlassen, Lieferungen dieser Art, auch wenn sie vertraglich vereinbart oder zugesichert sind, hinauszuzögern.

Das wirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik am Interzonenhandel ist minimal. Wir sehen in Übereinstimmung mit den Alliierten von einem Abbruch dieses Handels nur deswegen ab, weil seine Fortführung mit dem freien Verkehr für Menschen und Waren zwischen Berlin und der Bundesrepublik gekoppelt ist.

IV. Alle deutschen Vorschläge sollen nur dem Ziele dienen, die letzten Konsequenzen der jetzigen Krise zu vermeiden.

Darum glaubt die Bundesregierung auch, daß spektakuläre Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen Sektor – also ein kleines oder großes Embargo – im Augenblick nicht durchgeführt werden sollten. Sie könnten Gegenmaßnahmen auslösen. Der Zeitpunkt für die Anwendung solcher Maßnahmen ist nach Meinung der Bundesregierung noch nicht gekommen. Wir sollten sie für den Fall einer Abschnürung Berlins weiter vorbereiten.

V. Der Gedanke<sup>15</sup> der amerikanischen Regierung, unter Hinweis auf die durch die Maßnahme vom 13. August geschaffene kritische Situation Verhandlungen mit der Sowjetunion zu fordern<sup>16</sup>, scheint mir durchaus erwägenswert. Selbstverständlich haben wir es nicht in der Hand, ob solche Verhandlungen akzeptiert oder ggfs. sachlich geführt werden. Auf der anderen Seite ist aber eine solche Forderung nach Verhandlungen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in allen Ländern wohl eine zweckmäßige Maßnahme. Sie wird es der Sowjetunion erschweren, wenn nicht unmöglich machen, weitere Einzelmaßnahmen zu ergreifen, und wird auch die Ernsthaftigkeit der westlichen Bemühungen, es nicht zu einer militärischen Krise kommen zu lassen, unterstreichen.

Ich glaube darum auch, daß die von Ihnen geäußerten Bedenken<sup>17</sup> nicht durchschlagend sind. Insbesondere glaube ich, daß es richtiger ist, einen solchen Vorschlag zu machen<sup>18</sup>, bevor man auf den in seinen Aussichten höchst pro-

<sup>14</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 vgl. Dok. 4, Anm. 3.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „Den Gedanken“.

<sup>16</sup> Zu entsprechenden amerikanischen Überlegungen vgl. Dok. 277, Anm. 3.

<sup>17</sup> Zu den Bedenken des Botschafters Grewe, Washington, vgl. Dok. 277.

<sup>18</sup> Botschafter Grewe, Washington, informierte am 18. August 1961 über die Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe vom selben Tag zu einer Verhandlungsinitiative: „Es schälten sich in der Hauptsache drei Möglichkeiten heraus: Einleitung von Verhandlungen während der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September (wie in Paris in Aussicht genommen), alsbaldige westliche Verhandlungsinitiative (Kohler), alsbaldige Sondierung von Verhandlungsmöglichkeiten (Caccia).“ Von britischer Seite sei dazu eine Aufzeichnung vorgelegt worden, in der ein Aufruf an die UdSSR zu Verhandlungen als zwar attraktiv auch mit Blick auf die öffentliche Meinung, aber „essentially a polemical move“ bezeichnet werde. Die britische Regierung spreche sich daher dafür aus, zunächst auf diplomatischem Wege bei der sowjetischen Regierung Verhandlungsmöglichkeiten zu sondieren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1941; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

blematischen Ausweg verfällt, die Vereinten Nationen mit der ganzen Frage zu beschäftigen.

VI. Heute meldet die Presse, daß Sie nach der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses gewisse kritische Äußerungen gegenüber einem Journalisten gemacht haben sollen.<sup>19</sup> Der „Nachrichtenspiegel“ teilt mit, daß Sie Enttäuschung geäußert und hinzugefügt hätten, daß es eine gewisse Unzufriedenheit gäbe, die ein Grund mehr sei, die Arbeiten der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe zu beschleunigen. Ich bitte Sie dringend, sich kritischer Kommentare gegenüber der Presse zu enthalten. Zur Begründung verweise ich auf Ziffer I. dieser Weisung. Es darf nichts geschehen, was dazu führen könnte, die Verstimmung, die in einzelnen deutschen Kreisen herrscht, zu verstärken. Insbesondere darf nichts geschehen, was dazu führen könnte, in Deutschland eine Vertrauenskrise gegenüber unseren westlichen Verbündeten auszulösen. Wir müssen vielmehr immer wieder auf die ungeheure Verantwortung verweisen, die auf unseren Verbündeten lastet, und unsere feste Zuversicht kundgeben, daß die Solidarität des westlichen Bündnissystems sich auch und gerade in dieser Krise bewähren wird.<sup>20</sup>

[gez.] Brentano

**B 130, Bd. 8464A (Ministerbüro)**

<sup>19</sup> In der Presse wurde berichtet, daß Botschafter Grewe, Washington, gegenüber Reportern „certain disappointment“ in der Bundesrepublik erwähnt habe: „And he said that he and his colleagues no longer were considering ‚immediate aspects‘ of the Berlin situation but were dealing with future moves.“ Vgl. den Artikel „Allies Sticking to Stand: Limited Berlin Reaction“, NEW YORK HERALD TRIBUNE, European Edition vom 17. August 1961, S. 1.

<sup>20</sup> Botschafter Grewe, Washington, antwortete am 22. August 1961, anders als bei seinen internen Stellungnahmen in der Washingtoner Botschaftergruppe habe er sich „in der Öffentlichkeit jeder dramatisierenden Stellungnahme enthalten. Namentlich habe ich weder persönlich noch namens der Bundesregierung irgendwelche Gefühle der Enttäuschung oder Unzufriedenheit geäußert.“ Allerdings habe er auf Fragen von Journalisten „bestätigt, daß es in der Berliner und der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Stimmung der Enttäuschung und der Ungeduld gebe, die aber [...] bald behoben sein werde, da man entschlossen sei, gewisse tatsächliche Maßnahmen zu treffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1958; B 130, Bd. 8414A (Ministerbüro).

## 279

**Botschafter Grewe, Washington,  
an Bundesminister von Brentano**

114-141/61 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 1929  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 17. August 1961, 22.50 Uhr  
Ankunft: 18. August 1961, 04.00 Uhr

Sofort auf den Tisch

Für Bundesminister<sup>1</sup>, Staatssekretär<sup>2</sup> und Ministerialdirektor von Eitzdorf ausschließlich

Mit Bezugnahme auf Drahtberichte Nr. 1917<sup>3</sup> und 1928<sup>4</sup>, beide vom 17.8. geh. Außenminister Rusk bat die Lenkungsgruppe heute abend zu sich, um folgendes mitzuteilen:

Die amerikanische Regierung sei besorgt, daß die Moral der Westberliner Bevölkerung unter dem Eindruck, daß keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, absinke. Man könne nicht verkennen, daß die Ereignisse vom 13.8. eine dramatische Wirkung hätten, obwohl davon nicht notwendigerweise lebenswichtige Interessen berührt würden. Der Vorstellung, daß die Weigerung der Westmächte, vergeltende „Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen, die Sicherheit Westberlins beeinträchtige, müsse entgegengewirkt werden.

Nach intensiver Beratung mit dem Präsidenten<sup>5</sup> habe dieser daher beschlossen,

- 1) die amerikanische Garnison in Westberlin zu verstärken,
- 2) Staatspräsident de Gaulle und Premierminister Macmillan vorzuschlagen, daß die drei Regierungschefs eine gemeinsame Erklärung herausgeben,
- 3) Vizepräsident Johnson nach Bonn und Berlin zu entsenden und dabei seine Antwort auf den Brief des Regierenden Bürgermeisters von Berlin<sup>6</sup> überbringen zu lassen.<sup>7</sup>

Zu 1) Die amerikanische Garnison in Berlin werde durch eine „battle group“, deren Kopfstärke zwischen 1500 und 1800 Mann liege, verstärkt werden. Die

<sup>1</sup> Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen, der den Geheimhaltungsgrad „streng geheim“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „H[err] Bundeskanzler – Der Inhalt darf in der Plenarsitzung nicht erwähnt werden!“

<sup>2</sup> Karl Carstens.

<sup>3</sup> Am 17. August 1961 teilte Botschafter Grewe, Washington, mit, das amerikanische Außenministerium sei mit dem Entwurf einer Antwort des Präsidenten Kennedy auf das Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 15. August 1961 befaßt: „In dem jetzt vorliegenden Entwurf wird die Proklamation eines Drei-Mächte-Statuts für West-Berlin und die Einschaltung der Vereinten Nationen abgelehnt.“ Vgl. B 130, Bd. 8464 C (Ministerbüro).

<sup>4</sup> Zum Drahtbericht Nr. 1928 des Botschafters Grewe, Washington, vgl. Dok. 275, Anm. 13 und 16, sowie Dok. 278, Anm. 12 und 13.

<sup>5</sup> John F. Kennedy.

<sup>6</sup> Zum Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 15. August 1961 an Präsident Kennedy und dessen Antwort vom 18. August 1961 vgl. Dok. 282, Anm. 11 und 12.

<sup>7</sup> Dieser Absatz sowie die Wörter „Bonn“ und „Berlin“ wurden von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Unter Umständen schon morgen?)“

Einheit werde von einer amerikanischen Division in Deutschland abgezogen und über die Autobahn nach Berlin in Marsch gesetzt werden. Diese Maßnahme wird öffentlich angekündigt werden, und zwar unabhängig von der vorgeschlagenen Erklärung der drei Regierungschefs, aber etwa zur gleichen Zeit.<sup>8</sup>

Rusk bat erneut, daß die beiden anderen Regierungen ebenfalls ihre Garnisonen in Westberlin verstärken, und zwar möglichst durch eine geschlossene militärische Einheit, im Falle Großbritanniens (über das in der heutigen Mittagssitzung der Lenkungsgruppe angekündigte Maß<sup>9</sup> hinaus) z. B. durch ein verstärktes Bataillon. Damit solle keine Verpflichtung verbunden sein, die Verstärkung der Garnisonen auf die Dauer aufrechtzuerhalten; aber es wäre gut, wenn dies „für einige Zeit“ geschähe.<sup>10</sup>

Zu 2) Präsident Kennedy richtet heute abend einen Brief an Staatspräsident de Gaulle und Premierminister Macmillan, in dem er unter Hinweis auf die psychologischen Folgen der Entwicklung seit dem Wochenende<sup>11</sup> einen Appell zur sofortigen Verstärkung der britischen und der französischen Garnison ausspricht und den Text für eine gemeinsame Erklärung vorschlägt, die spätestens Samstag veröffentlicht werden soll.<sup>12</sup>

Die Erklärung soll die alliierte Garantie für Westberlin in dieser Lage erneut bekräftigen und der sich bildenden Meinung vorbeugen, daß die Nichtergreifung eigentlicher Gegenmaßnahmen ein Anzeichen für das Schwinden der Sicherheit Westberlins sei.

Die beiden Briefe des Präsidenten werden in Paris und London zugestellt, wobei man sich der Schwierigkeit bewußt ist, da sich beide nicht in den Hauptstädten

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Pressesprechers des Weißen Hauses, Salinger, vom 18. August 1961; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 45 (1961), S. 392, Anm. 2.

Am 19. August 1961 berichtete Botschafter von Walther, Paris (NATO), daß der Ständige NATO-Rat in einer Sondersitzung über die Entscheidung des Präsidenten Kennedy informiert worden sei, die amerikanischen Truppen in Berlin zu verstärken: „Es handelt sich um eine Kampfgruppe des 18. Infanterieregiments der 8. US-Division, verstärkt durch eine Batterie 105-mm-Haubitzen, eine LKW-Kompanie, einen Werkstatt-Zug (ordnance) und eine Pionier-Kompanie. Diese Kampfgruppe wird im Laufe des 19.8. von Mannheim nach Gegend Helmstedt (Biwak) verlegt und von dort aus am 20.8. früh die Fahrt auf der Autobahn nach Berlin antreten, wo sie im Laufe des 20.8. eintreffen soll.“ Der amerikanische Vertreter habe betont, damit sei „keine ‚militärische probe‘ und keine Provokation beabsichtigt“, sondern es solle „lediglich der West-Berliner Bevölkerung moralisch der Rücken gestärkt werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 799; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>9</sup> In der Mittagssitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am 18. August 1961 erklärte der britische Botschafter Caccia, „daß man in London für eine Verstärkung der Westberliner Garnison sei, und zwar, obwohl militärisch belanglos, aus symbolischen Gründen. Eine Mannschaftsverstärkung ginge jedoch auf Kosten der britischen Rheinarmee und werde im Augenblick nicht in Aussicht genommen.“ Statt dessen wolle man 18 Panzer „und eine ähnliche Zahl Panzerwagen zur Verstärkung nach Berlin schicken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928 des Botschafters Grewe, Washington, vom selben Tag; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>10</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), gab am 19. August 1961 die Information des britischen Vertreters in der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats weiter, daß „bereits in der vergangenen Nacht 18 Eintonner-Fahrzeuge und 16 armoured cars auf der Autobahn nach Berlin entsandt worden“ seien. Von französischer Seite sei die Verlegung von „drei Kompanien Fallschirmjäger in Stärke von ca. 1000 Mann nach Berlin“ in Aussicht gestellt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 799; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>11</sup> 12./13. August 1961.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Kennedy vom 17. August 1961 an Premierminister Macmillan vgl. DBPO III/VI, Dok. 296.

Zum Schreiben vom selben Tag an Staatspräsident de Gaulle vgl. DDF 1961, II, S. 317, Anm. 1.

aufhalten.<sup>13</sup> Dennoch hofft man, daß bis morgen, Freitag, 15 Uhr hiesiger Zeit, das grundsätzliche Einverständnis mit der Abgabe einer gemeinsamen Erklärung vorliegt<sup>14</sup>, so daß die Lenkungsgruppe sich alsdann mit der endgültigen Formulierung des Textes befassen kann.<sup>15</sup>

Zu 3) In Ausführung des schon in der heutigen Mittagssitzung von Kohler vorgebrachten Gedankens, eine hohe politische und vielleicht auch militärische Persönlichkeit nach Berlin zu entsenden, wird Präsident Kennedy Vizepräsident Johnson beauftragen, Berlin am bevorstehenden Wochenende (wahrscheinlich in Begleitung von General Clay) einen Besuch abzustatten. Es sei selbstverständlich, daß er bei dieser Gelegenheit auch in Bonn Station machen werde.<sup>16</sup> Der Vizepräsident wird in Berlin die Antwort des Präsidenten auf den Brief des Regierenden Bürgermeisters übergeben.<sup>17</sup> Ein erster Hinweis auf den wahrscheinlichen Inhalt der Antwort ist mit Bezugsbericht Nr. 1917 geh. bereits übermittelt worden.

Der Sinn dieser Maßnahmen und Vorschläge ist, wie der Außenminister noch einmal betonte, die Moral Westberlins und der deutschen Öffentlichkeit zu stärken, ohne dabei die Unterschiede zwischen dem Problem, das durch die sowjetzonalen Maßnahmen vom 13.8. geschaffen wurde, und den anderen Problemen um Berlin zu verwischen.

Unter Zustimmung des Außenministers wies Kohler mit Bedauern, aber mit großem Nachdruck darauf hin, daß noch nichts von diesen Maßnahmen und Vorschlägen in der Regierungserklärung oder sonst in der morgigen Sitzung des Bundestages verlauten dürfe.<sup>18</sup> Die rechtzeitige Unterrichtung der Bundesregierung über das, was beschlossen und geplant sei, werde ihr jedoch für die Bestimmung des Tenors der Regierungserklärung und des Verlaufs der Debatte<sup>19</sup> von Nutzen sein.<sup>20</sup>

[gez.] Grewe

**B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro)**

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

Staatspräsident de Gaulle befand sich im Urlaub in Colombey-les-Deux-Églises, Premierminister Macmillan in Bolton Abbey.

<sup>14</sup> Staatspräsident de Gaulle antwortete am 18. August 1961 mit einem eigenen Entwurf für eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Drei Mächte. Vgl. dazu DE GAULLE, LETTRES 1961–1963, S. 126 f.

Premierminister Macmillan antwortete ebenfalls am 18. August 1961 mit einem eigenen Entwurf. Für den Wortlaut vgl. DBPO III/VI, Dok. 309.

<sup>15</sup> Die Washingtoner Botschaftergruppe beriet am 18. August 1961 über den amerikanischen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung der Staats- bzw. Regierungschefs der Drei Mächte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1938 des Botschafters Grewe, Washington, vom selben Tag; B 130, Bd. 3590 A (AB 7).

<sup>16</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Johnson am 19. August 1961 vgl. Dok. 282.

<sup>17</sup> Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson am 19./20. August 1961 in Berlin (West) vgl. Dok. 283, Anm. 10.

<sup>18</sup> Der Passus „aber mit großem Nachdruck ... verlauten dürfe“ wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 18. August 1961 im Bundestag und zur anschließenden Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9769–9789.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano mit Ausrufezeichen hervorgehoben.

Das Presse- und Informationsamt gab am Abend des 18. August 1961 eine Mitteilung der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ über den bevorstehenden Besuch des Vizepräsidenten

## 280

**Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-142/61 streng geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1927**  
**Cito**

**Aufgabe: 17. August 1961, 23.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 18. August 1961, 05.00 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1901 vom 16.8. streng geheim<sup>2</sup>

Untergruppe für militärische Fragen der Botschafter-Lenkungsgruppe befaßte sich heute mit den Aufträgen gemäß Absatz VI der Beschlüsse der Außenministerkonferenz vom 6. August.<sup>3</sup>

1) Übergang der Verantwortung von Live Oak auf SHAPE. Nitze berichtete über die Gespräche, die er während seines Pariser Aufenthalts mit Norstad gehabt hat.<sup>4</sup> Norstad hat nach Gesprächen mit britischen und französischen militärischen Stellen sowie mit Generalsekretär Stikker den Live-Oak-Stab von dem amerikanischen Hauptquartier in das von SACEUR verlegt.

Norstad sei der Auffassung, daß dadurch noch bessere Koordinierung zwischen Live Oak und SHAPE gewährleistet sei und Übergang des Befehls weder technische noch Kommando-Probleme aufwerfe. Zusätzliche Instruktionen von der Botschafter-Lenkungsgruppe seien daher nach Norstads Ansicht weder erwünscht noch notwendig.

Britischer Vertreter, Lord Hood, unterstrich, daß nach britischer Auffassung doch eine Direktive für den Zeitpunkt des Kommandoübergangs von den Drei Mächten auf NATO erforderlich sei. Auf die Erklärung Nitzes, daß dieser Zeitpunkt wohl bei Anwendung physischer Gewalt durch die Sowjets an der Autobahn gegeben wäre, erwiderte Lord Hood, daß er darauf mangels Instruktionen einen Vorbehalt einlegen müsse. Für deutsche Delegation wies Sahm weisungs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1188*

Johnson, „zusammen mit dem ehemaligen amerikanischen Militärbefehlshaber in Deutschland, General Lucius D. Clay“, in der Bundesrepublik und Berlin (West) weiter. Vgl. das Fernschreiben an Bundesminister von Brentano; B 32 (Referat 305), Bd. 129.

<sup>1</sup> Der Drahtbericht wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm und dem Chef des Stabes im Führungsstab der Bundeswehr, Schnez, beide z. Z. Washington, konzipiert.

Hat Botschafter Duckwitz vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Northe, Gesandten Ritter und Referat 700 verfügte.

Hat Northe am 18. August 1961 vorgelegen.

Hat Ritter am 18. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an „Herrn Scheske (301) z[ur] K[enntnis]“ verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Legationsrat I. Klasse Scheske am 19. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für [Referat] 301 eine Ablichtung genommen.“

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Washington, informierte darüber, daß am 17. August 1961 die Untergruppe „Militärische Fragen“ der Washingtoner Botschaftergruppe „unter dem Vorsitz von Paul Nitze [...] in Vorberatungen der neuen Aufträge für Live Oak eintreten“ werde. Vgl. B 130, Bd. 3590 A (AB 7).

<sup>3</sup> Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

In Absatz VI ihrer Beschlüsse beauftragten die Außenminister die Washingtoner Botschaftergruppe mit der Überarbeitung der militärischen Eventualfallplanung für Berlin und der Erarbeitung neuer Direktiven „for Live Oak and other military authorities“. Vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 101, S. 318.

<sup>4</sup> Zu den Ende Juli 1961 geführten Gesprächen vgl. NITZE, Hiroshima, S. 200 f.



gemäß<sup>5</sup> darauf hin, daß Live Oak im wesentlichen mit Planungsaufgaben betraut sei und keine operativen Funktionen übernehmen sollte. Sowohl für Live Oak wie für NATO-Operation sollte nach Möglichkeit ein und derselbe Befehlsstrang verwendet werden (eventuell Personalunion). Insbesondere wies er darauf hin, daß eine isolierte Aktion im Rahmen von Live Oak schwer vorstellbar sei ohne gleichzeitige umfassende, vorbereitende NATO-Maßnahmen.

Französischer Vertreter – Botschaftsrat Winckler – unterstrich, daß Abgrenzung der Verantwortlichkeiten der Drei Mächte, der vier Mächte und der NATO definiert werden müßte.

Nitze erklärte hierzu, es sei klar, daß die Ausübung der Rechte der Besatzungsmächte Sache der Drei sei, allerdings in gewisser Verbindung mit den Deutschen.

## 2) Neue Weisungen für Live Oak und andere militärische Stellen

Nitze kündigte Vorlage eines revidierten amerikanischen Entwurfs<sup>6</sup> innerhalb der nächsten Tage an. Dieser berücksichtige die den Amerikanern inzwischen zugeleiteten Anregungen von Norstad.

Lord Hood erklärte, daß nach britischer Auffassung Direktiven an General Norstad, nicht aber an die militärischen Stellen der Drei Mächte gerichtet werden sollten und daß sie sich auf politische Richtlinien und ein allgemeines Konzept für die Überprüfung der bestehenden Live-Oak-Pläne und für zusätzliche Planungen beschränken müßten. Delegation werde entsprechenden Entwurf Ende nächster Woche vorlegen.<sup>7</sup>

Botschaftsrat Winckler erklärte, daß seiner Delegation gewisse Weisungen vorlägen und er ermächtigt sei, folgendes zu erklären:

- a) Die französische Regierung sei mit der Verstärkung der konventionellen Kräfte, insbesondere der vier Mächte, einverstanden. Diese Verstärkung dürfe jedoch nicht zu einer Änderung des bestehenden strategischen Konzepts der NATO<sup>8</sup> führen. Wenn man glaube, daß die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte eine Änderung des strategischen Konzepts zulasse, so sei das eine Illusion.
- b) Die französische Regierung sei ferner gleichfalls der Ansicht, daß auf sowjetische Störungsmaßnahmen progressiv reagiert werden sollte. Allerdings sollte sich der Westen in der ersten Phase auf die Sicherung des Luftzugangs konzentrieren. Nach französischer Auffassung sei eine zusätzliche Planung erforderlich, weil Klarheit über das Ausmaß der Luftsicherungsmaßnahmen geschaffen werden müsse. Die Gegenaktion hat sich gegen die Flug- und Missile-Basen zu richten, was die Gefahr einer Ausdehnung der Aktion bedeuten könnte.
- c) Bodenoperationen sollten nach französischer Auffassung erst als letzter Ausweg ins Auge gefaßt werden, und zwar nur, wenn die Berliner Garnison angegriffen wird oder ernste Unruhen in der Sowjetzone ausbrechen sollten.
- d) Schließlich sollten die Planungen auf keinen Fall irgendeinen Automatismus in den militärischen Maßnahmen vorsehen.

<sup>5</sup> Zur Weisung vom 11. August 1961 vgl. Dok. 264.

<sup>6</sup> Zur Vorlage eines ersten amerikanischen Instruktionsentwurfs in der Sitzung der Arbeitsgruppe hoher Beamter der Drei Mächte und der Bundesrepublik am 3. August 1961 in Paris vgl. Dok. 252.

<sup>7</sup> Botschafter Grewe, Washington, übermittelte den britischen Entwurf am 25. August 1961. Vgl. dazu Dok. 301.

<sup>8</sup> Zum strategischen Konzept der NATO vom 23. Mai 1957 (MC 14/2) vgl. Dok. 45, Anm. 18.

Nachdem Nitze auch Luftaktionen als eine wichtige Möglichkeit bezeichnete, schlug Winckler vor, Norstad mit der Erarbeitung eines Katalogs von möglichen Gegenaktionen zu beauftragen. Die Aussprache dazu ergab, daß in diesem Zusammenhang auch die Frage der Beschränkung möglicher Gegenaktionen auf Zentraleuropa oder Ausdehnung auf andere Gebiete geprüft werden sollte.

Nitze stellte die Möglichkeit zur Diskussion, daß unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages<sup>9</sup> der militärische Luftverkehr durch die Sowjetzone mit Gewalt gestört werde. Von französischer Seite wurde angeregt, die Botschafter-Lenkungsgruppe möge eine militärische Arbeitsgruppe beauftragen, die Frage des Timings für westliche Gegenaktionen bei der Verhinderung des militärischen Luftverkehrs nach Berlin zu prüfen.

Sahm erklärte, daß deutsche Delegation französischer Auffassung weitgehend zustimmen könne. Insbesondere gelte das für die Ausführungen zum strategischen Konzept der NATO, zur Verhinderung des Automatismus in der Abfolge der Gegenaktionen und zur Erstellung eines Katalogs möglicher Gegenmaßnahmen. In diesem Zusammenhang sollten nicht nur die Fragen von Luft- und Bodenaktionen geprüft werden, sondern auch Maßnahmen auf See. Die Außenminister hätten selber den Gedanken einer Blockade erwogen.

Zu den Ausführungen der französischen und deutschen Delegation über die NATO-Strategie bemerkte Nitze, daß diese der Verteidigung gegen einen sowjetischen Angriff gelte. Jetzt gehe es nicht um die Abwehr einer Invasion des NATO-Gebiets, sondern um unsere Aktionen im Falle der Sperrung des Zugangs nach Berlin. Das aber sei eine andere Sache. Es frage sich jetzt, welche Maßnahmen nach der Sondierungsaktion ergriffen werden müssen. Der in der NATO-Strategie festgelegte Grundsatz, daß NATO kein Konzept für den beschränkten Krieg habe, sei hier nicht anwendbar.

Die Arbeitsgruppe vertagte sich in der Erwartung der Vorlage der amerikanischen Entwürfe auf die nächste Woche.<sup>10</sup>

Dann wird Gelegenheit sein, die in der heutigen allgemeinen Diskussion angeschnittenen Punkte im einzelnen zu diskutieren. Deutsche Delegation wird dabei weiter bemüht sein, Gesichtspunkte der Weisung durchzusetzen.

Zusatz für Bundesverteidigungsministerium<sup>11</sup>:

Den Delegationen Frankreichs und Großbritanniens gehörten u. a. die militärischen Vertreter dieser Länder bei der Standing Group<sup>12</sup> an.

[gez.] Grewe

**B 130, Bd. 3590A (AB 7)**

<sup>9</sup> Zur sowjetischen Absicht, mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, vgl. zuletzt Dok. 256, Anm. 1, und Dok. 274.

<sup>10</sup> Botschafter Grewe, Washington, teilte am 22. August 1961 mit: „In heutiger Sitzung der Untergruppe für militärische Fragen der Botschafterlenkungsgruppe wurden je ein Entwurf der amerik[anischen] Delegation und von General Norstad für die Weisungen über den militärischen Teil der Contingency-Planung vorgelegt.“ Grewe übermittelte den amerikanischen Entwurf; derjenige Norstads liege im Bundesministerium für Verteidigung bereits vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1964; B 130, Bd. 2065A (201).

Zur Sitzung der Untergruppe am 22. August 1961 vgl. auch Dok. 301, Anm. 2.

<sup>11</sup> Der Drahtbericht war „gleichlautend für Bundesverteidigungsministerium“ bestimmt.

<sup>12</sup> André Beaufre (Frankreich) und George Mills (Großbritannien).

## 281

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etdorf**

St.S. 754/61

18. August 1961

Ich empfang heute abend den Gesandten Bourgerie, der in Vertretung des zur Zeit noch in Berlin weilenden Botschafters<sup>1</sup> die amerikanische Botschaft leitet, um mit ihm über den morgigen Besuch des Vizepräsidenten Johnson<sup>2</sup> zu sprechen.

Außer Einzelheiten des Programms, worüber ich gesonderte Aufzeichnung vorgelege, berührten wir die Frage der Begleitung des Vizepräsidenten nach Berlin. Ich sagte Herrn Bourgerie, daß der Herr Bundeskanzler es begrüßen würde, mit Mr. Johnson nach Berlin zu fliegen, jedenfalls ihn in Berlin bei der Ankunft willkommen zu heißen und ihn während seines dortigen Aufenthalts zu begleiten.<sup>3</sup> Vielleicht hätte Mr. Johnson Bedenken gegen einen gemeinsamen Flug, weil damit in der öffentlichen Meinung der Unterschied zwischen der Dreimächte-Verantwortung und unserem Anteil verwischt würde. Hinsichtlich einer Begrüßung und Begleitung in Berlin selbst sollten jedoch Bedenken nicht obwalten. Insbesondere sollte Mr. Johnson nicht etwa denken, daß er sich damit für die deutsche Innenpolitik, zumal für den Wahlkampf<sup>4</sup>, kompromittiere. Er würde im Gegenteil, wenn er nur von Bürgermeister Brandt wahrgenommen wird, einseitig Stellung beziehen, denn Herr Brandt sei ja der Spitzenkandidat der Oppositionspartei. Schon aus diesem Grund allein sollte Mr. Johnson Wert darauf legen, mit dem Herrn Bundeskanzler in Berlin zusammenzutreffen. Auch dürfe man nicht vergessen, daß die Bundesregierung für Berlin außenpolitisch allein zuständig sei und bei<sup>5</sup> einem Akt von so hochpolitischer Bedeutung, wie ihn der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten darstellt, in die Erscheinung treten müßte.

Ich gab Herrn Bourgerie auch zu bedenken, ob nicht Mr. Johnson einen Abstecher nach Ost-Berlin machen wollte. Die Dreier-Verantwortung für ganz Berlin bestünde nach wie vor und könnte durch nichts sichtbarer gemacht werden als durch einen solchen Besuch.

Herr Bourgerie versprach, diese Gesichtspunkte sofort nach Washington durchzugeben. Ich sagte ihm, daß eine Entscheidung noch in dieser Nacht nicht zu

<sup>1</sup> Der amerikanische Botschafter Dowling reiste am 17. August 1961 nach Berlin.

<sup>2</sup> Der amerikanische Vizepräsident Johnson besuchte am 19./20. August 1961 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 282 und Dok. 283, besonders Anm. 10.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 18. August 1961: „Gegen vorgeschlagene Begleitung wurden nach anfänglichem Zögern zunehmend Bedenken geäußert. Begründung: 1) besondere Rechtslage des zweiten Besuchszieles, 2) zu erwartende Propaganda-Angriffe der anderen Seite, 3) Vermeidung jedes Anscheins einer Einmischung in Wahlkampf-Gesichtspunkte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1930; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

Noch am selben Tag bekräftigte Grewe, daß im amerikanischen Außenministerium weiter „Bedenken gegen den Gedanken der Begleitung“ des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson durch Bundeskanzler Adenauer nach Berlin (West) überwögen: „Die ganze Besuchsfrage erfahre dadurch eine Komplikation, die man gerne vermeiden würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1931; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>4</sup> Am 17. September 1961 fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „an“.

erfolgen brauchte, daß es vielmehr genügen würde, wenn wir uns mit Mr. Johnson hierüber nach seiner Ankunft unterhalten könnten. Ein Flugzeug sei für uns bereits reserviert. Sollte der Herr Bundeskanzler sich nicht selbst nach Berlin begeben, käme natürlich ebenso in Frage, daß der Herr Bundesaußenminister an seiner Stelle erscheint. Höchstwahrscheinlich würde aber der Herr Außenminister den Herrn Bundeskanzler begleiten.<sup>6</sup>

Hiermit Herrn Minister<sup>7</sup> vorgelegt.

Etzdorf

**B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 84**

282

### Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Johnson

115-80.A/61 geheim

19. August 1961<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. August 1961 gegen 12.20 Uhr den amerikanischen Vizepräsidenten zu einer Unterredung<sup>2</sup>, an der von deutscher Seite der Herr Bundesminister des Auswärtigen, Herr Staatssekretär Globke, Herr Ministerialdirektor von Etzdorf und von amerikanischer Seite General Clay und Botschafter Bohlen, Botschafter Dowling, Marineminister Connally u. a. teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte zunächst den Herren, die aus Amerika gekommen seien, für ihren Besuch und hob hervor, daß die Begrüßung durch die Bevölkerung bereits eine Volksabstimmung gewesen sei, der er sich selbst nur anschließen könne.

Der nach seiner Meinung völlig unbegründete Tadel an den Vereinigten Staaten sei zunächst aus den Vereinigten Staaten selbst gekommen und nicht nur gegen

<sup>6</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf legte am 19. August 1961 dar, der amerikanische Botschafter Dowling habe die Bitte der amerikanischen Regierung übermittelt, „daß die Bundesregierung sich an dem Besuch des Vizepräsidenten Johnson in Berlin nicht beteiligen möge. Der Besuch solle als eine rein amerikanische Aktion erscheinen und die Verantwortung zum Ausdruck bringen, welche die amerikanische Regierung nach wie vor für Berlin zu tragen entschlossen ist.“ Dowling habe mitgeteilt, daß Johnson aus Sicherheitsgründen „nicht in den Ostsektor fahren würde“. Bundesminister von Brentano vermerkte handschriftlich auf der Rückseite dieser Aufzeichnung: „Haben Sie über die Berlin-Reise schon mit Herrn J[ohnson] gesprochen?“ Dazu vermerkte Bundeskanzler Adenauer handschriftlich: „Ich habe ihm gesagt, wir wollten mit ihm fahren, er hat geschwiegen.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 84.

<sup>7</sup> Hat Bundesminister von Brentano laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Limbourg vom 21. August 1961 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber am 22. August 1961 gefertigt. Hat Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, am 23. August 1961 vorgelegen. Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Vizepräsident Johnson besuchte am 19./20. August 1961 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 121, S. 354–358.

Amerika, sondern gegen alle drei Westmächte gerichtet gewesen. Der Herr Bundeskanzler zitierte als Beispiel einen Leitartikel aus New York Herald Tribune.<sup>3</sup> Die Beunruhigung, die sich im deutschen Volk gezeigt habe, sei nicht zuletzt auf solche Nachrichten und auf den Schock zurückzuführen, den das Vorgehen Ulbrichts ausgelöst habe. Die deutsche Öffentlichkeit sei auf die außenpolitischen Entwicklungen, die jetzt erst an ihrem Anfang stünden, nicht genügend vorbereitet gewesen. Dies sei auch darauf zurückzuführen, daß gerade Ferienzeit sei und viele Menschen unterwegs seien.

Er selbst habe am Vorabend auf einer Versammlung von 7000 Menschen in Essen über die politische Lage gesprochen.<sup>4</sup> Es sei zwar eine Wahlversammlung der CDU gewesen, doch seien auch Andersdenkende unter den Zuhörern gewesen. Er habe in seiner Rede zunächst seiner Empörung über die Maßnahmen des Ulbricht-Regimes Ausdruck gegeben und dann ein Bild der weltpolitischen Lage gezeichnet, wobei er darauf hingewiesen habe, daß Chruschtschow bereits vor drei Jahren die erste Note zur Berlinfrage an die Westmächte gerichtet habe.<sup>5</sup> Dann habe Chruschtschow die zusätzliche Forderung erhoben, daß die SBZ als unabhängiger Staat anerkannt werden müsse. Schließlich habe er seinen Zuhörern dargelegt, daß man im nuklearen Zeitalter lebe, und habe ganz offen und freimütig gesagt, welche Wirkung diese modernen Waffen hätten. Er habe darauf hingewiesen, daß man jetzt am Beginn einer längeren Reihe wichtiger und ernsthafter Verhandlungen stehe, und seine Zuhörer seien alle mit ihm einig gewesen, daß verhandelt werden müsse. Wenn man aber verhandeln wolle, müßten solchen Verhandlungen diplomatische Aktionen vorausgehen. Daneben müsse man natürlich auch militärisch stark sein, da die Sowjetunion nur mit einem starken Gegner verhandle. Diese Verhandlungen würden durch Notenwechsel vorbereitet werden.

Er habe sodann seine Zuhörer darauf aufmerksam gemacht, was die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland den Vereinigten Staaten verdankten, und habe betont, daß die Amerikaner und die anderen Alliierten fest zu ihren Verpflichtungen stünden. Es sei ein ganz großes Unrecht, wenn man Zweifel darüber ausdrücke, ob die Vereinigten Staaten ihr Wort halten würden.

Er glaube, seine Ausführungen seien erfolgreich gewesen und von seinen Zuhörern verstanden worden. Selten habe er nach einer Rede soviel Beifall erhalten wie in Essen, wo er doch ein hartes, aber wahres Bild der Lage gezeichnet habe.

Der Herr Bundeskanzler versicherte dem Vizepräsidenten, daß die CDU/CSU diese Linie auf allen weiteren Wahlversammlungen vertreten werde.

Er habe seinen Zuhörern auch gesagt, er sei davon überzeugt, daß Chruschtschow verhandeln wolle, weil er wisse, daß es in einem nuklearen Krieg keine Sieger und Besiegten gibt.

<sup>3</sup> Zu den Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961 wurde in der Presse berichtet, daß sich die Reaktion der Drei Mächte bislang auf „two rather weakly worded protests“ beschränkt habe: „Other moves are under consideration, none of them particularly strong, and they would be ordered only if there is further muscle-flexing by the Communists.“ Vgl. den Artikel „A Crucial 48 Hours: West's Aim: to Tamp Down Berlin Fire“, NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 18. August 1961, S. 3.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Adenauer am 18. August 1961 in Essen vgl. ADENAUER, Reden, S. 424–431.

<sup>5</sup> Zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die Drei Mächte, dem sog. Berlin-Ultimatum, vgl. Dok. 2, Anm. 11.

Er versicherte dem Vizepräsidenten, daß die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland und ihre Treue zu den Vereinigten Staaten nicht nachlassen würden, und bat ihn, die jüngsten Äußerungen, die aus der deutschen Öffentlichkeit gekommen seien, zwar zu berücksichtigen, aber sich keine feste Meinung daraus zu bilden.

Er sei weit davon entfernt, die Schwierigkeiten, die die jetzige Situation biete, zu unterschätzen, aber je größer die Schwierigkeiten seien, je ernster die Lage sei, desto wichtiger sei es, einen klaren Kopf und starke Nerven zu behalten.

Bei all diesen Schwierigkeiten müßten aber auch die psychologischen Momente berücksichtigt werden. Es sei deshalb ein guter Gedanke gewesen, daß Präsident Kennedy den Vizepräsidenten und General Clay, der in Deutschland noch sehr gut bekannt sei<sup>6</sup>, hierher geschickt habe. Er brauche nur an den begeisterten Empfang zu erinnern, den die Menschen ihm bereitet hätten, um zu sagen, wie sehr man diesen Besuch begrüße. Der Vizepräsident dürfe sicher sein, daß er in Berlin von allen Menschen ebenso herzlich empfangen werde.<sup>7</sup> Als Präsident Eisenhower 1959 in Bonn gewesen sei<sup>8</sup>, habe sich ein ähnliches Bild geboten, und wer die Äußerung des Volkes zu deuten verstehe, erkenne darin den Ausdruck einer großen inneren Freude und einer aufrichtigen Freundschaft zu den Vereinigten Staaten.

Herr *Johnson* dankte für die herzliche Aufnahme und sagte, die Gefühle der Freundschaft beruhen auf Gegenseitigkeit. Der letzte Besuch des Herrn Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten<sup>9</sup>, und besonders in Texas, sei unvergessen, und die Herzlichkeit des Empfangs sei ein Zeugnis der Wertschätzung für den Herrn Bundeskanzler und der Freundschaft mit dem deutschen Volk gewesen.

In einer kritischen Zeit wie der gegenwärtigen gäbe es in allen Völkern Leute, die etwas nervös würden und dann Dinge sagten oder täten, die nicht der Haltung des ganzen Volkes entsprechen. Diese seien meistens isolierte Gruppen oder einzelne Personen, die die Mehrheit ihres Volkes nicht hinter sich hätten.

Man müsse sich vor Augen halten, daß man die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht über Nacht finden werde. Man müsse aber auf weitere Nervenbelastungen der Art wie die jüngsten Geschehnisse in Berlin gefaßt sein und auch die Völker darauf vorbereiten. Die amerikanische Regierung sei erst seit sechs Monaten im Amt und sei in dieser Zeit schon mit vielen alten und neuen Problemen konfrontiert worden. Der Präsident habe sich veranlaßt gesehen, an den Kongreß und das Volk der Vereinigten Staaten zu appellieren, um eine bessere und wirksamere Vorbereitung zu gewährleisten. Dies bedeute eine starke Belastung des Steuerzahlers. Aber nur wenn diese Bereitschaft gewährleistet sei, könnten die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche und militärische Verantwortlichkeit in allen Teilen der Welt wahrnehmen. Das amerikanische Volk habe auf diesen Appell überzeugend und ermutigend geantwortet. Dem

<sup>6</sup> Lucius D. Clay war von 1947 bis 1949 Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland.

<sup>7</sup> Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson in Berlin (West) vgl. Dok. 283, Anm. 10.

<sup>8</sup> Präsident Eisenhower hielt sich am 26./27. August 1959 in der Bundesrepublik auf und führte am 27. August 1959 Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 5, S. 10–13, und Dok. 8, S. 19–25.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 11. bis 17. April 1961 in den USA vgl. Dok. 105–108.

Präsidenten seien vom Kongreß die bisher umfangreichsten Mittel bewilligt worden, ja er habe sogar noch mehr bewilligt, als der Präsident gefordert habe.<sup>10</sup> Die amerikanische Regierung sei nicht teilnahmslos, es fehle nicht an Vorbereitungen, und was er erwähnt habe, seien Aktionen, die für sich sprächen. Auch fehle es nicht an Vertrauen zu den Verbündeten, insbesondere zu der Bundesrepublik. Deshalb habe es der Präsident für wichtig erachtet, daß er als sein persönlicher Vertreter dem Bundeskanzler und dem deutschen Volk sage, daß die Vereinigten Staaten über die unerfreuliche Entwicklung der letzten Tage besorgt seien. Der Präsident sei leider nicht in der Lage gewesen, selbst in die Bundesrepublik zu kommen. Der Präsident wisse von der Verlässlichkeit und von dem Vertrauen, das das deutsche Volk in seine Partner setze. Deshalb habe der Präsident auch General Clay gebeten, in die Bundesrepublik zu reisen, um dem deutschen Volk zu demonstrieren, welche Haltung die amerikanische Regierung einnehme, da, wer General Clay kenne, wisse, daß er nicht gekommen sei, um einem Rückzug das Wort zu reden.

Er hoffe, der Besuch werde dazu beitragen, das deutsche Volk in seiner Haltung zu stärken, und werde auch helfen, daß die beiden Regierungen Schulter an Schulter weiter voranschreiten, bis die Freiheit für ihre Völker gewährleistet sei.

Der Präsident glaube, daß dieser persönliche Besuch mehr sage, als alle Worte oder alle Schreiben sagen könnten. Er habe zwar eine Botschaft an Herrn Brandt bei sich, in der der Präsident auf einige Vorschläge von Herrn Brandt<sup>11</sup> antwortet.<sup>12</sup> Das Wichtigere sei aber, daß führende Amerikaner in die Bundesrepublik gekommen seien.

Der Herr Bundeskanzler wisse, daß der Präsident die staatsmännische Haltung, die der Herr Bundeskanzler gezeigt habe, zu schätzen wisse und anerkenne und daß er vor seinem politischen Urteil große Achtung habe.

Der Besuch solle klarmachen, daß die Vereinigten Staaten weiterhin alles unternehmen, um ihr Programm der wirtschaftlichen und technischen Hilfe rasch in die Tat umzusetzen. Gegenwärtig liege dem Kongreß das umfangreichste Programm dieser Art vor. Der Besuch solle ferner unterstreichen, daß die Vereinigten Staaten auch auf anderem Gebiet beschleunigte Anstrengungen unternähmen. Dies gelte für die Einberufung von Soldaten, für das Produktionsprogramm und für die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungsprogrammen. Der Präsident habe vom Kongreß etliche Millionen Dollar mehr angefordert, als es Präsident Eisenhower und er selbst noch im Januar für nötig gehalten hätten.

<sup>10</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 26. Juli an den amerikanischen Kongreß und dem von diesem am 10. August 1961 bewilligten Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 232, Anm. 3, und Dok. 261, Anm. 13.

<sup>11</sup> Im Schreiben vom 15. August 1961 an Präsident Kennedy bezeichnete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, es als angemessene Maßnahme, „wenn die Westmächte zwar die Wiederherstellung der Viermächteverantwortung verlangen, gleichzeitig aber einen Drei-Mächte-Status West-Berlins proklamieren würden“. Außerdem sollten sie ihre Anwesenheitsgarantie in Berlin wiederholen und dies gegebenenfalls durch eine Volksabstimmung in Berlin (West) und in der Bundesrepublik unterstützen lassen. Eventuell solle die Berlin-Frage auch auf „eigene Initiative“ vor die UNO gebracht werden, „mindestens mit der Begründung, die Sowjetunion habe in eklatanter Weise die Erklärung der Menschenrechte verletzt“. Vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 337.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Kennedy vom 18. August 1961 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 120, S. 352f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BRIEF KENNEDYS AN BRANDT, S. 382f.

Die amerikanische Regierung glaube, daß diese der Stärkung der militärischen Macht dienenden Maßnahmen ein Beweis dafür seien, daß sie die gegenwärtige Lage nicht ohne Sorge betrachte und ihrerseits handle. Das deutsche Volk solle dies wissen und könne darüber hinaus sicher sein, daß die Vereinigten Staaten zu ihren Verpflichtungen stünden und diese honorierten.

Die von Präsident Kennedy beantragten Maßnahmen seien vom Kongreß einstimmig gebilligt worden.

Der Vizepräsident überbrachte sodann Grüße von den Herren Rayburn, Dirksen und Halleck, die alle die Reise des Vizepräsidenten nach Bonn begrüßt hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei erfreut und dankbar für die Haltung, die der Kongreß eingenommen habe. Was den Brief Brandts an Präsident Kennedy angehe, so habe er ihn nicht gekannt und erst über die Botschaft in Washington darüber erfahren.<sup>13</sup> Erst dann habe man Herrn Brandt um eine Kopie gebeten und auf diese Weise Kenntnis erhalten.<sup>14</sup> Er selbst hätte einen solchen Brief nicht geschrieben. Außerdem seien einige Vorschläge unmöglich. Dies sei auch die Auffassung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen. Die Bundesregierung habe natürlich geprüft, ob der Interzonenhandel unterbrochen werden könne. Dies sei aber nicht der Fall, da er mit einer Verpflichtung verknüpft sei, daß nichts geschehen dürfe, was den Verkehr nach Westberlin hindere.<sup>15</sup> Wenn der Interzonenhandel eingestellt oder verzögert worden wäre, so hätte sich dies sofort auf den Verkehr mit Westberlin ausgewirkt.

Westberlin müsse wirtschaftlich stark gehalten werden, einmal im Hinblick auf die jetzige Lage, zum anderen im Hinblick auf künftige Verhandlungen. Der BDI habe seine Mitglieder aufgefordert, nicht auf die Leipziger Messe zu gehen<sup>16</sup>, und der Deutsche Sportbund habe seinen Mitgliedern empfohlen, die Verbindungen zur Zone abubrechen.<sup>17</sup> Wer die Sportler kenne, wisse, daß dies kein leichter Entschluß gewesen sei.

<sup>13</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1917 des Botschafters Grewe, Washington, vom 17. August 1961; Dok. 279, Anm. 3.

<sup>14</sup> Botschafter Duckwitz vermerkte am 17. August 1961, er habe auf „Rückfrage bei der hiesigen Vertretung des Berliner Senats“ von Staatssekretär a. D. Berning die Auskunft erhalten, „daß der Text dieses sehr persönlich gehaltenen Briefes soeben bei ihm eingegangen sei und auf Wunsch des Regierenden Bürgermeisters sofort dem Herrn Bundesaußenminister zugeleitet werden solle. Eine Abschrift des Briefes werde er weisungsgemäß Herrn Staatssekretär Globke zuleiten.“ Berning habe zudem mitgeteilt, daß das Schreiben von Brandt an Präsident Kennedy bereits zugestellt worden sei. Vgl. B 130, Bd. 8464 C (Ministerbüro).

Der Vertreter des Senators für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Berlin, Berning, übermittelte Bundesminister von Brentano noch am selben Tag eine Abschrift des Schreibens von Brandt mit dem Hinweis, es solle nicht veröffentlicht werden. Eine weitere Abschrift sei an Globke „zur Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers übersandt“ worden. Vgl. B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

<sup>15</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 und zur Kündigung des Abkommens vgl. Dok. 4, Anm. 3.

Zur Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 und den damit verbundenen Absprachen vgl. Dok. 6.

<sup>16</sup> Das Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie beschloß am 17. August 1961, die Empfehlung an alle Firmen auszusprechen, die „Leipziger Messe weder zu beschicken noch zu besuchen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1071 des Ministerialdirigenten Allardt vom 29. August 1961 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 5054 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Präsidiums des NOK und des geschäftsführenden Vorstands des Deutschen Sportbundes vom 16. August 1961; DzD IV/7, S. 59.



General *Clay* wies sodann darauf hin, daß, was Berlin angehe, sich vielleicht niemand so festgelegt habe wie er selbst. Er wisse, daß auch der Vizepräsident von jeher für die Aufrechterhaltung der ursprünglichen amerikanischen Position in Berlin eingetreten sei, vor allem während der Blockade 1948. Was das amerikanische Volk angehe, so könne er sagen, daß das amerikanische Volk die Entschlossenheit der Regierung, in der Berlinfrage fest zu bleiben, voll und ganz unterstütze. In der jetzigen Lage dürfe man sich nicht dazu verleiten lassen, kleinere Maßnahmen, die im Augenblick vielleicht angezeigt erscheinen, zu ergreifen, weil man dabei das größere und wichtigere Ziel aus den Augen verlieren könnte. Man müsse in der Lage sein, im Ernstfall diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die wirksam und überzeugend seien. Er sei sicher, daß das amerikanische Volk ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit die amerikanische Regierung unterstütze. Die amerikanische Öffentlichkeit erwarte aber auch Verhandlungen, und wenn jetzt seitens des Westens unbedeutende und in ihrem Erfolg zweifelhafte Gegenmaßnahmen getroffen würden, so könnte die Öffentlichkeit dies als eine Beeinträchtigung der Aussichten auf Verhandlungen betrachten.

Botschafter *Bohlen* sagte, die amerikanische Regierung verstehe die Gefühle und den Zorn der Bevölkerung Westberlins, sei doch jetzt aus einem Verwaltungsverfahren eine physische Tatsache geworden, die sich in der Errichtung von Stacheldrahthindernissen und im Einsatz von Panzerwagen zeige. Die amerikanische Regierung habe die möglichen Gegenmaßnahmen geprüft, sei aber aus den gleichen Überlegungen wie die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Interzonenhandel zu dem Ergebnis gelangt, daß die meisten vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen die gegenteilige Wirkung hätten und der anderen Seite einen Vorwand oder sogar schon eine halbe Rechtfertigung für eine Blockade Westberlins geben würden. Deshalb habe die amerikanische Regierung keine dieser Maßnahmen getroffen. Statt dessen werde die amerikanische Garnison in Berlin um 1500 Mann verstärkt. Der Besuch solle beweisen, daß die amerikanische Regierung ein wesentliches Interesse an der Lage in Westberlin habe. Wenn jetzt keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden, so bedeute dies keine Schwächung der amerikanischen Entschlossenheit, die amerikanischen Rechte in Westberlin, die Freiheit der Bevölkerung und die Zugangsrechte zu verteidigen. Er stimme mit der Äußerung überein, die der Herr Bundeskanzler vor ein paar Tagen gemacht habe, wonach die eigentliche Berlinkrise noch nicht begonnen habe und man sich erst in der Vorkrise befinde. So unangenehm die gegenwärtige Lage auch sei, man müsse den Blick auf das Wesentliche richten. Wenn im Augenblick auch der subjektive Wunsch nach dieser oder jener Gegenmaßnahme laut werde, so müsse man sich objektiv doch überlegen, welche Auswirkung sie haben werde und ob sie, im größeren Zusammenhang gesehen, nicht abträglich sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme mit diesen Überlegungen völlig überein, und man werde die deutsche Öffentlichkeit in diesem Sinn auch aufklären und orientieren. Die Regierungserklärung vom Vortage<sup>18</sup> habe die gleiche Linie verfolgt, der sich auch seine eigene Fraktion angeschlossen habe.

Die Unterredung endete gegen 13.30 Uhr.

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59**

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 18. August 1961 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9769–9773.

## 283

**Runderlaß des Botschafters Duckwitz****7-AB-84.39-214/61 geheim****Aufgabe: 19. August 1961, 17.00 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 2515 Plurex****Citissime**

Zur dortigen Information wird nachstehend eine Übersicht über die derzeitige Lage, die auf Grund der sowjetzonalen Übergriffe entstanden ist, und über die bisherigen Ergebnisse der Überlegungen gegeben, die in den zuständigen Gremien in Bonn, in Berlin und gemeinsam mit unseren Alliierten in Washington angestellt worden sind.

I. In Teilen der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere in der Presse, ist eine gewisse Enttäuschung über die zögernde und unsichere Reaktion der Alliierten gegenüber den Maßnahmen der Sowjetzone zu erkennen. Diese Enttäuschung kam auch in der gestrigen Bundestagssitzung<sup>2</sup> und in den Besprechungen im Auswärtigen und Gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestages<sup>3</sup> zum Ausdruck. Sie wird nicht zuletzt damit begründet, daß die Proteste der alliierten Kommandanten in Berlin<sup>4</sup> und der alliierten Botschafter in Moskau<sup>5</sup> zu spät erfolgt seien und außerdem von der Gegenseite nicht mehr ernstgenommen würden. Der Wunsch nach Handlungen gegenüber der Sowjetzone statt Worten ist naturgemäß besonders in Westberlin laut geworden.

Die Bundesregierung bemüht sich, wie unten im einzelnen weiter ausgeführt wird, dieser Stimmung bei jeder sich bietenden Gelegenheit entgegenzutreten, um der Gefahr einer Vertrauenskrise der deutschen Bevölkerung gegenüber der alliierten Politik zu begegnen. Wir haben keinerlei Veranlassung, irgendwelche Zweifel in die Haltung unserer Verbündeten zu setzen, und haben gerade in den Besprechungen der vergangenen Woche, die mit den Vertretern der Alliierten in Bonn<sup>6</sup> und in Washington<sup>7</sup> stattfanden, festgestellt, daß die Alliierten nach wie vor entschlossen sind, auf ihren Rechten in Berlin zu beharren und die Freiheit dieser Stadt und ihrer Bewohner zu verteidigen.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß zwar eine Verletzung des Vier-Mächte-Status in Berlin durch das sowjetzonale Regime vorliegt, andererseits

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 21. August 1961 vorgelegen.

Hat Gesandtem Ritter am 22. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 704 „mit Bitte um Kenntnisnahme“ verfügte.

<sup>2</sup> Zur Sondersitzung des Bundestags am 18. August 1961 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9769–9789.

<sup>3</sup> Zur gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 16. August 1961 vgl. AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1957–1961, S. 1280–1337.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Schreibens der Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) vom 15. August 1961 an den sowjetischen Stadtkommandanten Solowjow vgl. DzD IV/7, S. 43 f.

<sup>5</sup> Maurice Dejean (Frankreich), Frank K. Roberts (Großbritannien) und Llewellyn Thompson (USA). Für den Wortlaut der Note der Drei Mächte vom 17. August 1961 an die sowjetische Regierung vgl. DzD IV/7, S. 70 f.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern Dowling (USA), Seydoux (Frankreich) und Steel (Großbritannien) am 14. August 1961; Dok. 268.

<sup>7</sup> Zu den Sitzungen der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 270, Dok. 275, Dok. 277 und Dok. 279.

aber der freie Zugang von der Bundesrepublik nach Westberlin sowohl auf dem zivilen als auch auf dem militärischen Sektor nicht angetastet worden ist. Auf diesem Hintergrund müssen die Maßnahmen der Alliierten bzw. ihre Vorschläge gesehen werden.

## II. Politische Maßnahmen

### 1) Seitens der Alliierten:

a) Wie bereits oben erwähnt, ist ein Protest der drei Berliner Stadtkommandanten bei ihrem sowjetrussischen Kollegen<sup>8</sup> erfolgt.

b) Diesem Protest folgte die Übergabe der in sehr scharfer Sprache gehaltenen alliierten Note durch ihre Botschafter in Moskau.

c) Es ist ferner daran gedacht, eine gemeinsame Erklärung der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens und der USA abzugeben.<sup>9</sup>

d) Präsident Kennedy hat Vizepräsident Johnson nach Bonn und Berlin entsandt. Der Besuch findet heute und morgen statt.

Vizepräsident Johnson ist von General Clay begleitet.<sup>10</sup>

### 2) Deutscherseits wurde

a) eine Sondersitzung des Bundestags einberufen, die gestern stattfand und in der der Herr Bundeskanzler die dort bekannte Regierungserklärung verlas. Außer den Fraktionsvorsitzenden<sup>11</sup> sprach der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt.

b) Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin haben zu einer Protestkundgebung einberufen, die am Dienstag dieser Woche unter großer Beteiligung der Berliner Bevölkerung vor dem Schöneberger Rathaus stattfand.<sup>12</sup>

## III. Militärische Maßnahmen

1) Die Kampfkraft der NATO wird durch die Entsendung amerikanischer, britischer und französischer Truppen erhöht. (Über die von der Bundesrepublik zu ergreifenden Maßnahmen ergeht besonderer Erlaß.<sup>13</sup>)

<sup>8</sup> Andrej I. Solowjow.

<sup>9</sup> Zu der geplanten Erklärung des Präsidenten Kennedy, des Staatspräsidenten de Gaulle und des Premierministers Macmillan vgl. Dok. 279.

Kennedy ließ die Idee am 19. August 1961 fallen. Vgl. dazu DBPO III/VI, Dok. 320.

Macmillan vermerkte am selben Tag in seinem Tagebuch: „The Americans wanted to issue a great and rather bombastic ‚declaration‘, but this has now been shot down, partly by de Gaulle’s irony and detachment, partly by our insistence on combining a willingness to negotiate with any declaratory reaffirmation of Allied rights and obligations.“ Vgl. MACMILLAN, Way, S. 393.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), teilte am 21. August 1961 mit: „Der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson in Berlin und das Eintreffen der 1500 amerikanischen Soldaten haben Berlin gestern und vorgestern zwei der eindrucksvollsten Tage seiner Geschichte gebracht.“ Die „ungeheuren Volksmengen, die an beiden Tagen unterwegs waren, und die Begeisterung, mit der [dem] Vizepräsidenten wie den Truppen ein Empfang bereitet wurde, der einfach überwältigend war“, hätten die Erleichterung darüber zum Ausdruck gebracht, „daß das Gefühl des Verlassenseins der vergangenen Woche nun schlagartig gewichen ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; B 12 (AB); Bd. 1682.

Zum Gespräch zwischen Johnson und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 341–345.

Zum vorangegangenen Besuch in Bonn vgl. Dok. 282.

<sup>11</sup> Heinrich Krone (CDU/CSU), Erich Mende (FDP) und Erich Ollenhauer (SPD).

<sup>12</sup> Zur Kundgebung am 16. August 1961 vor dem Schöneberger Rathaus vgl. Dok. 271, Anm. 11.

<sup>13</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung, die Gegenstand einer Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. August 1961 waren, vgl. Dok. 304 und Dok. 306.

- 2) Die alliierten Garnisonen in Berlin werden verstärkt.
- 3) Die alliierten Garnisonen in Berlin werden in Zukunft stärker als bisher sichtbar im Straßenbild erscheinen.
- 4) Der NATO-Rat wird sich mit einer beschleunigten Durchführung der militärischen Vorbereitungen der übrigen NATO-Staaten befassen.<sup>14</sup>
- 5) Es wird erwogen, die früher üblich gewesene alliierte Patrouillen-Tätigkeit auf der Autobahn Helmstedt–Berlin wieder aufzunehmen.<sup>15</sup>

#### IV. Wirtschaftliche Maßnahmen

1) Die von verschiedenen Seiten geforderte Unterbrechung des Interzonenhandels bzw. Kündigung des Interzonenabkommens ist z. Z. nicht durchführbar, da auf Grund der im Dezember vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen die ungehinderte Durchführung des Interzonenhandels mit dem freien Waren- und Personenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin gekoppelt ist.<sup>16</sup> Eine Kündigung des Interzonenabkommens oder Einstellung der Lieferungen aus diesem Abkommen würden automatisch Gegenmaßnahmen der Zone auslösen. Eine Unterbrechung des Interzonenhandels käme erst in Verfolg eines

2) allgemeinen Embargos in Frage.

Hierbei ist zu unterscheiden zwischen

a) sogen. kleines Embargo, d. h. ausschließlich gegen die SBZ gerichtet. Nach den bisherigen Erfahrungen verspricht ein solcher Schritt keinen praktischen Erfolg. Die Möglichkeiten der Warenbeschaffung über dritte Länder würde eine solche Maßnahme illusorisch machen. Außerdem ist mit automatischen Gegenmaßnahmen rechnen.

b) Großes Embargo, d. h. gegen den gesamten Ostblock. Bei einem solchen Schritt ist zu bedenken, daß er uns zum Opfer einer unerwünschten Automatik machen würde, da der nächste Schritt nur noch in militärischen Maßnahmen bestehen könnte. Es ist ferner zu bedenken, daß der Ostblock weitgehend autark ist, so daß eine derartige Maßnahme zwar die Durchführung gewisser Pläne verzögern, aber nicht verhindern würde. Ein allgemeiner Boykott muß die letzte nicht-militärische Waffe sein, d. h. sie darf erst angewendet werden, wenn die Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Westberlin bedroht ist.

3) Durch die zuständigen wirtschaftlichen Organisationen wird auf die deutsche Industrie dahingehend eingewirkt werden, sich größter Zurückhaltung gegenüber der Ostzone zu befleißigen, insbesondere auf eine Beschickung der Leipziger Messe zu verzichten.<sup>17</sup> Dieser Punkt wird Gegenstand einer Besprechung im NATO-Rat sein.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 21. August 1961; Dok. 284.

<sup>15</sup> Zu einem entsprechenden Vorschlag der Bundesregierung und der amerikanischen Reaktion darauf vgl. Dok. 278, Anm. 11.

<sup>16</sup> Zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 und zur Kündigung des Abkommens vgl. Dok. 4, Anm. 3.

Zur Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens am 1. Januar 1961 und den damit verbundenen Absprachen vgl. Dok. 6.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Empfehlung des BDI vom 17. August 1961; Dok. 282, Anm. 16.

<sup>18</sup> Botschafter Duckwitz wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris am 18. August 1961 an, „die Frage eines gemeinsamen Boykotts der Anfang September stattfindenden Leipziger Herbstmesse bei der nächsten Sitzung des NATO-Rats zur Erörterung zu stellen.“ Weiter teilte Duckwitz mit: „Die

## V. Einstellung der Temporary Travel Documents

Nachdem die hiesigen Botschafter der Alliierten sich in einer ersten Besprechung mit einer vollständigen Sperre der TTDs einverstanden erklärt hatten, stellte sich bei den Besprechungen der Lenkungsgruppe in Washington heraus, daß die amerikanische und die englische Regierung nicht bereit waren, auf diesen Gedanken einzugehen, obwohl wir uns bereit erklärt hatten, entsprechende innerdeutsche Maßnahmen (keine Ausstellung von Bundespässen) zu ergreifen. Die amerikanischen und englischen Befürchtungen liefen darauf hinaus, daß sich eine solche Maßnahme als Bumerang erweisen und zu einer unnötigen Verschärfung der Lage beitragen würde. Außerdem wurden die Wirkungen dieser Maßnahmen entgegen unserer Ansicht nur sehr gering veranschlagt.

Es kann jedoch damit gerechnet werden, daß die Erteilung von TTDs in Zukunft sehr restriktiv gehandhabt und der Ausstellung ein selektives Verfahren zugrunde gelegt werden wird, das einer Sperre sehr nahe kommt. Eine Veröffentlichung dieser restriktiven Handhabung ist nicht beabsichtigt.<sup>19</sup>

## VI. Öffentlichkeitsarbeit

Auf der Pariser Außenministerkonferenz<sup>20</sup> ist von den vier Mächten eine Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit im Ausland beschlossen worden. In einzelnen Hauptstädten sind bereits die Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit zusammengetreten, um ihre Arbeit untereinander abzustimmen. Das Hauptthema dieser gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit ist naturgemäß die Deutschlandfrage, insbesondere Berlin.<sup>21</sup>

Es wird gebeten, auf das engste mit den Vertretern der dortigen alliierten Missionen zusammenzuarbeiten.

## VII. Besuch des sowjetischen Botschafters Smirnow bei dem Herrn Bundeskanzler<sup>22</sup>

Der Besuch verlief in einer sachlichen, ruhigen Atmosphäre.

Botschafter Smirnow enthielt sich jeder Drohungen und betonte die Bereitschaft der Sowjetregierung, über alle strittigen Fragen zu verhandeln bzw. Vorschläge,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1201*

Bundesregierung hat ihrerseits bereits jede direkte oder indirekte Werbung zum Besuch der Leipziger Messe unterbunden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2508; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

Aus der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am folgenden Tag gab Botschafter von Walther, Paris (NATO), den Eindruck wieder, „daß alle Verbündeten bereit sein werden, den Vorschlag auf Boykott der Leipziger Messe anzunehmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 800 vom 19. August 1961; VS-Bd. 5054 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>19</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 21. August 1961, daß sich die Washingtoner Botschaftergruppe mit „einer teilweisen Beschränkung der Ausgabe von TTDs“ einverstanden erklärt habe; die Einzelheiten sollten durch die Bonner Vierergruppe geklärt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1955; VS-Bd. 3472 (700); B 150, Aktenkopien 1961. Vgl. dazu auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 123, S. 361.

<sup>20</sup> Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 in Paris vgl. Dok. 254 und Dok. 255.

<sup>21</sup> Ministerialdirektor von Etdorf teilte den Auslandsvertretungen am 16. August 1961 mit, die beschlossene Zusammenarbeit der Drei Mächte und der Bundesrepublik in der politischen Öffentlichkeitsarbeit solle insbesondere „die geschlossene Haltung des Westens auch in allen wesentlichen Fragen der Informationstätigkeit“ zum Ausdruck bringen und „eine größere Wirkung“ der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Deutschland- und Berlin-Frage erzielen. Die Kooperation solle „intern möglichst eng gestaltet werden, nach außen hin im Regelfall jedoch nicht in Erscheinung treten“. Vgl. den Schrift-erlaß; B 110 (Referat Z B 1), Bd. 451.

<sup>22</sup> Für das Gespräch am 16. August 1961 vgl. Dok. 274.

die von westlicher Seite gemacht werden, sorgfältig zu prüfen. Irgendwelche neuen Vorschläge hatte er selber nicht vorzubringen. Er appellierte an den Verständigungswillen der westlichen Staaten und der Bundesrepublik.

Nachdem der sowjetische Botschafter dem Herrn Bundeskanzler persönliche Grüße des sowjetischen Ministerpräsidenten übermittelt hatte und bei dieser Gelegenheit betonte, daß der Herr Bundeskanzler von Herrn Chruschtschow hochgeschätzt werde, brachte der Herr Bundeskanzler die Sprache auf die jüngsten Ereignisse in Berlin und machte in sehr ernsten Worten auf die jetzt entstandene bedrohliche Situation aufmerksam. Er hoffe, daß die Sowjetregierung auf das Zonenregime Einfluß nähme, um die gefährlichen Spannungen nicht zu erhöhen, und wies nachdrücklich darauf hin, daß die Regierung der Zone das Vertrauen der Bevölkerung nicht genieße. Moskau tue gut daran, diese „Kreaturen“ fallenzulassen.

Der Herr Bundeskanzler beschloß die in der Sache keine neuen Gesichtspunkte bringende Unterredung mit der Zusage, sich die Ausführungen Botschafter Smirnows überlegen zu wollen und später darauf zurückzukommen. Smirnow erklärte, daß seine Regierung durchaus Verständnis dafür habe, daß der Herr Bundeskanzler bis zu den Wahlen<sup>23</sup> überbelastet sei, und erklärte sich mit einer Fortsetzung des Gespräches nach den Wahlen einverstanden.

VIII. Wir befinden uns zur Zeit in einem eingehenden Meinungsaustausch mit unseren Alliierten über die Frage der Zweckmäßigkeit von Verhandlungen mit der Sowjetunion sowie einer Befassung der Vereinten Nationen mit der deutschen Frage. Eine endgültige Meinungsbildung liegt noch nicht vor. Weiterer Erlaß bleibt vorbehalten.<sup>24</sup>

Duckwitz<sup>25</sup>

**B 130, Bd. 3483 A (AB 7)**

<sup>23</sup> Am 17. September 1961 fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

<sup>24</sup> Bundesminister von Brentano teilte der Botschaft in Washington am 21. August 1961 mit, daß zu „einer alsbaldigen westlichen Verhandlungsinitiative“ weiterhin „keine einheitliche Meinung“ bestehe. Er selbst halte es zunächst für notwendig, „Klarheit darüber zu gewinnen, welche Bedeutung den Ereignissen vom 13.8. im Rahmen der sowjetischen Planung zuzumessen ist. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis kann dann eine Verhandlungsposition erarbeitet werden, die die sowjetische Billigung des sowjetzonalen Vorgehens vom 13.8. auch verhandlungstaktisch berücksichtigt. Andernfalls laufen wir Gefahr, ohne ausreichende und gründliche Vorbereitung in Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung hineingezogen zu werden. [...] M.E. kann die Ausgangsposition keine andere sein als in der ersten Halbzeit der Genfer Verhandlung 1959.“ Vgl. den Drahterlaß Nr.1014; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>25</sup> Paraphe vom 19. August 1961.

## 284

**Botschafter von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-5799/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 803  
Citissime

Aufgabe: 21. August 1961, 20.30 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 21. August 1961, 22.10 Uhr

Der NATO-Rat trat am 21. August 1961 zu einer Aussprache über die Erklärung Ruskus vor dem NATO-Rat am 8. August<sup>2</sup> zusammen.

Stikker erklärte eingangs, alle NATO-Regierungen schienen sich darüber einig zu sein, daß die Berlin-Krise zu Verhandlungen führen müsse. Wie jedoch Rusk betont habe, seien Verhandlungen nur erfolgversprechend, wenn Chruschtschow vorher durch geeignete militärische und andere Maßnahmen von der Entschlossenheit des Westens überzeugt werden könne.

Zu den von Rusk vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft und zu allgemeinen politischen Problemen wurden von den einzelnen Vertretern folgende Stellungnahmen abgegeben:

1) Dänemark

Die dänische Regierung halte völlige Solidarität der NATO in der Berlin-Frage für außerordentlich wichtig und teile die allgemeine Überzeugung, daß die Freiheit Westberlins unter allen Umständen erhalten bleiben müsse. Sie halte möglichst baldige Verhandlungen mit der Sowjetunion für notwendig und sei der Ansicht, daß eine gewisse militärische Verstärkung zu einem guten Ausgang dieser Verhandlungen beitragen könne. Sie zweifle jedoch, ob eine zu einseitige Betonung militärischer Maßnahmen zweckmäßig sei. Sie trete für eine Außenminister-Konferenz mit der Sowjetunion in naher Zukunft ein. Die Verhandlungstaktik für diese Konferenz müsse von den vier direkt betroffenen Mächten ausgearbeitet werden.

Auf militärischem Gebiet habe die dänische Regierung beschlossen, einige Einheiten – darunter ein Panzerbataillon und mehrere Staffeln der Luftwaffe –, die Übungen im Ausland durchführen sollten, vorläufig in Dänemark zu belassen. Die Hunter-Jagdstaffeln der dänischen Luftwaffe würden verstärkt werden. Dänemark könne in kurzer Zeit zwei Brigadegruppen des Heeres und einige außer Dienst gestellte Einheiten der Marine reaktivieren. Sie plane, das Parlament um Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung von Ausrüstungen zu bitten, die eine schnellere Mobilisierung von Reserveeinheiten ermöglichen würden.

2) Belgien

Die belgische Regierung bedaure, daß die Konsultation in der NATO sich zur Zeit auf sekundäre Aspekte der Berlin-Frage beschränke und nicht die grundlegenden politischen Fragen umfasse, in deren Rahmen diese technischen sekundären Maßnahmen gestellt werden müßten. So sei z.B. die NATO über die Protestnoten

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Scheske am 6. September 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 8. August 1961 vgl. Dok. 258.

der drei Westmächte<sup>3</sup>, die Reise von Vizepräsident Johnson nach Berlin<sup>4</sup> und die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Westberlin<sup>5</sup> nur nachträglich informiert und nicht konsultiert worden. Die belgische Regierung sei mit diesen Maßnahmen durchaus einverstanden, befürchte jedoch, daß durch derartige Post-factum-Informationen eine „malaise“ in der NATO geschaffen werde.

Auf militärischem Gebiet habe die belgische Regierung bereits im Rahmen der Jahreserhebung die Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben für das kommende Jahr um 1375 Mio. belgische Franken mitgeteilt. Weitere in der Erklärung Ruskas vorgeschlagene Maßnahmen, wie z.B. die Verlängerung der Militärdienstpflicht, würden zur Zeit geprüft. Eine Entscheidung darüber könne von der belgischen Regierung erst gefaßt werden, wenn sie den politischen Rahmen kenne, in den die geforderte Erhöhung der Effektivstärke der NATO-Streitkräfte einzufügen sei.

### 3) Griechenland

Die griechische Regierung stimme der festen Haltung der vier Mächte zu. Sie habe bereits folgende Maßnahmen auf militärischem Gebiet getroffen: Verstärkung der an der Nordgrenze stationierten Einheiten, Einberufung von Reservisten in der Zeit vom 17. August bis 7. September und von Reserveoffizieren Anfang Oktober für drei bis vier Wochen; volle Gefechtsbereitschaft für alle Einheiten der Kriegsmarine ab 1. November; hundertprozentige Gefechtsbereitschaft der aktiven Einheiten des Heeres; Beendigung der Aufstellung der 12. Division der ersten Welle vor Ende dieses Jahres.

### 4) Frankreich

Die französische Regierung habe inzwischen die am 8. August als möglich bezeichnete Verlegung einer zweiten Division aus Algerien nach Europa beschlossen.<sup>6</sup> Sie werde ferner die in der Bundesrepublik stationierten Einheiten auffüllen.<sup>7</sup> Sie habe bereits zusätzlich Waffen und Ausrüstung nach Berlin gesandt.

Eine Entscheidung über die personelle Verstärkung der französischen Streitkräfte in Westberlin werde jeden Augenblick erwartet.

### 5) Türkei

Die türkische Regierung stimme der amerikanischen Ansicht zu, daß militärische Verstärkungen notwendig seien. Sie sei jedoch wegen ihrer sehr angespannten Finanzlage nicht in der Lage, im Augenblick konkrete Maßnahmen zu treffen, da die Türkei auf dem Verteidigungssektor bereits alles in ihren Kräften Stehende getan habe.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Note der Drei Mächte vom 17. August 1961 an die sowjetische Regierung vgl. DzD IV/7, S. 70f.

<sup>4</sup> Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson am 19./20. August 1961 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) vgl. Dok. 282 und Dok. 283, besonders Anm. 10.

<sup>5</sup> Zur Verlegung amerikanischer Streitkräfte aus Mannheim nach Berlin (West) am 19./20. August 1961 vgl. Dok. 279, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zum Beschluß vom 17. August 1961 vgl. Dok. 275, Anm. 17.

<sup>7</sup> Am 25. August 1961 teilte der französische Botschafter Alphand in der Washingtoner Botschaftergruppe mit, „daß die französische Regierung beschlossen habe, ihre Truppen auf dem Kontinent um 46000 Mann zu verstärken, und zwar um 15000 im Gebiet der Bundesrepublik und um 30000 Mann auf französischem Boden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2018 des Botschafters Grewe, Washington; VS-Bd. 2059 (201); B 150, Aktenkopien 1961.



## 6) Bundesrepublik

Ich habe auf meine Erklärung vom 8. August verwiesen und hinzugefügt, daß die notwendigen Schritte unternommen seien, um eine baldmögliche Durchführung dieser Zusagen sicherzustellen.<sup>8</sup>

## 7) Italien

Die italienische Regierung trete ebenfalls für die Verstärkung des Verteidigungspotentials ein, solange dies keinen provokatorischen Charakter habe. Italien werde die Anzahl der Spezialtruppen verstärken. Außerdem werde z.Z. ein Finanzierungsplan ausgearbeitet, um eine schnellere Auslieferung von militärischen Ausrüstungen durch die italienische Industrie auch vor Bewilligung der Mittel sicherzustellen.

## 8) Großbritannien

Die britische Regierung habe eine Reihe von Maßnahmen, die am 8. August im NATO-Rat angekündigt worden seien, bereits bekanntgegeben, darunter die Verstärkung der Javelin-Jagdstaffeln in Deutschland, die innerhalb einer Woche stattfinden werde, die Belassung von drei Jagdstaffeln in Deutschland und die Verlegung der 3. Dragoon Guards aus dem Mittleren Osten nach Deutschland. Ein Boden-Luft-Raketen-Regiment werde Ende September nach Deutschland verlegt werden.

## 9) Luxemburg

Der bescheidene Beitrag, den Luxemburg auf militärischem Gebiet leisten könne, werde am besten durch die ungestörte Durchführung der gegenwärtigen Reorganisation der luxemburgischen Streitkräfte gewährleistet.

## 10) Norwegen

Der norwegischen Regierung seien z.Zt. durch die bevorstehenden Wahlen<sup>9</sup> die Hände gebunden. Sie habe bereits Anfang des Sommers Maßnahmen eingeleitet, um durch gleichmäßigere Einberufung von Reservisten zu Übungen eine Erhöhung der ständigen Truppenstärke sicherzustellen. Die norwegische Regierung bedaure ebenso wie die belgische Regierung die mangelnde Konsultation über die diplomatischen und politischen Grundprobleme der Berlin-Frage.

## 11) Niederlande

Wie bereits in der Sitzung vom 8.8. mitgeteilt, werde die niederländische Regierung ihre Verteidigungsausgaben für die Jahre 61–63 gegenüber der ursprünglichen Planung um 7 1/2% erhöhen und Maßnahmen treffen, um eine schnellere Mobilisierung ihrer Streitkräfte sicherzustellen.

<sup>8</sup> Am 17. August 1961 sprach der amerikanische Botschafter Dowling Ministerialdirektor von Etzdorf auf die bevorstehende Sitzung des Ständigen NATO-Rats an und führte aus: „Die amerikanische Regierung erwarte (expects), daß bei dieser Sitzung unser Vertreter mitteilt, welche militärischen Maßnahmen wir durchzuführen gedenken, und zwar erwarte man einen umfassenden Bericht (full report) hierüber. Werde die Bundesregierung z.B. in der Lage sein mitzuteilen, ob sie beabsichtige, die militärische Dienstzeit von 12 auf 18 Monate zu erhöhen? Sei von uns beabsichtigt, schon bis Ende [dieses] J[a]hr[es] weitere Divisionen über die vorhandenen sieben hinaus aufzustellen?“ Etzdorf antwortete, dies sei „schlechterdings unmöglich [...]. Die erwarteten Erklärungen seien so ernster und weitreichender Natur, daß eine Entscheidung hierüber weder morgen noch übermorgen erfolgen könnte.“ Vgl. die Aufzeichnung von Etzdorf; B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 84.

<sup>9</sup> Am 12. September 1961 fanden Wahlen zum norwegischen Parlament statt.

Die niederländische Regierung stimme im übrigen der belgischen und norwegischen Ansicht zu, daß die allgemeine politische Planung in der NATO unbefriedigend sei. Sie habe gehofft, früher und vollständiger über die Planung der vier Mächte unterrichtet zu werden. Solange sie die Grundlinien der politischen Planung der Vier nicht kenne, könne sie über einige der von Rusk vorgeschlagenen Maßnahmen keine Entscheidung treffen.

Stikker erklärte, der Verlauf der Diskussion habe seine Erwartung bestätigt, daß die nicht in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe beteiligten NATO-Staaten nicht das gleiche Verständnis für die Gefährlichkeit der Situation und die Dringlichkeit der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Maßnahmen hätten wie die Vier.

Dies sei verständlich, jedoch nicht zu rechtfertigen. Der Transport der amerikanischen Truppen nach Berlin am 20. August hätte leicht zu Kampfhandlungen führen können, in die alle NATO-Staaten verwickelt worden wären. Nach eingehenden Besprechungen mit General Norstad schlage er folgende Maßnahmen vor, um ein besseres Verständnis für den Ernst der Lage und die dadurch erforderlich werdenden Maßnahmen zu wecken:

(1) General Norstad habe sich auf seine Anfrage bereit erklärt, vor dem NATO-Rat die militärische Bedrohung der NATO im Falle einer Berlin-Krise zu erläutern, falls ihn der NATO-Rat dazu auffordere.

(2) Norstad habe ihm auf seine Bitte einen Bericht darüber zugeleitet, welche militärischen Maßnahmen angesichts der Berlin-Krise nach Ansicht SACEURs von den einzelnen NATO-Staaten getroffen werden könnten. Diesen Bericht möchte er dem NATO-Rat zuleiten (Text in einem Exemplar mit Kurier an BMVtdg am 21.8. überreicht).<sup>10</sup>

(3) Der NATO-Rat könne die ihm von Rusk nahegelegte Aufgabe, die Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft zu beschleunigen und zu koordinieren, nur im Rahmen eines festgelegten Verfahrens erfüllen. Er glaube, daß das Verfahren für den Abzug von NATO unterstellten Truppen (NATO-Dokument CM(55)82(final) vom 5. Oktober 1955<sup>11</sup>) auch für diesen umgekehrten Fall Anwendung finden könne.

(4) Er habe den Entwurf eines Beschlusses des NATO-Rats über die unter 1–3 vorgeschlagenen Maßnahmen ausgearbeitet. Der NATO-Rat müsse diesen Ent-

<sup>10</sup> Zum „Plan of Action“ des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, und dessen Erörterung im Ständigen NATO-Rat am 23. August 1961 vgl. Dok. 290.

<sup>11</sup> Gesandtschaftsrat I. Klasse Schwörbel, Paris (NATO), berichtete am 22. September 1955, daß NATO-Generalsekretär Lord Ismay angesichts der Erfahrungen „vor allem bei der Verlegung französischer Truppen nach Nordafrika“ die Einführung eines Verfahrens vorgeschlagen habe für die Fälle, in denen NATO-Mitgliedstaaten von ihren in der Jahreserhebung eingegangenen Verpflichtungen zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen abwichen. Vorgesehen war u. a.: „Sollte sich ein Mitgliedstaat gezwungen sehen, Truppen, die NATO unterstellt oder dafür vorgemerkt sind (earmarked), aus dem NATO-Befehlsbereich herauszuziehen, um an anderer Stelle einem Notstand zu begegnen, so soll er die zuständigen NATO-Befehlshaber sofort und den Rat bei erster Gelegenheit unterrichten.“ Die militärischen Befehlshaber sollten dann „umgehend einen Bericht über die Tragweite der Maßnahmen“ vorlegen. Vgl. den Schriftbericht; B 130, Bd. 3430 A (211). Für den Resolutionsentwurf CM(55)82 vom 19. September 1955 vgl. VS-Bd. 3456 (211). Botschafter Blankenhorn, Paris (NATO), teilte am 11. Oktober 1955 mit, daß die Resolution – nach dem britischen Verzicht auf eine gewünschte Textänderung – am 5. Oktober 1955 angenommen worden sei. Vgl. dazu den Schriftbericht; B 130, Bd. 3430 A (211).

wurf in den nächsten Tagen diskutieren und Beschluß fassen. (Text des Entwurfs folgt mit gesondertem Drahtbericht.<sup>12</sup>)

(5) Die von Rusk erwähnte Übertragung der Contingency-Planung (Live Oak) in den Bereich SACEUR sei nach Auskunft Norstads vom militärischen Standpunkt aus ohne Schwierigkeiten durchzuführen. Sie setze jedoch eine Koordinierung der politischen Planung innerhalb der NATO voraus. Er, Stikker, werde sich bemühen, ein Verfahren für diese politische Koordinierung vorzuschlagen.

Der amerikanische Vertreter erklärte, der Verfahrensvorschlag Stickers scheine ihm sehr zweckmäßig. Maßnahmen, wie sie in der Vergangenheit als Reaktion auf Drohungen oder Willkürakte des Sowjetblocks ergriffen worden seien, wären heute kaum noch adäquat, könnten sogar von der Gegenseite als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Alle NATO-Staaten müßten daher ihre militärische Bereitschaft verstärken; nur von einer solchen Grundlage aus könne man sinnvoll verhandeln.

Präsident Kennedy habe der Bevölkerung Berlins durch die Verstärkung der amerikanischen Truppen Mut machen wollen. Es sei zu hoffen, daß andere Regierungen ähnliche Schritte unternähmen.

Der norwegische Botschafter<sup>13</sup> widersprach der von Stikker vorgetragenen Ansicht, nicht alle NATO-Staaten seien in gleichem Maße vom Ernst der Berlin-Krise überzeugt. Vielmehr handle es sich um einen Unterschied in der Beurteilung der Lage und der Absichten der Sowjets. So glaube z. B. seine Regierung nicht, daß Chruschtschow in absehbarer Zeit Westberlin blockieren wolle. Mit der Blockierung Ost-Berlins habe man rechnen müssen, der nächste Schritt werde wahrscheinlich der Separatfriedensvertrag sein mit dem Ziel, die Anerkennung der Zone durch den Westen in der einen oder anderen Form zu erzwingen. Auch die Frage der deutschen Ostgrenze könne in diesem Zusammenhang akut werden.

Seine Regierung habe nichts gegen eine hohe militärische Bereitschaft in Europa, halte diese vielmehr – ganz unabhängig von der Berlin-Krise – für notwendig. Wenn aber die von ihm angedeutete Beurteilung der sowjetischen Absichten richtig sei, dann müsse der Westen sich in erster Linie mit seiner diplomatischen oder politischen Planung auf die voraussichtlichen nächsten Schachzüge Chruschtschows vorbereiten. Durch eine zu einseitige Betonung militärischer Maßnahmen richte man sich möglicherweise auf eine Situation ein, die gar nicht eintreten werde.

Der dänische Vertreter unterstützte diesen Standpunkt mit Nachdruck.

Zu dem Verfahrensvorschlag Stickers gab der norwegische Vertreter zu bedenken, daß bereits jetzt nebeneinander bestünden: das Jahreserhebungsverfahren, die nationalen Überlegungen im Zusammenhang mit der langfristigen strategischen Planung, die Empfehlungen der Vierergruppe aus Washington und

<sup>12</sup> Der von NATO-Generalsekretär Stikker vorgelegte Resolutionsentwurf wurde von Botschafter von Walther, Paris (NATO), mit Drahtbericht Nr. 804 vom 21. August 1961 übermittelt. Vgl. VS-Bd. 2059 (201).

<sup>13</sup> Jens M. Boyesen.

die Beratungen in den Hauptstädten im Anschluß an die Rusk-Erklärung vom 8. August.

Nun trete das Dokument von SACEUR hinzu. Die Behandlung verwandter Fragen unter so vielen verschiedenen Aspekten könne leicht zu Konfusion führen.

Der belgische Vertreter pflichtete dem bei.

Stikker betonte jedoch, das von ihm vorgeschlagene Verfahren habe den ausschließlichen Zweck, die westliche Bereitschaft im Hinblick auf die Berlin-Krise zu überprüfen. Irgendeine Überschneidung mit Jahreserhebung und strategischer Planung solle ausdrücklich vermieden werden.

Der britische Vertreter stellte fest, daß die in dem SACEUR-Dokument enthaltenen Vorschläge frühestens Ende 1961, teilweise erst Ende 1962 durchgeführt sein sollten. Für eine Verschärfung der Berlin-Krise sei das voraussichtlich zu spät. Auf eine Rückfrage des türkischen Vertreters erklärte Stikker, das Dokument von SACEUR könne jederzeit noch Änderungen erfahren, im übrigen sei es natürlich für keine Regierung bindend.

Der französische Vertreter stellte Frage, wieso die Anwendung des in Dokument CM(55)82 vorgesehenen Verfahrens im Augenblick zur Erleichterung der Diskussion beitragen könne.

Stikker bezog sich erneut auf die Forderung Rusks, der Rat möge ein Verfahren ausarbeiten, um die Ergreifung von gemeinsamen und parallelen Maßnahmen sicherzustellen. Bisher hätten verschiedene Regierungen einseitige Erklärungen über ihre Absichten in Hinblick auf die militärische Verstärkung abgegeben. Teilweise zeugten diese Erklärungen von einer sehr weitgehenden Bereitschaft im Sinne der amerikanischen Anregung. Um jedoch die Anstrengungen der einzelnen Länder miteinander vergleichen und koordinieren zu können, bedürfe es eines Verfahrens; das von ihm vorgeschlagene scheine ihm dazu am geeignetsten.

Ich erklärte, eine Koordinierung und gemeinsame Bewertung der von den einzelnen Regierungen im Hinblick auf die Berlin-Krise ergriffenen militärischen Maßnahmen sei sicher höchst nützlich. Es erscheine mir jedoch zweifelhaft, ob dazu die Einführung eines neuen Verfahrens erforderlich und nützlich sei. Die Hauptsache sei die größtmögliche Beschleunigung der Gesamtktion. Wenn z.B. alle Regierungen die in dem Dokument von SACEUR enthaltenen Empfehlungen annähmen, erübrige sich eine weitere Diskussion.

Der norwegische Vertreter unterstützte diesen Gesichtspunkt.

Stikker erwiderte, es sei kaum damit zu rechnen, daß alle Regierungen die empfohlenen Maßnahmen ergreifen könnten oder wollten. Um keine Zeit zu verlieren, sei es am besten, wenn sein Vorschlag akzeptiert würde, der ja nur die Anwendung eines bereits bewährten Verfahrens vorsehe.

Ich erklärte mich bereit, den Verfahrensvorschlag Stickers und das Dokument Norstads sofort nach Bonn weiterzuleiten, bat jedoch, die Unterrichtung des Rats durch Norstad möglichst unverzüglich stattfinden zu lassen, damit seine Kommentare über die möglichen militärischen Konsequenzen der Berlin-Krise gleichzeitig mit dem Dokument geprüft werden könnten.

Stikker sagte zu, sich mit Norstad in diesem Sinne in Verbindung zu setzen.

Drahtberichte über die wirtschaftspolitischen und psychologischen Aspekte der Berlin-Planung folgen morgen.<sup>14</sup>

[gez.] Walther

B 130, Bd. 1997 A (201)

## 285

### Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Frank, z. Z. Bonn

300-80.21-383/61 geheim

22. August 1961

Betr.: Die Behandlung des Deutschland- und Berlinproblems durch die Vereinten Nationen

I. Der Entscheidung, ob die Bundesrepublik die formelle Befassung der Vereinten Nationen mit dem Deutschland- und Berlinproblem betreiben soll, muß ein sorgfältiges Abwägen der Vor- und Nachteile einer solchen Aktion vorausgehen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Bundesrepublik, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, sich gegebenenfalls nur an die Alliierten, an Drittländer oder an den Generalsekretär der Vereinten Nationen<sup>1</sup> wenden könnte, damit diese den Antrag stellen.

1) Die möglichen Vorteile einer Befassung der Vereinten Nationen

a) Wir könnten im Sicherheitsrat mit einer Mehrheit rechnen und hätten mit Sicherheit ein sowjetisches Veto zu erwarten. Es wäre damit ein gewisser propagandistischer Effekt erzielt.

b) Im Sicherheitsrat wäre es nach der derzeitigen Stimmenverteilung möglich, eine Delegation der Bundesrepublik zu hören, die Zulassung der Sowjetzone jedoch zu verweigern.

c) Eine eventuelle Einladung an die Bundesrepublik, ihren Standpunkt vor dem Sicherheitsrat darzulegen, würde positiv ins Gewicht fallen.

2) Risiken einer Befassung der Vereinten Nationen

a) Die Gefahr eines Mißlingens ist vor allem gegeben, wenn die Vollversammlung befaßt würde. Infolge massiven diplomatischen Drucks der Sowjets könnte die

<sup>14</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), zur Erörterung wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 286.

Über die Besprechung zur „psychologischen Aktion im Zusammenhang mit der Berlinkrise“ berichtete Walther am 22. August 1961, daß auf seinen Vorschlag die Bildung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe beschlossen worden sei, um das „von der Vierer-Gruppe verfaßte Papier über die Behandlung der Berlinfrage in der Öffentlichkeit nach den sowjetzonalen Maßnahmen vom 13. August zu ergänzen“. Der Politische Ausschuß habe am 22. August zudem beschlossen, auf seiner nächsten Sitzung am 5. September 1961 „Erfahrungen über die Wirkung von Demarchen in der Berlin- und Deutschland-Frage in den nicht-gebundenen Ländern auszutauschen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 810; VS-Bd. 3898 (702); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>1</sup> Dag Hammarskjöld.

Zahl der Enthaltungen oder gar der Nein-Stimmen größer sein, als heute zu erwarten ist. Die Belgrader Neutralisten-Konferenz<sup>2</sup> dürfte von den Sowjets dazu benutzt werden, die Länder der ungebundenen Welt mit der sowjetischen Deutschland-Politik vertraut zu machen.

b) Die Vier-Mächte-Verantwortung in Berlin könnte durch die Befassung der Vereinten Nationen zwar nicht juristisch ausgehöhlt werden, aber sie könnte psychologisch und politisch an Verbindlichkeit verlieren. Die öffentliche Meinung könnte den Eindruck erhalten, daß „bei den Vereinten Nationen alles in besten Händen sei“.

c) Die Vereinten Nationen sind ihrer Natur nach ein Instrument des Kompromisses. Es besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß durch die Sowjets oder von ihnen inspirierte Länder Zusatzanträge gestellt werden, die scheinbar harmlos und objektiv sind, in Wirklichkeit aber einen in unserem Sinne gefaßten Resolutionsentwurf verwässern<sup>3</sup> oder in sein<sup>4</sup> Gegenteil verkehren würden.

d) Bei einer Behandlung der Frage durch die Vollversammlung und eventuell durch den 1. (Politischen) Ausschuß der Vollversammlung bestünde die Gefahr einer Einladung der Zone, wofür bereits der Präzedenzfall aus dem Dezember 1951<sup>5</sup> vorliegt.

e) Die Bundesrepublik, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, wäre an der taktischen Führung einer solchen Aktion, die für den Erfolg entscheidend ist, nicht direkt beteiligt. Sie wäre in jedem Falle auf den guten Willen unserer Alliierten und anderer Länder angewiesen. Dies kann in schwierigen Verhandlungssituationen sehr nachteilig sein.

### 3) Bewertung

Voraussetzung für ein einigermaßen günstiges Ergebnis einer Aktion in den Vereinten Nationen wäre, daß unsere Alliierten unser Anliegen der Wiedervereinigung so wirkungsvoll vortragen, als wäre es ihr eigenes Anliegen. Nach allem, was bisher bekanntgeworden ist, wollen die Alliierten eine Aktion bei den Vereinten Nationen lediglich für den Fall vorsehen, daß es in Berlin zu einer akuten Friedensbedrohung kommt.<sup>6</sup> In einem solchen Fall, wo es sich nur noch darum handelt, den Krieg zu vermeiden, könnte vom Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen wohl nicht mehr die Rede sein.

Wenn auch die Nachteile einer formellen Befassung der Vereinten Nationen überwiegen, so müssen wir doch mit der Möglichkeit rechnen, daß dritte Länder

<sup>2</sup> Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „verbessern“.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „ihr“.

<sup>5</sup> Am 4. Dezember 1951 beschloß der Politische Ad-hoc-Ausschuß der UNO-Generalversammlung, daß Vertreter der Bundesrepublik, der DDR und Berlins zum Vorschlag der Drei Mächte gehört werden sollten, eine Untersuchungskommission zur Prüfung der Möglichkeiten einzusetzen, in allen Teilen Deutschlands freie Wahlen abzuhalten. Vgl. dazu AAPD 1951, Dok. 200.

<sup>6</sup> In einer „Stellungnahme zum Arbeitsdokument der New Yorker Vier-Mächte-Arbeitsgruppe“ legte Vortragende Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer am 23. August 1961 dar: „Grundsätzlich halten die westlichen Alliierten eine formelle Befassung der VN mit den Deutschland betreffenden Fragen für wenig opportun.“ Allerdings wollten sie doch „von sich aus oder durch eine ‚freundliche neutrale Regierung‘ die Initiative ergreifen, a) falls die Krise durch Maßnahmen des Ostens eine derartige Verschärfung erfährt, daß kein anderes Mittel zur Vermeidung des Krieges übrigbleibt; b) präventiv, falls etwa von anderer Seite – Ostblock oder nicht-gebundene Staaten – eine Initiative unternommen zu werden droht.“ Vgl. VS-Bd. 3481 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

oder der Generalsekretär die Frage vor den Sicherheitsrat oder die Vollversammlung bringen werden.<sup>7</sup>

Unsere Haltung sollte sein:

1) Wenn sich deutlich abzeichnet, daß ein drittes Land oder der Generalsekretär der Vereinten Nationen das Berlin-Problem vor die Vereinten Nationen bringen wollen, sollten wir unsere westlichen Alliierten bitten, im Sinne eines Prävenire die Initiative zu ergreifen, damit uns der taktische Vorteil, der damit verbunden ist, erhalten bleibt.

2) Wir sollten in jedem Falle, was die in Frage kommende Instanz betrifft, dem Sicherheitsrat den Vorzug geben.

II. Außer der Möglichkeit einer formellen Befassung der Vereinten Nationen mit dem Deutschland- und Berlin-Problem muß damit gerechnet werden, daß diese Fragen in der am 19. September beginnenden Generaldebatte der XVI. Vollversammlung der Vereinten Nationen behandelt werden. Die Länder des Sowjetblocks werden ähnlich wie in den vergangenen Jahren Angriffe gegen die Bundesrepublik vortragen. In diesem Jahr kommt hinzu, daß die Sowjets ihre einseitigen Maßnahmen in Berlin mit Beschimpfungen der Bundesrepublik zu rechtfertigen versuchen werden.

Um diesen Angriffen begegnen zu können, hat das Auswärtige Amt eine Aktion eingeleitet, die darauf gerichtet ist, ein paar sichere Freunde dafür zu gewinnen, bei der VN-Generaldebatte, die lediglich eine allgemeine Aussprache ist und zu keinem Beschluß führt, für die Bundesrepublik einzutreten. Die Aktion umfaßt in erster Linie ungebundene Länder aus Afrika, Asien und Südamerika, da deren Plädoyer für die Bundesrepublik angesichts der besonderen Verhältnisse in den Vereinten Nationen am wirkungsvollsten ist.<sup>8</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär i. V.<sup>9</sup> vorgelegt.

Frank

**VS-Bd. 10100 (Ministerbüro)**

<sup>7</sup> Botschafter Knappstein, New York (UNO), berichtete am 14. August 1961, daß UNO-Generalsekretär Hammarskjöld nach Mitteilung „von gutunterrichteter Seite“ derzeit prüfe, „wann und unter welchen Umständen er veranlaßt werden könnte, [...] die Berlinfrage dem Sicherheitsrat zu unterbreiten“. Nach den Ereignissen des Vortages in Berlin könnten diese Überlegungen „einen dringlichen Charakter“ bekommen. Knappstein gab zu bedenken: „Auch für die Bundesrepublik und ihre westlichen Alliierten stellt sich jetzt erneut die Frage, ob die Verhältnisse in Berlin es nicht ratsam erscheinen lassen, die dort geschaffene Gefährdung des Friedens ihrerseits vor den Sicherheitsrat zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; VS-Bd. 3910 (Abteilung 7); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 296.

<sup>9</sup> Hat Ministerialdirektor von Etzdorf vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister von Brentano verfügte.

Hat Brentano vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u] m[einen] A[kten].“

## 286

**Botschafter von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-5815/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 805

Aufgabe: 22. August 1961, 12.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 22. August 1961, 13.30 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht 803 vom 21.8.<sup>2</sup>

In der Sitzung des NATO-Rats am 21.8. wurde im Anschluß an die militärischen Fragen auch über wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen im Zusammenhang mit der Berlin-Krise gesprochen.

Der amerikanische Vertreter erklärte, seine Regierung halte es für notwendig,

a) daß alle NATO-Regierungen sich einigten, im Falle einer Blockade Westberlins – und zwar auf dem Land- oder Luftwege – sofort ein völliges wirtschaftliches Embargo gegenüber dem ganzen Sowjetblock zu verhängen,

b) unverzüglich in den einzelnen Ländern die gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Vorbereitungen zu treffen, um auf eine solche Aktion vorbereitet zu sein, und

c) gemeinsam darüber zu beraten, welche wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen von weniger weittragender Bedeutung als das totale Embargo ergriffen werden könnten, um auf Maßnahmen des Sowjetblocks zu reagieren, die nicht einer Blockade Berlins gleichkämen.

Die amerikanische Vertretung werde in Kürze eine Aufzeichnung verteilen über die Vorbereitungen ihrer Regierung, um gegebenenfalls kurzfristig das totale Embargo einführen zu können.

Der dänische Vertreter erklärte, seine Regierung verfüge über alle Möglichkeiten zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen.<sup>3</sup>

Es frage sich jedoch, ob solche Maßnahmen Sinn hätten ohne Beteiligung neutraler europäischer Staaten wie Schweiz und Schweden.<sup>4</sup> Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen von weniger weitreichender Bedeutung als ein Gesamt embargo könnten die Gefahr mit sich bringen, daß der Sowjetblock in höherem Maße auf seine eigenen Versorgungsquellen zurückgreife und am Ende stärker dastehe als zuvor. Schließlich würde das Embargo für viele Länder erhebliche wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Diejenigen Regierungen, die nicht als Vertragspartner an den Abkommen über Berlin beteiligt seien, hätten gegenüber der Öffentlichkeit ihrer Länder mangels juristischer Argumente weniger Möglichkeiten, die Notwendigkeit des Embargos zu vertreten.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Hat Bundesminister von Brentano am 24. August 1961 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Harkort vermerkte: „Bitte Stellungnahme zu S. 2 (1) u. 3 (2).“ Vgl. Anm. 3 und 9.  
Für die Stellungnahme des Ministerialdirigenten Hess vgl. Dok. 292.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 284.

<sup>3</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1!“ sowie: „Und die B[undes]R[epublik]?“ Vgl. Anm. 1.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>5</sup> Am 31. August 1961 berichtete Botschafter von Walther, Paris (NATO), der dänische Vertreter in der NATO-Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Gegenmaßnahmen habe erneut darauf hingewiesen, „daß



Der niederländische Vertreter erklärte, seine Regierung stehe den wirtschaftlichen Maßnahmen positiv gegenüber, müsse aber die damit zusammenhängenden Fragen noch sorgfältig prüfen.

Der belgische Vertreter äußerte, daß seine Regierung alle ins Auge gefaßten Maßnahmen ergreifen könne. Sie gehe jedoch davon aus, daß eine totale wirtschaftliche Blockade gegenüber dem Ostblock nur bei einer totalen Blockade Berlins in Frage komme. Die Einberufung einer Friedenskonferenz durch Chruschtschow dürfe z.B. nicht automatisch wirtschaftliche Gegenmaßnahmen des Westens nach sich ziehen.

Der türkische Vertreter bekundete die Bereitschaft auch seiner Regierung zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen. Man müsse jedoch vermeiden, Maßnahmen zu ergreifen, die sich später als nicht wirksam erwiesen, da man sonst den gegenteiligen Effekt erziele. Auch müßten immer wirtschaftliche mit anderen Maßnahmen koordiniert werden. Schließlich müsse man alle Vorschläge im Hinblick auf die bestehenden internationalen Vereinbarungen prüfen. So frage sich z.B. seine Regierung, ob die unter (g) der Anlage zum Dokument der Vier über wirtschaftliche Gegenmaßnahmen angeregte Schließung der Häfen und Flugplätze<sup>6</sup> nicht gegen die Konvention von Montreux<sup>7</sup> verstieße.

Der luxemburgische Vertreter erklärte, seine Regierung sei bereit, alle gemeinsam beschlossenen Maßnahmen zu ergreifen, wobei die Beneluxverpflichtungen<sup>8</sup> zu berücksichtigen seien.

Generalsekretär Stikker stellte fest, daß alle Regierungen grundsätzlich mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen einverstanden seien. Leider sei aber bisher in keiner Erklärung der höchst wichtigen Tatsache Rechnung getragen worden, daß sich aus den wirtschaftlichen Maßnahmen für die einzelnen Länder höchst verschiedene Belastungen und Opfer ergäben. Für einige Länder mache der Handel mit dem Ostblock bis zu 25 % des Gesamtaußenhandelsvolumens aus, für andere nur 0,7 %.<sup>9</sup>

Der griechische Vertreter stimmte dem zu. 27 % der griechischen Exporte gingen an den Ostblock. Ein Embargo könne bei der ohnehin defizitären Handelsbilanz

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1213*

NATO-Staaten, die keine Rechte in Berlin besäßen, rechtlich nicht in der Lage seien, bei einem Bruch der sowjetischen Verpflichtungen in Berlin als Repressalie ihre Handelsverträge mit den Ostblockstaaten zu brechen. Eine Gefährdung der nationalen Sicherheit, die Kündigung der Handelsverträge gestatten würde, sei erst gegeben, wenn Kampfhandlungen stattfänden oder unmittelbar bevorstünden. Einige andere Sprecher unterstützten diese Argumentation“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 834; B 130, Bd. 3483 A (AB 7).

<sup>6</sup> In Annex A zu den Empfehlungen der Pariser Arbeitsgruppe hoher Beamter der Drei Mächte und der Bundesrepublik für wirtschaftliche Gegenmaßnahmen wurden bei Verhängung eines vollständigen Embargos neun Maßnahmen vorgesehen, darunter unter Punkt g): „The closure of NATO ports to Soviet Bloc shipping and planes and Soviet Bloc chartership.“ Vgl. den Bericht der Arbeitsgruppe in der von den Außenministern von Brentano, Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 5./6. August 1961 gebilligten Fassung; Handakten Grewe, Bd. 79.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 173, S. 214–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 981–985.

<sup>8</sup> Die belgische, die luxemburgische und die niederländische Exilregierung schlossen am 5. September 1944 in London ein Abkommen über eine Belgisch-Niederländisch-Luxemburgische Zollunion, das am 14. März 1947 durch ein Zusatzprotokoll ergänzt wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA. DOKUMENTE, S. 202–206.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Außerdem unterschlangelte er die Wörter „bis zu 25 % des“ und vermerkte handschriftlich: „2“. Vgl. Anm. 1.

des Landes höchst gefährlich für das soziale Gleichgewicht werden. Man müsse überlegen, wie solche Konsequenzen vermieden werden könnten. Griechenland könne überhaupt nur in einer extrem kritischen Lage an die Ergreifung solcher Maßnahmen denken, da sonst die öffentliche Meinung kein Verständnis dafür haben würde.

Der türkische Vertreter erklärte, in seinem Lande lägen die Verhältnisse ähnlich. Generalsekretär Stikker schlug vor, alle politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Gegenmaßnahmen durch eine besondere Arbeitsgruppe überprüfen zu lassen. Der von ihm vorgelegte Resolutionsentwurf hat folgenden Wortlaut:

„Draft decision for the Council on economic countermeasures to be taken in face of the Berlin crisis

The Council decide:

To set up an ad hoc working group composed of the members of the committees of political and economic advisers and chaired jointly by the chairmen of these two committees. The group should:

- (a) study the various aspects of the economic countermeasures envisaged by the four powers;
- (b) in particular, attempt to assess the political and economic implication
- (i) of a total economic embargo against the Soviet bloc, and also
- (ii) of such specific economic countermeasures which might be appropriate to face various contingencies;
- (c) give attention to the effects on the individual NATO countries of implementing these measures and the means by which adverse effects on these countries should be averted or mitigated.

The findings of the group should be reported to the Council as soon as possible and at the latest within a month.“

Ich schlage vor, dem Resolutionsentwurf in der nächsten Ratssitzung, die voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden wird, zuzustimmen. Um Drahtweisung wird gebeten.<sup>10</sup>

[gez.] Walther

**B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro)**

<sup>10</sup> Ministerialdirigent Hess wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris am 23. August 1961 an, dem Resolutionsentwurf zuzustimmen und sich darum zu bemühen, „daß Frist zur Erstattung Berichts der durch Resolutionsentwurf vorgesehenen Arbeitsgruppe abgekürzt wird“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 707; VS-Bd. 5054 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

Botschafter von Walther, Paris (NATO), informierte am selben Tag über den Beschluß des Ständigen NATO-Rats zur Bildung der von Generalsekretär Stikker vorgeschlagenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Gegenmaßnahmen. Sie werde am 25. August 1961 erstmals zusammentreten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 820; VS-Bd. 5054 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Beratungen der Arbeitsgruppe vgl. Dok. 341.

287

**Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt**

114-5833/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 942

Aufgabe: 22. August 1961, 17.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 22. August 1961, 18.15 Uhr

Ich hatte heute nachmittag ein Gespräch mit Couve de Murville. Ich dankte dem Minister einleitend für die feste und klare Haltung der französischen Regierung in der gegenwärtigen Krise um Berlin und für die Verstärkung der französischen Truppen in Berlin und auf dem Kontinent.<sup>2</sup> Couve de Murville sagte mir, daß die französische Regierung damit beschäftigt sei, die Mannschaftsstärke ihrer Divisionen in Deutschland und der in Metz kürzlich stationierten Division aufzufüllen und mit modernen Waffen zu versehen. Eine weitere kriegsstarke Division würde in diesen Tagen aus Nordafrika in den Raum von Soissons verlegt werden.

Couve de Murville brachte dann das Gespräch auf etwaige Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung<sup>3</sup> und sagte, daß er solchen Plänen mit großer innerer Reserve gegenüberstehe. Denn über was wolle man denn verhandeln? Jede Verhandlung bedeute Konzessionen in den wesentlichen Fragen. Sei man aber zu solchen nicht bereit, so führe dies schnell zum Abbruch, der die gegenwärtige Lage notwendigerweise verschärfe.

Die französische Regierung hätte keine Bedenken, wenn die Amerikaner etwa auf diplomatischem Wege in Moskau über die Situation in Berlin sprächen. Ein neues Konzept für Berlin bedürfe aber sehr umfassender und eingehender Erwägungen der Westmächte. Er halte es für sehr gefährlich, sich ohne klare und präzise Vorstellungen in Verhandlungen mit den Sowjets einzulassen.

Er habe bedauert, daß man auf die Vorgänge im Ostsektor Berlins nicht sofort mit der Sperrung der TTD-Bescheinigungen<sup>4</sup> geantwortet habe. Natürlich sei diese Maßnahme nicht den ostzonalen Handlungen gegenüber adäquat. Es sei aber schon einiges gewonnen, wenn man den Reiseverkehr der ostzonalen Beamten und Agenten im Einflußbereich der Westmächte hätte unterbinden können.

Es sei sehr schwer, heute eine Prognose darüber zu stellen, ob und welche Maßnahmen die sowjetische Regierung nun noch treffe. Man müsse die Unterbindung des Flüchtlingsstroms durch die Sperrmaßnahmen im Ostsektor Berlins schon als einen recht erheblichen „Erfolg“ der Sowjets ansehen. Wenn sie auch sicherlich den Zugang nach West-Berlin für alliierte Militärs nicht beeinträchtigen

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt am 23. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 verfügte und Referat 200 um Rücksprache bat.  
Hat Legationsrat I. Klasse Seydel am 24. August 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der französischen Regierung vom 19. bzw. 25. August 1961; Dok. 275, Anm. 17, und Dok. 284, Anm. 7.

<sup>3</sup> Zu den Überlegungen in der Washingtoner Botschaftergruppe hinsichtlich einer Verhandlungsinitiative gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 277.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung zu einer umfassenden TTD-Sperre und zur Haltung der Drei Mächte dazu vgl. Dok. 268.

Zum Stand der Diskussion dazu in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 278, Anm. 13.

würden, so müsse man damit rechnen, daß sie versuchten, nun auch noch die Reisen westdeutscher Politiker und Beamter von und nach West-Berlin zu erschweren. Die Krise sei in ihrem Anfangsstadium. Wir hätten noch schwere Monate vor uns.

Unter diesem Gesichtspunkt sehe er nicht, wie die Verhandlungen mit Großbritannien über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt<sup>5</sup> schon in diesem Jahr schnelle Fortschritte machen könnten. Die Berlin-Krise würde zu stark im Vordergrund der Sorgen und Überlegungen der westlichen Regierungen stehen. Er glaube, daß es überhaupt nützlich sein würde, wenn die eigentlichen konkreten, ins einzelne gehenden Verhandlungen erst zu Beginn des kommenden Jahres stattfänden, nämlich erst dann, wenn die innerhalb der Sechs zu regelnden Probleme, wie das Landwirtschaftsproblem<sup>6</sup>, gelöst seien. Denn er müsse ganz offen sagen, daß, wenn diese Probleme nicht ihre Lösung finden und wenn das ganze etwa mit den britischen Agrar- und Empireproblemen noch belastet werde, die Gefahr eintrete, daß der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der sechs Staaten darunter ernstlich leide.<sup>7</sup> Was die Verhandlungsführung mit Großbritannien angehe, so sei die französische Regierung ganz entschieden für den Turnus der jeweiligen Präsidenten des Ministerrats.<sup>8</sup> Für die Beteiligung der Brüsseler Organisation an den Verhandlungen müsse eine praktische Lösung gefunden werden.

[gez.] Blankenhorn

**B 130, Bd. 2219 (I A 1)**

<sup>5</sup> Zum britischen Antrag vom 9. August 1961 auf EWG-Beitritt vgl. Dok. 247, Anm. 7.

<sup>6</sup> Zu den Bemühungen um eine gemeinsame Agrarpolitik der EWG und zur französischen Haltung vgl. Dok. 154, Anm. 15, und Dok. 206.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Jansen antwortete am 6. September 1961, daß nach Auffassung der Bundesregierung die Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt „keine Verzögerung erleiden, sondern so bald wie möglich aufgenommen werden“ sollten. Nachdem die EWG-Mitgliedstaaten wiederholt Verhandlungsbereitschaft bekundet hätten, würden sie sich „in einen Widerspruch mit ihren früheren Erklärungen setzen, wenn sie jetzt Verhandlungsbeginn, aus welchen Gründen auch immer, hinauszögern sollten“. Zudem sei mit einer baldigen Lösung der unregelmäßigsten Fragen, wie z.B. der gemeinsamen Agrarpolitik, nicht so rasch zu rechnen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 492; B 130, Bd. 2219 (I A 1).

<sup>8</sup> Zu Überlegungen der EWG-Mitgliedstaaten zu den Verhandlungen mit Großbritannien und zu der Erwägung, dafür dauerhaft einen Vorsitzenden zu benennen, vgl. Dok. 305.

## Bundesminister von Brentano an die Botschaft in Washington

700-84.30-1143/61 geheim

22. August 1961<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1026

Aufgabe: 23. August 1961, 12.30 Uhr

Citissime

Auf Drahtbericht Nr. 1769 vom 27.7.61<sup>2</sup>

I. Bei den Erwägungen im Zusammenhang mit der Frage möglicher westlicher Initiativen sollte nunmehr erneut der Gedanke einer Volksabstimmung in beiden Teilen Deutschlands und in Berlin geprüft werden.<sup>3</sup> Die Forderung nach unverzüglicher Abhaltung einer solchen Volksabstimmung könnte gerade angesichts der einseitigen Maßnahmen des östlichen Lagers vom 13. August eine beachtliche Wirkung auf die Weltöffentlichkeit, nicht zuletzt aber auf die Deutschen in der Bundesrepublik, in Berlin und ganz besonders in der Sowjetzone haben. Die immer wieder betonte Notwendigkeit der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Deutschen würde dadurch in einem Zeitpunkt konkretisiert werden, in dem gerade das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Zone und in Ostberlin in drastischer Weise verhöhnt wird.

1) Der besondere Attraktionswert einer von den drei Westmächten erhobenen Forderung nach einer Volksabstimmung in beiden Teilen Deutschlands und in Berlin liegt für die Weltöffentlichkeit, insbesondere für die Neutralen, darin, daß

a) die sowjetische Konzeption eine Regelung der Deutschland- und Berlin-Frage in gleicher Weise dem Votum des deutschen Volkes unterbreitet wird wie die Konzeption des Westens;

b) eine Majorisierung der zahlenmäßig schwächeren Bevölkerung der Sowjetzone und damit des Regimes in Pankow dadurch vermieden wird, daß die Abstimmungsergebnisse für beide Teile Deutschlands und für Berlin gegebenenfalls<sup>4</sup> getrennt gezählt und gewertet werden können<sup>5</sup>;

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Bock am 22. August 1961 konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Northe am 22. August 1961 vorgelegen.

Am selben Tag leitete Botschafter Duckwitz den Erlaß an Bundesminister von Brentano und erläuterte: „Die Pariser Viermächtegruppe hat in ihrem Bericht für die Außenminister [...] empfohlen, die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Volksabstimmung im Sinne des für die Gipfelkonferenz 1960 vorbereiteten Vorschlags zu überprüfen.“ Botschafter Grewe, Washington, solle daher nun gebeten werden, „die Möglichkeit eines offensiven Schachzugs, die in der Forderung nach einer gesamtdeutschen Volksabstimmung liegt, bei nächster Gelegenheit in der Lenkungsgruppe zur Erörterung zu stellen“. Vgl. VS-Bd. 3842 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Washington, resümierte, daß die Überlegung zu einer Volksabstimmung in Deutschland „bei der Beratung des ersten amerik[anischen] Antwortentwurfs auf das sowjetische Memorandum vom 4. Juni in der Arbeitsgruppensitzung vom 26. Juni eingeführt“ worden sei. Da „man sich auf die Bekundung allgemeiner Verhandlungsbereitschaft beschränkte“, sei das Thema nicht weiter erörtert und mit Blick auf die bevorstehende „Konsultationsphase (Vierersitzung am 21.7., vorbereitende Besprechungen in Paris, Außenministerkonferenz)“ auch von amerikanischer Seite „nur mit aufmerksamem Interesse quittiert“ worden. Vgl. B 130, Bd. 3610 A (AB).

<sup>3</sup> Zu Überlegungen in der Washingtoner Botschaftergruppe hinsichtlich einer Volksabstimmung in Deutschland und Berlin vgl. Dok. 275.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister von Brentano handschriftlich eingefügt.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister von Brentano handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sollen“.

c) die zweifellos abgenutzte Forderung nach freien Wahlen in der Fragestellung für die Abstimmung nicht ausdrücklich enthalten ist.

Wir haben den Gedanken, den Vorschlag einer Volksabstimmung nicht erst im Rahmen von Ost-West-Verhandlungen, sondern schon vorher zu machen, schon im Juni in den Erörterungen der Arbeitsgruppe zur Sprache gebracht (dortiger Drahtbericht Nr. 1769 vom 27.7.61). Außerdem haben die Außenminister in ihren Entscheidungen in Paris der in dem Bericht der Pariser Vier-Mächte-Gruppe unter III. enthaltenen Empfehlung, die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Volksabstimmung zu überprüfen, zugestimmt.<sup>6</sup> Wir sind der Meinung, daß dieser Vorschlag nunmehr als offensiver Schachzug des Westens sich anbietet. Wir würden mit ihm die schwächste Stelle der sowjetischen Deutschland- und Berlin-Politik treffen, und zwar in besonders wirksamer Weise im Hinblick auf den oben unter a) bis c) charakterisierten Inhalt des Vorschlags.

2) Diese politisch-psychologische Offensive könnte die westliche Position in der Deutschland- und Berlin-Frage für die Vollversammlung der Vereinten Nationen<sup>7</sup> nicht unwesentlich verbessern. Gerade wenn, wie zu erwarten, der Vorschlag von den Sowjets zurückgewiesen wird.

3) Da die politisch-publizistische Wirkung dieses Vorschlages erfahrungsgemäß nicht sehr groß wäre, wenn er erst am Verhandlungstisch mit den Sowjets gemacht und von ihnen sofort abgelehnt würde, wäre daran zu denken, den Vorschlag in die Antwortnoten der drei Westmächte auf die sowjetischen Noten vom 3. August<sup>8</sup> aufzunehmen.

4) Sollten die Noten mit diesem Vorschlag Ende August übergeben werden, so würden wir auch noch die Gipfelkonferenz der Neutralen in Belgrad<sup>9</sup> und eine etwaige Entschließung dieser Konferenz zur Berlinkrise in unserem Sinne beeinflussen können.

5) Schließlich würde ein offensiver Schachzug, wie ihn dieser Vorschlag einer Volksabstimmung darstellt, den Westmächten auch den nötigen Spielraum verschaffen, um sich über die Frage klarzuwerden, ob, wann und mit welchem Inhalt eine westliche Initiative zu Verhandlungen mit den Sowjets ergriffen werden soll. Überdies enthält das Projekt von 1960 für eine Volksabstimmung ohnehin den Vorschlag (Anhang zu Anlage II des Berichts der Arbeitsgruppe vom 9. April 1960<sup>10</sup>), daß Vertreter der vier Mächte zusammentreten, um detaillierte Bestimmungen für die Volksabstimmung auszuarbeiten, und daß ferner die Erörterung der Deutschland-Frage binnen eines Monats nach der Volksabstimmung auf der Basis von deren Resultat wiederaufgenommen werden soll.

<sup>6</sup> Zum Bericht der Pariser Arbeitsgruppe hoher Beamter der Bundesrepublik und der Drei Mächte vom 28. Juli bis 4. August 1961 vgl. Dok. 252, Anm. 7.

<sup>7</sup> Die 16. UNO-Generalversammlung wurde am 19. September 1961 eröffnet.

<sup>8</sup> Zu den sowjetischen Noten vom 3. August 1961 an die Drei Mächte vgl. Dok. 255, Anm. 23.

<sup>9</sup> Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

<sup>10</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlin“ vom 9. April 1960, der als Anlage II ein „Proposal for Plebiscite in Germany“ enthielt, vgl. Handakten Grewe, Bd. 78.

II. Ich bitte Sie, diese Möglichkeit bei nächster Gelegenheit in der Lenkungsgruppe zur Erörterung zu stellen und ferner Ihre eigenen Überlegungen zu diesem Thema hierher mitzuteilen.<sup>11</sup>

Brentano<sup>12</sup>

VS-Bd. 3842 (700)

## 289

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf zu Pappenheim

302-82.01/0-1213/61 VS-vertraulich

23. August 1961<sup>1</sup>

Betr.: Neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag

Bezug: Drahtbericht der Vertretung bei NATO Nr. 809 vom 22. August 1961<sup>2</sup>

I. Die amerikanische Regierung hat dem Ständigen NATO-Rat am 22. d.M. den Entwurf eines neuen Vorschlags für allgemeine und vollständige Abrüstung vorgelegt (s. Anlage<sup>3</sup>). Der Vorschlag soll nach Zustimmung der Verbündeten der XVI. Vollversammlung der Vereinten Nationen<sup>4</sup> als „Gemeinsame Erklärung“ vorgelegt werden. Diese gemeinsame Erklärung soll im Fall der Verabschiedung durch die Vollversammlung als Richtschnur und Rahmen für künftige Abrüstungsverhandlungen dienen.

In Anbetracht der Wiederaufnahme der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gespräche am 5. September<sup>5</sup> liegt der amerikanischen Regierung daran, mög-

<sup>11</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 23. August 1961, daß er die Überlegungen hinsichtlich einer Volksabstimmung in den Beratungen der Washingtoner Botschaftergruppe über die Antwortnote auf die sowjetischen Noten vom 3. August 1961 an die Drei Mächte zur Diskussion gestellt habe. Von amerikanischer wie britischer Seite sei die Auffassung vertreten worden, „man sollte den Punkt für eine bessere Gelegenheit aufheben“. Demgegenüber habe sich der französische Botschaftsrat Winckler positiv geäußert: „Die Aufnahme des Plebiszit-Gedankens in die Note würde zeigen, daß man nicht über Berlin allein verhandeln wolle.“ Die Frage des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Kohler, ob sich der Vorschlag „mit der französischen Haltung, die gegen jegliche Aktion gerichtet sei, vertrage“, habe Winckler unbeantwortet gelassen; Kohler habe sich dann jedoch bereit erklärt, „unseren Vorschlag anzunehmen, wenn dadurch die französische Annahme der Note gewährleistet werde“, und eine entsprechende Formulierung für den Antwortentwurf vorgeschlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1976; B 130, Bd. 5084 (III A 6).

<sup>12</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Balken konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), übermittelte den Entwurf einer gemeinsamen Abrüstungserklärung, die der UNO-Generalversammlung zur Billigung vorgelegt werden sollte. Vgl. VS-Bd. 3999 (302/II 8).

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die von den USA vorgelegte „Joint Declaration on Disarmament: A Program for General and Complete Disarmament in a Peaceful World“ vgl. VS-Bd. 3999 (302/II 8).

<sup>4</sup> Die 16. UNO-Generalversammlung wurde am 19. September 1961 eröffnet.

<sup>5</sup> Nach Gesprächen vom 19. bis 30. Juni 1961 in Washington und vom 17. bis 19. Juli 1961 in Moskau trafen der Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy,

licht bald den Standpunkt der verbündeten Regierungen kennenzulernen. Der Ständige NATO-Rat hat daher beschlossen, vor der eigentlichen Diskussion im Rat am kommenden Montag und Dienstag (28./29. August) in Paris Expertenbesprechungen abzuhalten, in denen amerikanische Fachleute zusätzliche Erläuterungen geben werden. Hierzu wird der Leiter des Referats 302<sup>6</sup> nach Paris entsandt werden.<sup>7</sup>

Der Bundesminister für Verteidigung ist um eine militärische Stellungnahme zu dem amerikanischen Vorschlag gebeten worden.<sup>8</sup>

## II. Die Präambel

Die „Gemeinsame Erklärung“ gliedert sich in eine Präambel und einen in drei Stufen aufgebauten Abrüstungsplan.

Im Gegensatz zu früheren westlichen Plänen ist die Präambel diesmal wesentlich ausführlicher. Sie enthält eine Darstellung der Ziele, die mit der Abrüstung verfolgt werden, wie die Grundsätze für den Abrüstungsvorgang selbst und für die Sicherung des Friedens in einer abgerüsteten Welt.

Mit dieser Gliederung haben die Vereinigten Staaten weitgehend den Anregungen entsprochen, die wir im Juni d.J. (302-82.01-839<sup>9</sup> und 916/61 geh.<sup>10</sup>) im NATO-Rat gegeben hatten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1220*

und der sowjetische Stellvertretende Außenminister Sorin am 6. September 1961 in New York erneut zu Besprechungen über eine Wiederaufnahme der Arbeit der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission zusammen. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 360.

<sup>6</sup> Richard Balken.

<sup>7</sup> Am 29. August 1961 berichtete Botschafter von Walther, Paris (NATO), daß in der Besprechung der Abrüstungsexperten der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag „mit Ausnahme der französischen Delegation [...] alle Vertreter grundsätzlich mit dem amerikanischen Vorschlag einverstanden“ gewesen seien. Der französische Vertreter habe „in erster Linie gegen die in Stufe 1 des amerikanischen Plans vorgesehenen Maßnahmen zum Schutze gegen Überraschungsangriffe“ Einwände erhoben: „Die weiteren französischen Bedenken gegen die nukleare Abrüstung und Eliminierung der Träger nuklearer Sprengköpfe wurden in dieser Sitzung vom französischen Vertreter nicht vorgebracht, werden aber von amerikanischer Seite als wesentlich angesehen dafür, daß die französische Regierung dem gesamten amerikanischen Plan nicht zustimmen wird.“ Der Ständige NATO-Rat solle den amerikanischen Vorschlag am 31. August 1961 erörtern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 830; VS-Bd. 3999 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Werz legte am 4. September 1961 dar, Bundesminister Strauß habe mit Schreiben vom 1. September 1961 „dem amerikanischen Abrüstungsplan im Grundsatz ‚wegen seiner politischen und psychologischen Bedeutung‘ zugestimmt“, allerdings „Bedenken gegen die Verwendung des Begriffs ‚Inspektionszonen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe‘ erhoben und gefordert, daß anstelle von Inspektionszonen nur von weltweiter Inspektion und Kontrolle gesprochen werden sollte“. Vgl. VS-Bd. 3999 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>9</sup> Vgl. den Drahterlaß Nr. 1853 des Staatssekretärs Carstens vom 27. Juni 1961 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris; Dok. 200.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris am 4. Juli 1961 an zu erläutern, der von der Bundesrepublik vorgeschlagene Abrüstungsplan solle „einleitend das Ziel, den ‚allgemeinen und vollständigen Frieden‘, nennen. Danach sollten wir feststellen, daß der Weg zu diesem Ziel über die Anerkennung und Verwirklichung einer Reihe von Prinzipien führt. Dazu gehören u. a. Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit der Staaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts; Verpflichtung, sich weder politisch, noch militärisch, noch wirtschaftlich in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen; Verzicht auf Anwendung von Gewalt in jeder Form; Verzicht auf Subversion und Infiltration; Anerkennung der frei gewählten gesellschaftlichen Lebensformen jedes Volkes; Gleichheit aller Völker und Rassen. [...] Der Westen sollte dann weiter erklären, daß eines der Haupthindernisse auf dem Wege zu einem allgemeinen und vollständigen Frieden das Mißtrauen ist, das [...] seinen Ausdruck in verstärkten Rüstungen und der Entwicklung immer furchtbarer Waffen findet.“ Dies mache Vereinbarungen über eine umfassende und kontrollierte Abrüstung erforderlich. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1953; VS-Bd. 3999 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.



Gegen die Präambel bestehen unsererseits keine Einwendungen. Die Formulierungen sind sowohl realistisch hinsichtlich der gesteckten Ziele wie auch fordernd, um die Vorstellungskraft der Öffentlichkeit zu fördern.

### III. Der Drei-Stufen-Plan

Der eigentliche Abrüstungsplan ist, wie die früheren, in drei Stufen gegliedert. Im Gegensatz zu den letzten amerikanischen und westlichen Vorschlägen (Sommer 1960<sup>11</sup>) sind diesmal bereits in der ersten Stufe mehr in sich ausgewogene, weitreichende Abrüstungsmaßnahmen vorgesehen.

Die wichtigsten Maßnahmen der ersten Stufe sind:

#### a) Bildung einer Internationalen Abrüstungsorganisation (IDO<sup>12</sup>)

bestehend aus einer Versammlung, die von Mitgliedern aller Teilnehmerstaaten gebildet wird, einer Kommission, der Vertreter der Großmächte als ständige und alternativ andere Teilnehmerstaaten angehören (Vorbild des Sicherheitsrates der UN) und einem Administrator, der im Auftrag der Kommission handelt.

Der IDO obliegt die Verifizierung und Kontrolle der vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen einschließlich der Kontrolle der verbleibenden Rüstungsbestände. Sie trifft ferner die Entscheidung über den Übergang von einer Stufe zur nächsten.

#### b) Verminderung konventioneller Waffen und Streitkräfte

Die Streitkräfte der USA und der UdSSR werden auf 2,1 Millionen Mann reduziert. Die Streitkräfte aller anderen militärisch bedeutsamen Staaten werden nach einem vereinbarten Schlüssel ebenfalls reduziert.

Waffen bestimmter vereinbarter Typen werden vermindert. Die überzählig werdenden Waffen werden in Depots unter Aufsicht der IDO gelagert und nach Verifizierung in vereinbarten Zeitabständen vernichtet bzw. friedlicher Verwendung zugeführt.

Die Produktion vereinbarter Waffentypen wird begrenzt. Eine Kommission von Experten für chemische, biologische und radiologische Waffen wird eingesetzt, um die Möglichkeiten einer verifizierbaren Verminderung oder Vernichtung solcher Waffen auszuarbeiten.

#### c) Anhalten und Verminderung der nuklearen Drohung

Staaten, die noch nicht einem Abkommen zur Einstellung nuklearer Waffenversuche beigetreten sind, tun dies.

Die Produktion spaltbaren Materials für Waffenzwecke wird eingestellt. Vereinbarte Anfangsmengen solchen Materials werden friedlicher Verwendung zugeführt. Jeder Austausch von spaltbarem Material zwischen Staaten wird besonderen Sicherheitsmaßnahmen unterworfen.

Die Atomkräfte verpflichten sich, die Kontrolle über Nuklearwaffen nicht aus der Hand zu geben. Nicht-Atomkräfte verpflichten sich, keine Nuklearwaffen zu entwickeln oder herzustellen oder über sie Kontrolle zu erhalten. Staaten, die über die wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten zur Herstellung solcher Waffen verfügen, verpflichten sich, diese Kenntnisse nicht weiterzugeben. Andere Staaten verpflichten sich, solche Kenntnisse nicht zu erwerben.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die der Konferenz der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission am 15. März bzw. am 27. Juni 1960 vorgelegten Vorschläge; Dok. 29, Anm. 3.

<sup>12</sup> International Disarmament Organization.

Eine Fachkommission untersucht das Problem der Vernichtung von Beständen von Nuklearwaffen.

d) Verminderung von nuklearen Trägersystemen

Strategische Nuklearwaffen werden auf einen vereinbarten Stand vermindert. Überführung zunächst in Depots der IDO, später Vernichtung oder Verwendung für friedliche Zwecke. Einstellung oder Begrenzung der Herstellung vereinbarter Typen solcher Träger. Einstellung der Versuche mit vereinbarten Typen solcher Träger.

e) Friedliche Benutzung des Weltraums

Verbot der Plazierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum. Koordinierung aller Raketenflugprogramme.

f) Maßnahmen gegen Kriegsrisiken durch Zufall, Irrtum oder Überraschungsangriff

Vorherige Anmeldung von militärischen Bewegungen und Manövern, die mißverstanden werden könnten. Einrichtung von Inspektionsposten in größeren Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, Autobahnen, Lufthäfen. Einrichtung von zu vereinbarenden Zonen der Luft- und Bodeninspektion.

Bildung einer Studienkommission für die Probleme der Verhinderung nuklearer Überraschungsangriffe.

g) Friedenssicherung

Verzicht auf Drohung mit oder Anwendung von Waffengewalt. Verzicht auf indirekte und subversive Aggression. Verbesserung des internationalen Schlichtungswesens. Vorbereitung der Bildung einer internationalen Friedenstruppe, die in Stufe 2 gebildet wird. Bildung einer Friedensbeobachtergruppe der Vereinten Nationen, die zur Untersuchung von Streitfällen entsandt werden kann auf Verlangen einer der streitenden Parteien, des Generalsekretärs, des Sicherheitsrates, der Generalversammlung oder anderer geeigneter internationaler Körperschaften.

In der Stufe 2 werden alle in Stufe 1 eingeleiteten Verminderungsmaßnahmen fortgesetzt, ohne daß jedoch jetzt bereits bestimmte Größenordnungen angegeben werden.

Neu hinzu kommt die Auflösung vereinbarter Arten von sowohl nationalen wie auch ausländischen Militärstützpunkten.

Ferner Aufstellung und Verstärkung der internationalen Friedenstruppe.

Die Vorschläge für die Stufe 3 sind bewußt allgemein gehalten, da die dann notwendigen Maßnahmen sich aus dem Erfolg der Stufen 1 und 2 ergeben müssen. Es ist jedoch deutlich ausgesprochen, daß die Abrüstung vollständig sein soll, d. h. es sollen nur Truppen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit sowie die internationale Friedenstruppe erhalten bleiben.

IV. Stellungnahme

1) Vorbehaltlich etwaiger militärischer Bedenken können wir dem amerikanischen Vorschlag grundsätzlich zustimmen<sup>13</sup>. Die Haupterfordernisse eines befriedigenden Abrüstungsprogramms

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

- Ausgewogenheit des Kräfteverhältnisses Ost–West während und nach vollzogener Abrüstung;
- wirksame Inspektion und Kontrolle;
- Sicherung des Friedens;

sind in dem vorliegenden Plan erfüllt.

Gegenüber früheren westlichen und amerikanischen Vorschlägen, auf denen der neue Plan aufbaut, sind vor allem zwei Vorteile hervorzuheben:

a) Wirkungsvolle Entkräftung des sowjetischen Vorwurfs, der Westen wolle lediglich Kontrolle ohne Abrüstung, durch Anreicherung der Abrüstungsmaßnahmen der ersten Stufe.

b) Gliederung und Formulierung des Vorschlags versprechen sowohl starken Eindruck auf die Öffentlichkeit, vor allem auch die nichtgebundenen Mitglieder der Vereinten Nationen, wie eine realistische brauchbare Grundlage für etwaige Verhandlungen.

2) Bei den bevorstehenden Besprechungen in Paris sollten jedoch drei Fragen geklärt werden:

a) Die Amerikaner sollten erläutern, was im einzelnen mit dem Satz der Präambel (Seite 2 Mitte)

... schlagen den verhandelnden Staaten vor, daß sie, ungeachtet eines für das Abrüstungsprogramm erzielten Fortschritts, sich ferner um ein Einverständnis über diejenigen unmittelbaren Maßnahmen zu bemühen haben, die zur gemeinsamen Sicherheit der Nationen beitragen würden und das Programm erleichtern und Bestandteil des Programms sein könnten;<sup>14</sup>

Mit dieser vagen Formulierung wird offenbar die Bereitschaft ausgedrückt, in Verhandlungen über die Vorwegnahme von Teillösungen einzutreten.

Es ist für uns wichtig, welche Art von Teillösungen dabei den Amerikanern vorschwebt. Soweit es sich um Teillösungen qualitativer Natur handelt (Teststopp, Einstellung der Produktion von spaltbarem Material usw.), bestehen unsererseits keine Bedenken. Sollten die Amerikaner regionale Teillösungen in Europa im Auge haben, müßten wir unseren bekannten Standpunkt zur Geltung bringen, daß diese nur in Verbindung mit der Lösung der politischen Fragen sinnvoll und annehmbar wären.

Der amerikanische Botschafter<sup>15</sup> hat zwar in der Sitzung des NATO-Rates erklärt, daß auf amerikanischer Seite zur Zeit keine Absichten für Angebote von Regionallösungen in Europa beabsichtigt seien und daß der NATO-Rat in jedem Fall rechtzeitig konsultiert werde. Dennoch scheint es notwendig, dieses Problem bereits jetzt anzuschneiden, um rechtzeitig an unsere Bedenken zu erinnern.

b) Der zweite Punkt, der der Klärung bedarf, ist die in Stufe 1 angebotene Errichtung von Luft- und Bodeninspektionszonen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe (Seite 7 oben). Obwohl in dem amerikanischen Plan keine Angaben über Lage und Ausdehnung solcher Zonen gemacht werden, haben sowohl Botschafter von Walther wie der französische und griechische NATO-Botschafter<sup>16</sup> in einer

<sup>14</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>15</sup> Thomas K. Finletter.

<sup>16</sup> Pierre de Lussé (Frankreich) und Michael Melas (Griechenland).

ersten Diskussion im NATO-Rat mit Recht darauf hingewiesen, daß dies eine Einladung an die UdSSR zur erneuten Vorlage des Rapacki-Planes<sup>17</sup> oder ähnlicher Vorschläge sein könnte.

Im westlichen Abrüstungsplan vom 15. März 1960 war die Erwähnung von Zonen aufgrund insbesondere französischer Ablehnung unterblieben. Im amerikanischen Plan vom 27. Juni 1960 war der Vorschlag jedoch in folgender Form wieder aufgenommen worden: „Errichtung einer Luft- und Bodeninspektionszone in vereinbarten Gebieten, die die USA und die UdSSR einschließen.“

Wenn sich auch nicht vermeiden lassen wird, daß die Sowjets von sich aus das Thema „Inspektions- und Kontrollzonen in Europa“ aufbringen, so war man sich doch im Kreis der westlichen Verbündeten in den letzten Jahren immer darüber klar, daß ein Schutz gegen Überraschungsangriffe nur im Rahmen solcher Zonen gewährleistet werden könnte, deren Ausdehnung nicht auf Gebiete wie Mitteleuropa beschränkt wäre.

Sollte sich nicht durchsetzen lassen, daß auf die Erwähnung von Zonen überhaupt verzichtet wird, so sollten wir versuchen, die Wiederaufnahme der Klausel „Zonen, die die USA und UdSSR einschließen“ durchzusetzen.<sup>18</sup>

c) Eine weitere Erläuterung von amerikanischer Seite wäre zu den Vorschlägen erwünscht, die sich auf die Verhinderung der weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen beziehen (Seite 5c). Wir sollten fragen, welche Auswirkungen diese Vorschläge gegebenenfalls auf die Überlegungen für eine neue NATO-Strategie haben würden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>19</sup> vorgelegt mit dem Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Bundesminister<sup>20</sup> und dem Herrn Bundeskanzler<sup>21</sup>.

In Vertretung von D 3<sup>22</sup>  
Pappenheim

**VS-Bd. 3999 (302/II 8)**

<sup>17</sup> Zu den Vorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki für eine kernwaffenfreie Zone in Europa vgl. Dok. 29, Anm. 7.

<sup>18</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 31. August 1961, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag hätten „alle Vertreter mit Ausnahme des französischen [...] dem amerikanischen Abrüstungsprogramm in seinen Grundzügen“ zugestimmt. Der amerikanische NATO-Botschafter Finletter habe zugesagt, daß die USA den von ihm, Walther, aber auch von anderen NATO-Botschaftern vorgebrachten Einwänden gegen den Vorschlag, „zum Schutz gegen Überraschungsangriffe zonale Luft- und Bodeninspektionen einzurichten, durch eine andere Formulierung Rechnung tragen wolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 835; VS-Bd. 3999 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>19</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 25. August 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister von Brentano verfügte.

<sup>20</sup> Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

<sup>21</sup> Hat laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, vom 31. August 1961 „dem Herrn Bundeskanzler vorgelegen“.

<sup>22</sup> Die Wörter „von D 3“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf zu Pappenheim handschriftlich eingefügt.